

Task Force - ein Gutachten zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Ostasien-NRW

Derichs, Claudia (Ed.); Heberer, Thomas (Ed.); Raszelenberg, Patrick (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Derichs, C., Heberer, T., & Raszelenberg, P. (Hrsg.). (2001). *Task Force - ein Gutachten zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Ostasien-NRW* (Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften / Duisburg Working Papers on East Asian Studies, 35). Duisburg: Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, Institut für Ostasienwissenschaften IN-EAST. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-351471>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**DUISBURGER ARBEITSPAPIERE OSTASIENWISSENSCHAFTEN
DUISBURG WORKING PAPERS ON EAST ASIAN STUDIES**

No. 35/2001

**Claudia Derichs, Thomas Heberer, Patrick Raszelenberg
(Hg.)**

**Task Force – Ein Gutachten zu den
politischen und wirtschaftlichen Beziehungen
Ostasien-NRW**

Autoren:

Christian Biernat, Monika Collet, Christian Flock,
Uwe Holtschneider, Manja Jonas, Stefan Piasecki,
Jutta Schneider, Simon Weisgerber, Dorothea Wunsch

**Institut für Ostasienwissenschaften (Institute for East Asian Studies)
Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
D-47048 Duisburg, Germany
Tel.: +49-203-379-4191
Fax: +49-203-379-4157
e-mail: oawiss@uni-duisburg.de**

©by the authors

January 2001

Title/Title:

Task Force – Ein Gutachten zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Ostasien-NRW

Editors/Herausgeber:

Claudia Derichs, Thomas Heberer, Patrick Raszelenberg

Authors/Autoren:

Christian Biernat, Monika Collet, Christian Flock, Uwe Holtschneider, Manja Jonas, Stefan Piasecki, Jutta Schneider, Simon Weisgerber, Dorothea Wünsch

Series/Reihe:

Duisburg Working Papers on East Asian Studies, No. 35

Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, Nr. 35

Abstract/Zusammenfassung:

Die Beiträge der Studie stellen ein Gutachten zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) und den asiatischen Ländern VR China, Japan und Vietnam dar. Das Gutachten wurde im Sommer 2000 für die Staatskanzlei NRW von Studierenden der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg erstellt und behandelt fünf Themen:

- Direktkontakte NRW und VR China: Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit.
- Direktkontakte NRW und VR China: Städtepartnerschaften: Rahmenbedingungen und künftige Gestaltung.
- Direktkontakt Nordrhein-Westfalen – Vietnam.
- Japan und NRW: Wirtschaftsbeziehungen und gezielte, bilaterale Entwicklungszusammenarbeit: möglich oder illusorisch?
- Regionalkooperationen zwischen NRW und Japan und ihre Bedeutung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Die Lösungsvorschläge für Probleme der politischen Praxis stellen potenzielle Diskussionsgrundlagen für politische Entscheidungsträger in NRW dar.

Keywords/Schlagwörter:

Beziehungen NRW-Asien; Umweltschutz China; Entwicklungszusammenarbeit; Wirtschaftsbeziehungen; Städtepartnerschaften; Direktkontakte Vietnam

Procurement/Bezug:

You may download this paper as a word-document under / Als Download ist das Papier zu beziehen als Word-Datei unter:

<http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/paper35.doc>

or for the Acrobat Reader under / oder für den Acrobat Reader unter:

<http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/paper35.pdf>.

Libraries, and in exceptional cases, individuals also may order hardcopies of the paper free of charge at / Bibliotheken, und in Ausnahmefällen auch Privatpersonen, können das gedruckte Papier kostenfrei bestellen bei der:

Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
Institut für Ostasienwissenschaften, Geschäftsstelle
D-47048 Duisburg

Inhaltsübersicht

Vorwort	i
Direktkontakte NRW und VR China: Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	1
<i>Manja Jonas</i>	
Direktkontakte NRW und VR China: Städtepartnerschaften: Rahmenbedingungen und künftige Gestaltung	23
<i>Monika Collet, Christian Flock, Dorothea Wünsch</i>	
Direktkontakt Nordrhein-Westfalen – Vietnam	41
<i>Jutta Schneider</i>	
Japan und NRW: Wirtschaftsbeziehungen und gezielte, bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – möglich oder illusorisch?	53
<i>Christian Biernat, Uwe Holtschneider, Simon Weisgerber</i>	
Regionalkooperationen zwischen NRW und Japan und ihre Bedeutung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	69
<i>Stefan Piasecki</i>	

Task Force – Ein Gutachten zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Ostasien-NRW

Das vorliegende Gutachten geht auf eine Initiative zurück, die mit dem Ziel, Innovationen in der Lehre einzuleiten, im Sommersemester 1999 begann. Nach einem erfolgreichen Pilotprojekt in Kooperation mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes hat sich das Projekt Task Force nunmehr als praxisnahe Veranstaltung und als *good practice*-Beispiel für den Dialog von Wissenschaft und Politik bewiesen.

Task Forces sind, salopp ausgedrückt, mobile beratende Einsatztruppen und, von ihrer Funktion und Leistung her betrachtet, temporäre *think tanks*. Sie setzen sich zusammen aus Gruppen von ca. 15 Studierenden, die sich wiederum in Kleingruppen von 2-4 Personen aufteilen. Die gesamte Gruppe bearbeitet ein aktuelles Thema mit realpolitischer Relevanz und präsentiert die Ergebnisse am Ende des Semesters schriftlich und mündlich vor entsprechendem Fachpublikum, in der Regel vor den Auftraggebern und anderen thematisch Interessierten. Erstellt werden Expertisen, Gutachten oder Konzepte zu aktuellen Fragen der nationalen und internationalen Politik und Wirtschaft. Bei der Präsentation an Ort und Stelle in Staatskanzleien, Bundesämtern oder bei Wirtschaftsverbänden bietet sich die Gelegenheit, die Ergebnisse mit "Realpolitikern", Ministerialbeamten, Unternehmern, Managern oder Verbandsfunktionären gemeinsam kritisch zu diskutieren. Task Forces bieten also die Chance, tatsächliche Politikberatung zu trainieren, die Herausforderung anzunehmen, eigene Arbeitsergebnisse von Experten aus der Praxis testen zu lassen, und nicht zuletzt, ins aktuelle politische Tagesgeschäft hinein zu schauen, mitzuwirken und Anregungen zu geben.

Im vorliegenden Gutachten werden die Beziehungen zwischen drei ost- bzw. südostasiatischen Ländern und NRW unter verschiedenen Fragestellungen untersucht. Die ausgewählten Länder China, Japan und Vietnam stehen in recht unterschiedlichem Verhältnis zum Bundesland Nordrhein-Westfalen und werfen daher auch unterschiedliche Fragen auf. Während das Verhältnis Japan-NRW zu den „konsolidierten“ zählt und die Kontakte sehr rege sind – nicht zuletzt durch die starke japanische Präsenz in der Landeshauptstadt Düsseldorf –, stellt sich das Verhältnis zur VR China und zu Vietnam noch recht grobkörnig dar und beschränkt sich auf wenige Bereiche. In der Regel sind es Kontakte auf kultureller oder wirtschaftlicher Ebene, die die Basis für den Aufbau engerer Beziehungen formen. Das bearbeitete Themenspektrum spiegelt diesen Status Quo wider, geht aber darüber hinaus und befasst sich sowohl mit den Ursachen als auch mit Lösungsvorschlägen für konkrete Probleme. Im Kontext der *chinesisch-deutschen* Beziehungen wird beispielsweise die Frage nach Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) bearbeitet. Das Thema ist von besonderem Interesse, weil Umweltschutz und EZ im Zeitalter der globalen Umwelt-, Klimaschutz- und Entschuldungskonferenzen unmittelbar miteinander verknüpft sind.

Ein weiteres Feld, in dem Probleme auftauchen, die im öffentlichen Diskurs wenig Beachtung finden, ist die Vielzahl der *deutsch-chinesischen* Städtepartnerschaften. Die Analyse zeigt hier, dass viele Interaktionshemmnisse alleine schon durch eine stärkere Kooperation der Partner auf deutscher Seite abgebaut werden könnten. Die Beziehungen zwischen NRW und *Vietnam* werden anhand der bestehenden Direktkontakte analysiert. Kritisches Augenmerk richtet sich dabei vor allem auf

Funktion und Aufgabe des NRW-Kontaktbüros in Hanoi. *Japan* wird zum einen als möglicher Kooperationspartner in der EZ auf subnationaler Ebene behandelt, zum anderen als potentieller Partner für Regionalkooperationen kleiner und mittlerer Unternehmen. Während das Thema der Unternehmenskooperation bereits ein Dauerbrenner im deutsch-japanischen wirtschaftspolitischen Dialog darstellt, bietet das Thema subnationale EZ-Kooperation Raum für neue Ideen und Modelle gezielter, bilateraler Entwicklungszusammenarbeit.

Betont werden muss nicht, dass die im Gutachten vertretenen Meinungen nicht unbedingt mit denen der beteiligten Fachgebietsvertreter übereinstimmen. Das Gutachten lädt zur kritischen Auseinandersetzung mit den bearbeiteten Themen ein. Einige Vorschläge und Anregungen sind sicherlich ohne größeren Zeit- und Verwaltungsaufwand umsetzbar, andere wiederum verlangen nach Reflexion. Gemeinsam ist den im Gutachten aufgestellten Bestandsaufnahmen und Anregungen, dass sie auf die reale politische Situation der untersuchten Länder Bezug nehmen und weniger darauf ausgerichtet sind, eine theoriegeleitete und damit eher abstrakte Expertise zu liefern.

Besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Mitgliedern der Staatskanzlei NRW – insbesondere Herrn Ministerialrat Backhausen, Herrn Dr. Hüls und Herrn Breulmann (Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr) -, die sich zur Zusammenarbeit bereit erklärt und während des gesamten Prozesses der Informationsbeschaffung entscheidende Unterstützung geleistet haben. Die Präsentation der Ergebnisse des Gutachtens wurde nicht zuletzt durch die Räumlichkeiten, die die Staatskanzlei zu diesem Zwecke zur Verfügung stellte, gewürdigt. Für all diese kleinen und großen Hilfeleistungen möchten wir herzlich danken. Eine Task Force ist für Studierende wie für Lehrende eine besondere Erfahrung, die im Universitätsalltag recht selten vorkommt. Wir hoffen, dass der Einsatz sich gelohnt hat und vielleicht sogar die ein oder andere Anregung aus dem Gutachten in die regionalpolitische Diskussion aufgenommen wird.

Duisburg, im Oktober 2000

Dr. Claudia Derichs

Prof. Dr. Thomas Heberer

Patrick Raszelenberg, M.A.

DIREKTKONTAKTE NRW UND VR CHINA:

BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Manja Jonas

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
1 Entwicklungszusammenarbeit: Ein innen- und außenpolitisches Problem.....	4
2 Projektvorschlag.....	5
2.1 Aufgaben.....	5
2.2 Institutionelle Ausgestaltung.....	6
2.3 Finanzierung.....	6
3 Begründung des Projektvorschlags	7
3.1 Warum saubere Produktion als Projektgegenstand?	7
3.1.1 <i>Das Interesse Chinas</i>	7
3.1.2 <i>Bedeutung der Umweltprobleme für Deutschland</i>	9
3.1.3 <i>Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit</i>	9
3.2 Warum ein Environmental Protection Bureau als Projektpartner?	11
3.3 Warum Einnahmengenerierung als eine Projektaufgabe?	11
3.3.1 <i>Relevantes Umweltrecht</i>	11
3.3.2 <i>Institutionelle Rahmenbedingungen</i>	13
3.4 Warum Beratung statt Implementierung?.....	15
3.5 Warum Klein- und Mittelunternehmen als Projektzielgruppe?	16
3.6 Warum Kopplung des Instituts an ein Gewerbegebiet?	16
3.7 Warum <i>Public Private Partnership</i> ?	17
3.8 Eignung des Projekts für Nordrhein-Westfalen	17
Literaturverzeichnis	19

Abkürzungsverzeichnis

ADB	Asian Development Bank
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
EIA	Environmental Impact Assessment
EPB	Environmental Protection Bureau
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FDI	<i>Foreign Direct Investment</i>
ISO	International Organization for Standardization
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
NRW	Nordrhein-Westfalen
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
SEPA	State Environmental Protection Administration
SPC	State Planning Commission
VR	Volksrepublik

1 Entwicklungszusammenarbeit: Ein innen- und außenpolitisches Problem

An der Notwendigkeit von Entwicklungspolitik als solcher besteht kein Zweifel, akzeptiert man die Universalität der politischen und sozialen Menschenrechte und anerkennt man, was Nuscheler das "aufgeklärte Eigeninteresse" (Nuscheler 1995: 41) nennt. Unstimmigkeiten entstehen vielmehr bei der Auswahl und Planung der Projekte, da in dieser Phase die unterschiedlichen Interessen sowohl der Geber als auch der Empfänger miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Die öffentlichen Geber sind bei der Planung von Entwicklungsprojekten mit drei großen Problemen konfrontiert:

- Finanzierung,
- Legitimation im eigenen Land und
- Akzeptanz beim Empfänger.

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist so widersprüchlich wie das Konzept von Entwicklung selbst, dessen Interpretationen vom bloßen Wachstum des Inlandsproduktes bis zur umfassenden Entfaltung der Persönlichkeit jedes einzelnen im Kantschen Sinne reichen. Mit steigender Komplexität des Zielsystems in der theoretischen Diskussion wird die Formulierung entwicklungspolitischer Leitlinien intransparenter, der Erfolg vergangener und zukünftiger EZ fragwürdiger. In Kombination mit den innenpolitischen Problemen vieler Entwicklungsländer führt dies zur Desillusionierung der Öffentlichkeit in den Geberländern, die durch zunehmende Entsolidarisierung innerhalb der eigenen Gesellschaft weiter verstärkt wird. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat in den vergangenen Jahren zu massiven Sparmaßnahmen, auch bei den Sozialleistungen, geführt. Vor diesem Hintergrund sind Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit sehr sorgfältig zu begründen (Borrmann 1999: 255; Radke 1999: 56).

Während mehr als 70 Prozent der Deutschen gegenüber der EZ prinzipiell positiv eingestellt sind, machen etwa 56 Prozent ihre Zustimmung von der wirtschaftlichen Situation in Deutschland abhängig (Langmann 1996: 50 f.; Tajnsek 1996: 53). Viele beschränken ihre Zustimmung auf Katastrophenhilfe und die Bekämpfung absoluter Armut – meist aus Motiven der Nächstenliebe – oder die Abwendung persönlicher Bedrohung. Die EZ mit der VR China hat vor der deutschen Bevölkerung aufgrund der raschen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes deshalb ein Legitimationsproblem.

Die Empfängerländer, vor allem auch die VR China, wünschen sich auf der anderen Seite möglichst wenig Einmischung in ihre internen Angelegenheiten, machen sie doch Kolonialismus und Handelspolitik der Industrieländer für ihre Unterentwicklung verantwortlich. Für sie erfüllt Entwicklungszusammenarbeit vor allem den Anspruch auf Wiedergutmachung, nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht (Chen 1997: 74 f.).

Das vorliegende Gutachten schlägt ein Projekt vor, mit dem diese Probleme gelöst werden können und das für alle Beteiligten von Nutzen ist.

2 Projektvorschlag

Es wird ein Forschungs- und Beratungsinstitut für saubere Produktion in Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU)¹ skizziert, das die Verbindung zwischen staatlicher Umweltpolitik und der Praxis der KMU herstellt.

2.1 Aufgaben

Technologieberatung

Das Institut sollte lokale Unternehmen bei der Wahl umweltverträglicher Produktions- und Managementverfahren möglichst bereits im Planungsstadium unterstützen. Erfüllen einzelne Unternehmen die relevanten Umweltstandards nicht, untersucht das Institut in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Verbesserungspotentiale und schlägt Wege zu deren Umsetzung vor.

Vermittlung ausländischer Technologie und Partner

Sind die benötigten Technologien in China nicht verfügbar oder wird es von dem Unternehmen gewünscht, stellt das Institut den Kontakt zu möglichen ausländischen Technologielieferanten und Kooperationspartnern her. Es unterhält zu diesem Zweck eine Datenbank mit ausländischer Lieferanten und Interessenten für Kooperationen.

Zertifizierung von Umweltmanagementsystemen

Weltweit geht der Trend zu Umweltzertifikaten als Bedingung internationaler Lieferbeziehungen. Da dieser Trend auch in China zunehmend greift, sollte das Institut über die Zertifikate informieren, Implementierungsrichtlinien für Umweltmanagementsysteme erstellen und auch selbst Zertifizierungen durchführen.

Unterstützung bei der Finanzierung von Umweltmaßnahmen

Die Finanzierungsbarriere für Umweltschutzinvestitionen ist bei KMU weltweit hoch. Das Institut muß also passende Finanzierungsmöglichkeiten vermitteln. Bereits seit Jahren existieren aus Emissionsgebühren gespeiste Umweltfonds zu diesem Zweck, die jedoch noch besser nutzbar gemacht werden können.

Weiterbildung des Personals der lokalen Umweltbehörde (Environmental Protection Bureau, EPB)

Neben der Beratung für Unternehmen gibt das Institut sein Wissen auch an das EPB-Personal selbst weiter, um sowohl zur Bewußtseinsbildung beizutragen als auch die Fähigkeiten der Beamten zu verbessern.

Generierung von Einnahmen für das EPB

Für seine Dienstleistungen, d.h. Beratung, Vermittlung und Zertifizierung erhebt das Institut marktgerechte Gebühren, die dem Budget des EPB zufließen. Das EPB kann

¹ Unter KMU werden im folgenden alle kleinen und mittelgroßen privaten, genossenschaftlichen und kommunalen Unternehmen verstanden. Dazu zählen auch die *Township and Village Enterprises*, die ursprünglich von Kommunen oder Einheiten gegründet wurden, deren eigentumsrechtlicher Status, Finanzierung und Geschäftsführungsbefugnis aber noch nicht abschließend geklärt ist. Gegenwärtig sind diese Unternehmen in ihren betriebswirtschaftlichen Entscheidungen und der Gewinnverwendung formal weitgehend unabhängig, doch es bestehen meist noch enge, auch personelle, Verbindungen zur Lokalverwaltung.

damit seine technische Ausstattung und die Personallage verbessern, was wiederum der Qualität des Umweltmonitoring zugute kommt.

2.2 Institutionelle Ausgestaltung

Der Projektpartner Nordrhein-Westfalens (NRW) sollte das EPB einer Lokalregierung sein, zu der bereits intensive bilaterale Kontakte bestehen. Die gute Kenntnis des Partners erleichtert die Berücksichtigung aller wichtigen Interessen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die deutsche Wirtschaft könnte in einer *Public Private Partnership* eingebunden werden.

Das Institut sollte einerseits institutionell dem EPB zugeordnet sein, um politische Unterstützung und Nachhaltigkeit des Projektes zu sichern. Andererseits sollte es organisatorisch weitgehend unabhängig sein, um die Interessen der Unternehmen berücksichtigen zu können und von ihnen angenommen zu werden.

Vielversprechend wäre die Kopplung an eine Einrichtung zentraler Gewerbegebiete. Diese Lösung bringt neben verbesserten Kontrollmöglichkeiten für das EPB, ökologische Entlastung für die landwirtschaftlichen Gebiete sowie vielfältige Agglomerationsvorteile für die Unternehmen.

2.3 Finanzierung

Die Finanzierung des Projektes könnte auf vier Elementen basieren.

1. Gebühren für Beratung, Finanzierung und Zertifizierung

Die chinesischen Unternehmen, die die Leistungen des Institutes in Anspruch nehmen, tragen die Kosten der Leistungserstellung. Dies sind in erster Linie Personalkosten und Unterhaltskosten für die Räume des Instituts.

2. Fonds für Umweltprojekte

Die niedrig verzinsten Kredite, die den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, um notwendige Umweltschutzinvestitionen zu tätigen, werden dem bestehenden Fonds des EPB entnommen, der für derartige Investitionen gesetzlich vorgesehen ist.

3. Engagement der deutschen Wirtschaft

Von der Vermittlung von Technologielieferanten und Kooperationspartnern profitiert die deutsche Privatwirtschaft unmittelbar, also sollte sie auch an den Kosten für das benötigte Personal und den Unterhalt der Datenbank partizipieren. Hierfür kommen vor allem Industrieverbände oder Handelskammern in Frage.

4. Eine-Welt-Etat NRW

Nach Auslaufen des Stipendiatenprogramms könnte NRW frei gewordene Mittel für die Schulung von Multiplikatoren im vorgeschlagenen Institut und die Erstellung von Schulungsmaterialien nutzen. Dies könnte z.B. durch Expertenaustausch, Studienaufenthalte oder Finanzierung kommerzieller Beratungsunternehmen geschehen.

3 Begründung des Projektvorschlags

Im folgenden wird begründet, warum ein Umweltinstitut ein geeignetes Projekt für die EZ zwischen NRW und China darstellt, und es werden kurz die gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen angerissen.

3.1 Warum saubere Produktion als Projektgegenstand?

Die Herstellung, Nutzung und Entsorgung sämtlicher Güter beeinflusst die Umwelt. Die konkreten Wirkungen sind jedoch nur zum Teil für den Menschen nachvollziehbar. Das Schadenspotential ist abhängig von der Umweltwirkung pro Einheit Produkt und der Produktmenge. (Ludwig 2000: 9). Die in diesem Zusammenhang theoretisch beste Lösung, die Produktionsmenge überhaupt zu begrenzen, steht im derzeitigen Werte- und Wirtschaftssystem international nicht zur Verfügung. Eine praktikable Lösung wäre jedoch, den Einsatz von Ressourcen im Wirtschaftsprozeß zu minimieren, Materialien zu nutzen, deren individuelles Schadenspotential möglichst gering ist, Nebenprodukte weiterzuverwenden und Hilfsstoffe einem geschlossenen Stoffkreislauf zuzuführen, mit anderen Worten: saubere Produktion. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen zum einen effektive Management- und Controllingsysteme implementiert werden, zum anderen werden ausgereifte technologische Lösungen benötigt.

In China sind signifikante Verbesserungen bereits bei geringem Mitteleinsatz, vor allem durch Know-how erzielbar. Ein kanadisches Projektteam hat dies treffend mit "*picking the low hanging fruit*" (China-Canada Cooperation Project in Cleaner Production: 29.08.00) bezeichnet. Das Umweltschutzprogramm der Vereinten Nationen hat in einer Studie zur sauberen Produktion in China beispielhaft für ein Färberei-Unternehmen errechnet, daß sich allein mit Maßnahmen und Investitionen, die sich innerhalb eines Jahres amortisieren, das Abwasservolumen um 30 Prozent reduzieren ließe (Ludwig 2000: 19).

3.1.1 Das Interesse Chinas

Die chinesischen Umweltprobleme sind gravierend: z.B. erreichen nur 50 Prozent der Industrieabwässer die relevanten Standards. Die Wasserverschmutzung verursachte bereits 1992 Kosten von rund 7,2 Mrd. DM, die Hälfte davon Gesundheitskosten. Schlechte Wasserqualität ist auch der Hauptgrund für den Wassermangel in vielen Städten (ebd., S. 13).

In allen chinesischen Städten überschreitet die Partikelkonzentration in der Luft die Grenzwerte (Edmonds 1994: 161), wodurch die Zahl der Atemwegserkrankungen stark gestiegen ist. Beispielsweise ist die Wahrscheinlichkeit, an Lungenkrebs zu erkranken, in Teilen Beijings doppelt so hoch wie in schwach industrialisierten Gebieten (ebd, S. 170). Vielfach fällt saurer Regen, besonders im Süden liegt der pH-Wert in großen Städten häufig unter 4,5 (ebd., S. 168 f.). Dadurch werden Schäden an Gebäuden und Wäldern verursacht, die Schäden durch Korrosion gehen in die Milliarden (ebd., S. 160).

Wegen Übernutzung und Abholzung zeigt ein Sechstel der Fläche Chinas Erosionsschäden. Der entstehende Schaden durch Bodenabtrag entspricht dem Wert der gesamten jährlichen Düngerproduktion (ebd., S. 63). Gleichzeitig ist die Existenzgrundlage von Millionen Haushalten gefährdet, ein riesiges Potential für soziale Unruhe. Und nicht zuletzt ist das jährlich um 10 Prozent wachsende

Müllaufkommen ein Problem, da es zu wenige Deponien gibt und diese meist ungenügend gesichert sind. Ein großer Teil der Industrieabfälle wird direkt in Gewässer entsorgt (Edmonds 1994: 152).

Aufgrund des schieren Ausmaßes der Umweltprobleme hat der chinesische Staat ein großes Interesse an Umweltprojekten. Die jährliche Liste der Projektvorschläge der chinesischen Regierung enthält neben Infrastrukturprojekten vor allem Umweltschutzvorhaben. Zum einen ermöglichen sie China den kostengünstigen Import ausländischen Know-hows, zum anderen tragen sie zur Senkung der Kosten der Umweltzerstörung bei (Chang 1997: 74).

Der nachhaltige Erfolg jeglicher EZ mit der VR China, ja sogar, wie Li Peng 1996 auf der Vierten Nationalen Umweltschutzkonferenz erklärte, "*the nation's survival and development*" (Li, zit. nach Zhang et al. 1999: 29) hängt davon ab, inwieweit die eigene Ernährungsgrundlage und die Bewohnbarkeit des Landes gesichert werden können. Aus diesem Grund war die VR China eine aktive Teilnehmerin der *United Nations Conference on Environment and Development* 1992, die schließlich die Klima-Rahmenkonvention, die Basel-Konvention zur Biodiversität und die Agenda 21 verabschiedeten. Die Konferenz etablierte die Idee der gemeinsamen Verantwortung der Industrie- und Entwicklungsländer für die nachhaltige Entwicklung der Einen Welt. Das chinesische Verständnis dieser Verantwortung beschreibt Li Peng im Vorwort zur chinesischen Agenda 21:

Economic Development should be pursued in parallel with environmental protection. Economic Development is essential for the very survival and progress of mankind. Furthermore, it provides a material guarantee for the protection and improvement of the global environment. For many developing countries, their primary task is to develop the economy and eliminate poverty. Their reasonable and urgent needs should be taken into full consideration when we try to tackle the question of the global environment ... no country can afford to develop its economy in disregard of its pressure on the environment. It is therefore, imperative to work out a development strategy that will ensure a virtuous cycle of the ecosystems so as to attain a balance between economic growth and environmental protection. (State Planning Commission (SPC), zit. nach Stimpson 1997: 67)

Laut Chens Interpretation (1997: 76) bedeutet das:

- Umweltschutz ist nur in Verbindung mit Wirtschaftswachstum möglich.
- Die Industrieländer sind immer noch die Hauptemittenten und damit hauptverantwortlich für den Umweltschutz.
- Entwicklungsländer müssen ausreichende finanzielle Mittel erhalten, um nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz durchsetzen zu können.
- Wissenschaft und Technologie spielen die Hauptrolle im Umweltschutz und müssen daher durch internationale Kooperation den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden.

Ein Projekt zur Förderung sauberer Produktion nimmt diese Ideen auf. Es ist daher gut geeignet, die Unterstützung und Beteiligung der chinesischen Regierung zu erhalten.²

3.1.2 Bedeutung der Umweltprobleme für Deutschland

Genauso wie dem chinesischen entspricht es dem deutschen Interesse, Bedrohungen der eigenen Sicherheit durch Umweltverschmutzung und Ressourcenvernichtung zu vermindern. Ein Teil der Umweltverschmutzung zeigt ihre Wirkungen weit über die Landesgrenzen hinaus: Die Wasserverschmutzung erreicht über Flüsse und Meere andere Staaten und bedroht die Tier- und Pflanzenbestände der Gewässer. Luftverschmutzung wird für das Ozonloch und Klimaveränderungen verantwortlich gemacht. Von den Folgen ist auch die deutsche Bevölkerung spürbar betroffen.

Das Potential z.B. zur Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes ist in China besonders groß. Laut Wissenschaftlichem Beirat Globale Umweltveränderungen trifft dies für alle Gebiete zu, die große Mengen Treibhausgase emittieren, nur eine vergleichsweise geringe Energieeffizienz erreichen und ein hohes Wirtschaftswachstum erwarten lassen. China emittierte 1996 14 Prozent des weltweiten Ausstoßes an Kohlendioxid, erzeugte pro Einheit Bruttosozialprodukt ein Vielfaches an Kohlendioxid im Vergleich zu den OECD-Staaten, das Wirtschaftswachstum wird für die kommenden 20 Jahre auf durchschnittlich 5,5 Prozent jährlich geschätzt (Oberheitmann 1999: 2 ff.).

Das Reduktionspotential ist für Deutschland auch deshalb interessant, weil es sich im Rahmen der internationalen Klima-Rahmenkonvention zu Emissionsverringerungen³ verpflichtet hat und deren Implementierung in Deutschland deutlich teurer ist als z.B. in China. Die VR China selbst ist als Entwicklungsland keine Verpflichtungen eingegangen, kann aber als Partner anderer Staaten im Rahmen des *Clean Development Mechanism* im eigenen Land Reduktionsinvestitionen tätigen lassen, die dem Geberland teilweise angerechnet werden. China steht dem Instrument prinzipiell positiv gegenüber, profitiert es doch ohne zusätzliche Kosten von der verbesserten Effizienz und der verringerten Umweltbelastung, Deutschland kann auf der anderen Seite die Kosten der Einlösung seiner Verpflichtungen senken (ebd., S. 24 ff.).

3.1.3 Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit

Umweltschutz wird dann am konsequentesten betrieben, wenn die Akteure davon wirtschaftlich profitieren. Die marktkonforme Lösung von Umweltproblemen ist auch erklärtes Ziel der chinesischen Agenda 21 (Schabacker 1996: 55).

Deutschland und China haben bereits vielfältige Erfahrungen mit bilateralen Entwicklungsprojekten gesammelt. Die bisher vorrangig eingeführten *End-of-Pipe-Technologies* veränderten lediglich die Form der Emission, um die Umweltwirkung so weit wie möglich zu verringern. Notwendig ist jedoch vielmehr, die Entstehung von Emissionen zu verhindern, z.B. durch Erhöhung der Energieeffizienz. Für große Kommunen und Staatsunternehmen wurden und werden moderne Mülldeponien und

² Die chinesische Regierung hat selbst in den letzten Jahren in einigen Großstädten *Centres for the Promotion of Greener Industry* eingerichtet. Sie sollen ebenfalls bei der Einführung sauberer Technologien beraten, sind aber eher der Wirtschaftsadministration zugeordnet, nicht den Umweltbehörden. Vergleiche Ludwig 2000: 19.

³ 25 Prozent bis 2005 auf Basis des Ausstoßes von 1987. Vgl. Hauchler (Hg.) 1995: 276.

Entsorgungssysteme errichtet, Kläranlagen gebaut und Kraftwerke mit Filteranlagen ausgerüstet (KfW 1999). Es steht außer Frage, daß diese Maßnahmen notwendig und richtig sind, doch sie ändern nichts an der Ursache der Emissionen. Wasser- und Energiepreise sind immer noch niedrig, und der Betrieb der Anlagen verursacht Kosten, denen kaum Erträge entgegenstehen, so daß jeder einzelne sie zu umgehen versucht (Edmonds 1994: 184 f.). Aus diesem Grund werden die Anlagen oft nicht richtig genutzt, die Emissionen bleiben unbehandelt.

Es kann davon ausgegangen werden, daß die Akteure in den Entwicklungsländern individuell wirtschaftlich rational handeln, d.h. Maßnahmen sind nur dann nachhaltig, wenn sie sich für die Empfänger, auch kurzfristig, rechnen. Das Beispiel eines Projekts zur Einführung kleiner Handpumpen in ländlichen Gebieten belegt dies. Die Verbreitung der Pumpen scheiterte, als immer mehr Haushalte kostengünstig an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen wurden und sich der Einsatz der Pumpen nicht mehr lohnte (BMZ 1999: 62 f.).

Der Evaluierungsbericht zum Ernährungssicherungsprogramm Shandong, das in erster Linie nicht ökologisch, sondern armutsorientiert ist, erklärt ein weiteres Mal die enge Verknüpfung von Wirtschaftlichkeit und funktionierendem Ressourcenschutz:

"Als [ökologisch; d.A.] positive Wirkungen sind insbesondere die Beiträge durch die Anlage von Terrassen, Wirtschafts- und Schutzwald sowie Gullyverbau in stark erodierten bzw. erosionsgefährdeten Gebieten hervorzuheben. [...] Neben dem Schutz der Ressourcen gelingt es gleichzeitig wirtschaftliche Potentiale zu erschließen und damit die Voraussetzung für Akzeptanz, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu schaffen." (BMZ 1996: 70 f.)

Die Zertifizierung von Umweltmanagementleistungen setzt bei der Gewinnerzielungsabsicht der Unternehmen an. Zertifizierung nach ISO 9000/14000/14001⁴ gilt als eine Art Gütesiegel im internationalen Handel und kann daher die Absatzchancen der Unternehmen im Ausland verbessern (Chahoud 1998: 35). Wie einer der wenigen mittelständischen Hongkonger Unternehmer, die sich bisher um die Zertifizierung bemühten, nach einiger Zeit feststellte:

"...we believed that there would be some environmental requirements in coming tenders. The Top Management [...] decided to implement ISO 14001 throughout the company, the result confirmed that it was a wise and correct decision. [...] In my practical experience, cost reduction always can be made in ISO 14001, for example, reduce [sic!] use of concrete to 12% before the end of Dec., 99." (Government of the Hong Kong Special Administrative Region, Environmental Protection Department o.J.: o.S.)

Regional konzentrierte sich die deutsche EZ bisher auf die wirtschaftlich weiter entwickelten Küstenprovinzen. Tabelle 1 zeigt übereinstimmende Präferenzen mit den Zielregionen kommerzieller und multilateraler Kapitalflüsse. Die Mittel mit hohem Zuschußanteil (*Official Development Assistance*, ODA) sollten jedoch Regionen zugute kommen, die für kommerzielle Geldgeber nicht oder noch nicht attraktiv sind. Einerseits ist nur so der Einsatz knapper Haushaltsmittel zu

⁴ ISO 9000, ISO 14000 und ISO 14001 sind Standards der International Organization for Standardization (ISO), die Qualitätsmanagement und umweltverträgliches Wirtschaften zum Gegenstand haben.

rechtfertigen, andererseits könnte der Weg bereitet werden für private Auslandsinvestitionen (*Foreign Direct Investment*, FDI).

Tabelle 1: Regionale Verteilung der Kapitalzuflüsse (in Prozent)

	FDI	Aktien	ODA		Multilaterale Kredite	
			Japan	Deutschland	ADB	Weltbank
Küstenprov.	87	>80	20	85	70	54
Binnenprov.	13	<20	80	15	30	46

Quelle: Radke 1999: 41, leicht modifiziert

3.2 Warum ein Environmental Protection Bureau als Projektpartner?

Ähnlich der Kooperation zwischen der GTZ und der indonesischen Umweltbehörde sollte das Institut an das lokale EPB angegliedert sein, um politische Unterstützung und Nachhaltigkeit des Projektes zu sichern. Wie Ortolano und Sinkule (1995: 17 f.) argumentieren, können die weit verbreiteten informellen Netzwerke sowohl zur Durchsetzung von Maßnahmen instrumentalisiert als auch gegen Sie verwendet werden. Es ist daher wichtig, politische Entscheidungsträger für ein Projekt zu kooperieren.

Im Rahmen des *institution building* könnte zuerst die Vermittlung der Vorteile sauberer Produktion innerhalb der Behörde eine Abkehr vom Selbstverständnis als reine Kontrolleure bewirken. Der regelmäßige Kontakt der Umweltbehörden mit den verschmutzenden Unternehmen bietet anschließend einen guten Ansatzpunkt, das Konzept prozeßintegrierten Umweltschutzes auch in der Industrie zu verbreiten (Chahoud 1998: 54 ff.).

3.3 Warum Einnahmengenerierung als eine Projektaufgabe?

3.3.1 Relevantes Umweltrecht

Die Geschichte des staatlichen Umweltschutzes der VR China beginnt im wesentlichen nach den Wirren der Kulturrevolution 1979 mit der Verabschiedung des vorläufigen Umweltschutzgesetzes. Schon zu diesem Zeitpunkt wurden die aktuell gültigen Grundprinzipien festgeschrieben, nämlich das Verursacherprinzip, die Stärkung des Umweltmanagements und, als Konsequenz der verfehlten westlichen *end-of-pipe*-Gewichtung, die Betonung von Vorbeugungsmaßnahmen (Chinas Recht VI.5, 26.12.89/1, § 13, 19-26, 28, 29 und 31; Ortolano und Sinkule 1995: 27). Entsprechende Instrumente wurden ebenfalls konzipiert, wobei ironischerweise in der Implementierung doch *end-of-pipe*-Elemente dominierten. Im aktuell gültigen Umweltschutzgesetz von 1989 wurden den drei ursprünglichen fünf neue Instrumente beigefügt, die die Effektivität der Emissionskontrolle verbessern sollten. In Tabelle 2 sind alle acht Instrumente kurz dargestellt. Hervorzuheben ist, daß sich die EPB vorrangig aus ihrem Anteil an den *Pollutant Discharge Fees* finanzieren.

Tabelle 2: Die acht Hauptinstrumente zur Emissionskontrolle in China

Englische Übersetzung	Chinesischer Titel	Inhalt
<i>The Three Old Systems</i>	<i>lao san zhidu</i>	
<i>Environmental Impact Assessment (EIA).</i>	<i>huanjing yingxiang pingjia</i>	Einschätzung und Bewertung zu erwartender Umweltwirkungen einer Investition durch eine lizenzierte Agentur; Abnahme des EIA durch das zuständige EPB
<i>Three Synchronizations Policy</i>	<i>san tongshi zhengce</i>	Gleichzeitige Einbeziehung von Klär- und Filteranlagen bei Planung, Bau und Betrieb eines Investitionsprojektes; Auf jeder Stufe Abnahme durch das zuständige EPB; Betriebsstilllegung oder Geldstrafen bei Nichteinhaltung
<i>Pollutant Discharge Fees</i>	<i>paiwu shoufei</i>	Gebühren auf jede Art von Emissionen, die relevante Grenzwerte überschreiten; Erhebung durch die lokalen EPB, die 20 Prozent davon einbehalten; bis zu 80 Prozent Rückerstattung für Umweltschutzinvestitionen
<i>The Five New Systems</i>	<i>xin wu zhidu</i>	
<i>Discharge Permit System</i>	<i>paiwu xukezheng zhidu</i>	Genehmigungssystem für große Emittenten; Genehmigung von Emissionen bis zu einer bestimmten Konzentration bzw. Gesamtmenge durch die zuständigen EPB, abgestimmt auf die Luft- und Wasserqualität der Region; gelegentlich Widersprüche zum Emissionsgebührensysteem
<i>Environmental Responsibility System</i>	<i>huanjing baohu mubiao zeren zhi</i>	Verantwortungssystem, in dem Lokalregierungen nach oben, mit den EPB der Provinzen, und nach unten, mit Unternehmensleitungen, Verträge über die zu erreichende allgemeine Umweltqualität abschließen; Einbeziehung der gesamten Lokalregierung in die Umweltverantwortung
<i>Assessment of Urban Environmental Quality</i>	<i>chengshi huanjing zonghe zhengzhi dingliang kaohe</i>	Überprüfung der Umweltqualität in großen Städten anhand von 32 Indikatoren; Durchführung durch die staatliche Umweltbehörde (State Environmental Protection Administration, SEPA) oder EPB der Provinzen; Veröffentlichung der Ergebnisse in den Medien zur Mobilisierung der Öffentlichkeit
<i>Centralized Pollution Control</i>	<i>jizhong chuli</i>	System zentralisierter Abwasser- und Abfallbehandlung und Emissionskontrolle komplementär zur individuellen Verantwortung; zielt auf erhöhte ökonomische Effizienz, aber noch schwach entwickelt
<i>Limited Time Treatment</i>	<i>xianqi zhili</i>	Vorgabe eines begrenzten Zeitraums zur Senkung unerlaubter Emissionen oder zur Schadensbeseitigung durch die EPB; Betriebsstilllegung oder Geldstrafen bei Nichteinhaltung

Quelle: In Anlehnung an Ortolano und Sinkule 1995: 26 ff.; Chinas Recht VI.5, 26.12.89/1, § 12, 13, 16, 26-29, 36 und 39.

In die Verfassung wurde der Umweltschutz 1982 aufgenommen. Artikel 26 erklärt:

Der Staat schützt und verbessert die Lebensumwelt und die ökologische Umwelt, verhütet Verschmutzung und andere Umweltschäden. Der Staat organisiert die Aufforstung und ermuntert dazu, und er schützt die Wälder. (*Zhonghua Renmin Gongheguo Xianfa* (Die Verfassung der Volksrepublik China), 04.12.82, Art. 26, eigene Übersetzung)

Auf dieser Grundlage wurden spezielle Gesetze verabschiedet, die sich jeweils mit einem Teilaspekt der Umwelt oder des Umweltschutzes befassen. Diese Serie umfaßt inzwischen alle wichtigen Bereiche. Darüber hinaus haben der Staatsrat, die SEPA und andere Ministerien Verwaltungsvorschriften und andere ministerielle

Durchführungsbestimmungen erlassen. Umweltstandards beziehen sich auf die Umweltqualität, Emissionsgrenzen und Verfahrensweisen. Sie sind ebenso verbindlich wie die Internationalen Verträge und Abkommen, die die VR China unterzeichnet hat. Auch die Provinzen und einige Städte haben das Recht, Umweltvorschriften zu erlassen, die die nationalen Regeln und Gesetze ergänzen und an die lokalen Gegebenheiten anpassen (Tao 1997: 323 f.).

Es herrschte einige Zeit Unsicherheit über den Stellenwert des Umweltschutzes in der politischen Agenda, daher wurde er 1983 explizit als grundlegende nationale Politik dem Wirtschaftswachstum gleichgestellt.

1997 wurde in Kapitel VI des Strafgesetzes eine eigene Sektion für Verbrechen gegen den Umwelt- und Ressourcenschutz aufgenommen, die es erlaubt, verantwortliche Personen mit der Konfiszierung des Besitzes und Gefängnis bis zu zehn Jahren zu bestrafen (Troost 2000: 31). Die Haftung von Unternehmen als den Verursachern von Verschmutzung ist weiterhin nicht vorgesehen, was für eine abschreckende Wirkung gegenüber den in Gemeinschaftsbesitz befindlichen KMU eigentlich sinnvoll wäre.

3.3.2 Institutionelle Rahmenbedingungen

Nun könnte man meinen, die Umweltgesetze würden klare Handlungsvorgaben treffen. Aber in China hat sich das *rule of law* immer noch nicht durchgesetzt. Es gibt kaum Präzedenzfälle, in denen bisher Umweltvergehen mit den – prinzipiell bestehenden – Möglichkeiten des Strafrechts verfolgt wurden (Cheng 1995: 677). Der Hauptgrund hierfür ist die öffentliche Meinung:

"In China gibt es einen Konsens zwischen Öffentlichkeit und Regierung, daß Wirtschaftswachstum höchste Priorität besitzt. In der Theorie des chinesischen Strafrechts ist "gesellschaftlicher Schaden" die ultimative Rechtfertigung für die Strafverfolgung. Beim Tatbestand der Verschmutzung können wir jedoch häufig ein Gemisch von gesellschaftlichem Nutzen und Schaden finden. Eine Fabrik kann kurzfristig eine Menge zur Gesellschaft beitragen, während sie langfristige Verschmutzung der Umwelt verursacht." (Cheng 1995: 676, eigene Übersetzung)

Gesetze werden als Basis individueller Auslegung betrachtet, ihre Implementierung hängt wesentlich von der Unterstützung durch einflußreiche Politiker ab (Jahiel 1997: 86). Verstöße gegen Umweltstandards und Gesetze werden meist mit administrativen Mitteln geahndet. Noch größere Tradition hat die Lösung von Disputen durch Verhandlung und Vermittlung.⁵ Die einzelnen Unternehmen schließen mit der Lokalregierung individuelle Verträge, deren Inhalt die Verhandlungsmacht der Kontraktpartner widerspiegelt (Schabacker 1996: 50 f.). Häufig liegen Emissionsgebühren dann unter den Kosten der Beseitigung oder Vermeidung der Verschmutzung, die bestehenden Probleme werden konserviert (Chan und Wong 1995: 1548 f.). Für die geringe Durchsetzungsfähigkeit der EPB gibt es viele Gründe.

Erstens ist das Umweltbewußtsein der Bevölkerung mangelhaft. 75 Prozent der Einwohner von Peking und Shanghai sind der Ansicht, Umweltschutz sei Aufgabe des Staates und verlange kein persönliches Engagement. Für 45 Prozent hat

⁵ Laut China Yearbook 1993 arbeiten in China etwa 65 mal mehr Vermittler als Richter. Vgl. Cheng 1995: 680.

Wirtschaftswachstum den uneingeschränkten Vorrang vor Umweltschutz (BMZ 1995: 18). Das Umweltbewußtsein wird vor allem durch die Schule geprägt, doch die wissenszentrierte Lehrplangestaltung führt nicht ausreichend zu persönlicher Auseinandersetzung mit den Umweltproblemen (Wang 1996: 160; Stimpson 1997: 64 f.). Auf Defizite im Umweltbewußtsein der Bevölkerung kann die deutsche EZ mittelfristig keinen Einfluß nehmen, sie muß also auf andere Anreizstrukturen zurückgreifen.

Zweitens befindet sich laut der Untersuchung von Chan und Wong (1995: 1539) auch das Personal der EPB in einem Dilemma, wenn es sich zwischen Umwelt und Wirtschaftswachstum entscheiden soll, obwohl es den Konzepten des Ressourcenschutzes und der Nachhaltigkeit mehrheitlich positiv gegenübersteht.

Drittens stehen die lokalen Umweltbehörden, die mit der eigentlichen Implementierung des Umweltschutzes beauftragt sind, unter dem oft widersprüchlichen Einfluß von verschiedenen administrativen Systemen, auch "*too many mothers-in-law*" (Sinkule und Ortolano 1995: 16) genannt. Während die SEPA fachliche Vorgaben trifft, ist das EPB organisatorisch Teil der Lokalregierung und von dieser finanziell abhängig. Die wissenschaftliche Literatur stimmt in der Einschätzung überein, die daraus resultierenden konfligierenden Anforderungen führten zu Einschränkungen in der Durchsetzung der Umweltrichtlinien (Schabacker 1996: 46; Campbell 1997: 860; Tang et al. 1997: 868). Um Unabhängigkeit in ihren Entscheidungen zu erlangen, bemühen sich die einzelnen Behörden, möglichst viel eigenes Einkommen zu generieren und ressourcenunabhängig zu werden, mithin "*independent kingdoms*" (Sinkule und Ortolano 1995: 17) zu gründen. Laut Organisationstheorie genießt organisationale Selbsterhaltung einen höheren internen Stellenwert als Aufgabenerfüllung, daher erheben die EPB lieber regelmäßig Emissionsgebühren, die zu 20 Prozent ihrem Budget zugeschlagen werden, als Emissionsvermeidung zu fördern (Chan und Wong 1995: 1545 f.; Tang et al. 1997: 871).

Hinzu kommen, viertens, Interessenkonflikte innerhalb der Lokalregierung, die gleichzeitig als Steuererheber, Regulierer und z.T. Eigentümer der Unternehmen fungiert und auch für die soziale Wohlfahrt der Bevölkerung verantwortlich ist (Schabacker 1996: 49; Campbell 1997: 861).

Man kann also schlußfolgern, daß die gesetzlichen und administrativen Regeln Umweltschutz zwar zum Ziel haben, daß aber die wirtschaftliche und politische Rationalität der EPB die effektive Umsetzung behindern. Die institutionellen Rahmenbedingungen konnten EZ-Projekte bisher langfristig nicht verbessern. Daß dies bei Entwicklungsprojekten allgemein nicht möglich ist, hat die Querschnittsauswertung "Wirkungsuntersuchung abgeschlossener Vorhaben der deutschen EZ" (BMZ 2000: o.S.) ergeben. Zukünftige Projekte sollten also den institutionellen Kontext nicht umzuwälzen versuchen, sondern ihn genau analysieren und sich in der gegebenen Form zunutze machen. Kommerzielle Dienstleistungen im Umweltschutzsektor sind ein Weg, wie die Erfüllung der Organisationsinteressen und der Interessen der einzelnen Beamten gleichzeitig zu effektiven Umweltschutzmaßnahmen führen kann.

3.4 Warum Beratung statt Implementierung?

Der entscheidende Entwicklungseingangs des chinesischen Staates ist eine Wissenslücke, nicht, wie in den chinesischen KMU und vielen anderen Entwicklungsländern, Kapital- oder Devisenmangel.⁶ Das Hauptinteresse der chinesischen Projektpartner liegt im Technologietransfer, der für die Managementebene Prestigegewinne verspricht, und in der Aus- und Weiterbildung, die die individuellen Karriereaussichten des Fachpersonals verbessert (BMZ 1995: 17). Die EZ mit staatlichen Trägern der VR China sollte sich daher, unter Minimierung des Einsatzes knapper öffentlicher Mittel, auf die Vermittlung relevanten Know-hows konzentrieren. Ein Forschungs- und Beratungsinstitut folgt diesem Ansatz in idealer Weise.

Ein solches Projekt trifft sich mit den Einstellungen und Wünschen der Umweltbeamten auf zwei Ebenen. Erstens beklagt die Mehrheit der Beamten mangelndes technisches Wissen.⁷ Das Institut könnte mit deutscher Unterstützung das Niveau der Kenntnisse anheben. Zweitens glauben die Bürokraten an die Problemlösungskapazität des technischen Fortschritts (Chan und Wong 1995: 1540), die effektive Verbreitung moderner Produktionstechnologien verspricht wirksamen Umweltschutz. Die Befragung von Beamten im EPB Guangzhou ergab als vordringlichsten Wunsch zur behördlichen Aufgabenerweiterung die technologische Hilfe für Unternehmen (ebd., S. 1544).

Im Rahmen von EZ-Projekten wurden schon früher das Know-how und die technische Ausstattung einzelner EPB verbessert. Der Evaluierungsbericht zur Förderung des Umweltamtes Dongying merkte jedoch zur erwarteten Nachhaltigkeit des erreichten Standards an, er sei nur zu sichern, wenn über die eigentlichen Aufgaben des EPB hinaus kommerzielle Dienstleistungen entwickelt würden, wie Öko-Auditing oder die Schulung von Ämter- und Firmenpersonal (BMZ 1995b: 36 ff.).

Gelingt es im Rahmen der Beratung, Kontakte zu ausländischen Investoren zu vermitteln, kann außerdem die marktgerechte und günstige Kapitalquelle der FDI⁸ erschlossen werden. Der Markt für Umwelttechnologie ist in China noch ungenügend entwickelt, für viele Umweltprobleme lassen sich im Land keine angemessenen technologischen Lösungen finden (Xie et al. 1998: o.S.). Das Institut kann diesen Markt entwickeln helfen, in dem es sowohl auf der Angebotsseite passende Technologien vermittelt, als auch die Nachfrage durch Kredit- und Kapitalvermittlung anregt.

⁶ Da die großen Ratingagenturen China übereinstimmend mit einem *Investment Grade* bewerten, kann sich China am internationalen Kapitalmarkt zinsgünstig mit Krediten versorgen. Der Zinssatz liegt mit 20-200 Basispunkten nur geringfügig über dem amerikanischer Staatsanleihen. Zudem verfügte China 1996 über Währungsreserven von 140 Mrd. USD. Vergleiche hierzu Radke 1999: 43 f.

⁷ Vgl. Chan und Wong 1995: 1530. Die empirische Untersuchung der Einstellung von EPB-Bürokraten zum Umweltschutz beschränkt sich auf Guangzhou, eine der 14 stark industrialisierten offenen Küstenstädte. Nach der verbreiteten Auffassung, das Umweltbewußtsein und -wissen wachse mit dem wirtschaftlichen Wohlstand, ist die Situation in anderen Teilen Chinas wahrscheinlich noch besorgniserregender.

⁸ Die Hauptvorteile ausländischer Direktinvestitionen gegenüber anderen Kapitalquellen sind für den Empfänger: Wegfall der Zins- und Tilgungsverpflichtungen, Risikoverteilung zu Lasten des Investors, Steuereinnahmen. Eine komplette Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Finanzierungsquellen findet sich bei Radke 1999: 15 ff.

3.5 Warum Klein- und Mittelunternehmen als Projektzielgruppe?

Bisher beschränkt sich die Tätigkeit der EPB weitgehend auf den nachsorgenden Umweltschutz, d.h. auf die Überwachung der Einhaltung relevanter Umweltstandards. Dieser Ansatz hat bisher nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt, da er in direktem Gegensatz zu den Gewinnabsichten der Unternehmen steht. Die Industrie ist für einen Großteil der Umweltverschmutzung in China verantwortlich, doch gerade die KMU sind bisher in den Programmen der EZ vernachlässigt worden.

Warum ist Umweltschutz in KMU so schwierig durchzusetzen (Chahoud 1998: 41, 52)? Erstens leiden chinesische KMU, wie KMU weltweit, an Kapitalmangel. Häufig fehlt der Zugang zu Investitionsmitteln für Umwelttechnik oder Anschubfinanzierungen für die Implementierung von Managementsystemen. Zweitens unterliegen sie häufig konkurrierenden Verpflichtungen, so daß Ausgaben für den Umweltschutz zugunsten, beispielsweise, sozialer Sicherung, zurückgestellt werden (Ho und Kueh 2000: 31 f.). Drittens sind die KMU räumlich dispers verteilt, da sie meist von Kommunen und Einheiten gegründet wurden. Dies erschwert sowohl die Umweltkontrolle⁹ durch die EPB als auch den technologischen Austausch untereinander (Ho und Kueh 2000: 73 f.). Entsprechend niedrig ist, viertens, das durchschnittliche Niveau technologischen und betriebswirtschaftlichen Wissens. Auch der Informationsstand bezüglich geltender Umweltauflagen und der Chancen umwelt- und qualitätsorientierter Managementsysteme ist in der Regel unzureichend. Der letzte Punkt ist die rechtliche Unsicherheit. Bisher war das Umweltbewußtsein der Bevölkerung und damit der Implementierungsdruck der Behörden eher gering. Doch es gab bereits Fälle von behördlich angeordneten, kurzfristigen Stilllegungen kleiner Betriebe (Ludwig 2000: 21; Tao 1997: 325). Die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind, wie in Abschnitt 3.3.1 beschrieben, seit langem vorhanden, sie wurden bisher nur selten umgesetzt.

Während administrative Maßnahmen bisher weitgehend gescheitert sind, haben marktgerechte Lösungen in KMU eine bessere Chance, zu den gewünschten Ergebnissen zu führen (Ludwig 2000: 20). Anders als die meisten Staatsunternehmen sind die KMU vom Ausscheiden aus dem Markt bedroht und daher an effizienzsteigernden Maßnahmen interessiert.

3.6 Warum Kopplung des Instituts an ein Gewerbegebiet?

Das Konzept der *Centralized Pollution Control* ist seit langem Bestandteil der Umweltstrategie. Es beinhaltet die Zusammenfassung der KMU eines Industriezweiges einer Region in einem Gewerbegebiet mit zentralen Entsorgungseinrichtungen und zentralem Umweltmonitoring (Zhang et al. 1999: 33). Mit der Aufnahme des Instruments in das Umweltschutzgesetz wird anerkannt, daß es den EPB mit der gegenwärtigen Ausstattung nicht möglich ist, alle weiträumig verteilten Unternehmen eines Verwaltungsbezirks zur Einhaltung der Umweltstandards zu zwingen.

⁹ Während die größeren Staatsunternehmen inzwischen regelmäßigen Emissionskontrollen unterliegen, werden die KMU nur selten untersucht. In den Staatsunternehmen werden die anfallenden Emissionsgebühren per Bankeinzug erhoben, so daß die Betriebe die Zahlung nicht verweigern können. Auch dieses Mittel steht bei vielen KMU nicht zur Verfügung. Vergleiche Jahiel 1997: 87 f. und Ludwig 2000: 16.

Ho und Kueh (2000: 90 ff.) zeigen am Beispiel der Provinz Jiangsu, daß die Einrichtung von Gewerbegebieten eine effektive und kostengünstige Maßnahme ist, Emissionsbehandlung und -kontrolle zu gewährleisten. Neben verbesserten Kontrollmöglichkeiten bringt sie für die Unternehmen vielfältige Agglomerationsvorteile. Räumliche Nähe ermöglicht zum Beispiel schnellen Ideenaustausch, unkomplizierte Geschäftsanbahnung und die gemeinsame Errichtung und Nutzung von Infrastruktureinrichtungen. Kläranlagen und Mülldeponien, aber auch Straßen und Telekommunikationsnetze können so kostengünstig unterhalten werden.

3.7 Warum Public Private Partnership?

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) unterhält an sieben Standorten in Entwicklungsländern, darunter auch in Shanghai, *Local Area Manager*, deren Aufgabe es ist, Absatzmärkte für deutsche Umwelttechnologie zu erschließen (DIHT 1998: o.S.). Daß dies auch auf regionaler Basis funktionieren kann, zeigt die Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Liaoning, die bereits zu mehreren Unternehmenskontakten geführt hat (Frankfurter Allgemeine Zeitung 24.05.00). Die Stärkung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft im Segment der sauberen Technologien ist auch ein Ziel des vorgeschlagenen Projektes. Es sollte daher möglich sein, die Privatwirtschaft in Gestalt eines Wirtschaftsverbandes in die Finanzierung der Vermittlungstätigkeit einzubinden.

NRWs Etat für Eine-Welt-Arbeit wird durch die nach innen gerichtete Bildungsarbeit und die Unterbringung der EZ-Organisationen des Bundes bereits schwer belastet. Eine *Public Private Partnership* scheint in dieser Situation das geeignete Mittel, gemeinsame Interessen auch gemeinsam zu vertreten.

3.8 Eignung des Projekts für Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen hat sich bereits 1993 zur Umsetzung der Agenda 21 in seiner Entwicklungspolitik verpflichtet. Das Gutachten "Landespolitik in der Einen Welt. Richtungsimpulse des Eine-Welt-Beirates beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen" vom Januar 1998 bekräftigt dies durch die vorgeschlagene Schwerpunktsetzung auf Kooperation und Handel in angepaßter Umwelttechnik und im Energiesektor (Clement 2000: 2 f.).

NRW hat bei der gezielten Verbreitung ressourcenschonender Verfahren und Managementsysteme durch Beratung bereits Erfahrungen gesammelt. Mit der Gründung der Effizienz-Agentur NRW 1998 wurden Möglichkeiten eröffnet, spezifische Engpässe von KMU in der Implementierung des Umweltschutzes zu überwinden (Clement 2000: 10). Die Auswertung dieser Erfahrungen in einem ähnlichen Projekt in China verspricht interessante Impulse für beide Seiten.

Nordrhein-Westfalen könnte die Vertrauensbasis z.B. des Stipendiatenprogramms mit Sichuan nutzen, um das Konzept ins Gespräch zu bringen. Die endgültige Liste der chinesischen Projektvorschläge wird von der SPC und dem Ministry of Foreign Trade and Economic Cooperation zentral und autonom beschlossen (Radke 1999: 34). Daher ist es für die Aufnahme des Projekts in die entwicklungspolitische Agenda Chinas von entscheidender Bedeutung, sowohl die politischen Prioritäten der Zentralregierung zu berücksichtigen als auch die betreffende Lokalregierung vom Nutzen des Vorhabens vollständig zu überzeugen, so daß sie den Projektvorschlag bei der SPC einreicht.

Im Umwelttechnologiebereich und der Verbreitung sauberer Produktionsverfahren sehe ich wirtschaftliches Potential gerade für Nordrhein-Westfalen. Die deutschen Umweltbestimmungen sind unter den strengsten der Welt, außerdem ist Deutschland relativ rohstoffarm, und die Umweltbewegung hat schon sehr früh an Einfluß gewonnen. Diese Faktoren haben vor allem in Regionen mit besonders umweltintensiven Industrien, wie Nordrhein-Westfalen, zu langjährigen Erfahrungen mit der ökologischen Optimierung der Produktion und zum Aufbau eines leistungsfähigen Umwelttechnologie-Sektors geführt. Die Weitergabe dieses Wissens in Form von Lieferverträgen, aber vor allem durch Kooperationen erhöht sowohl die Leistungsfähigkeit des chinesischen Partners als auch das Prestige und den Ertrag des nordrhein-westfälischen Partnerunternehmens.¹⁰

¹⁰ Chahoud (1998: 49 f.) illustriert den gegenseitigen Nutzen am Beispiel des niederländischen Stahlproduzenten Hoogovens Staal B.V. und seines mexikanischen Partnerunternehmens Ahmsa. Das niederländische Unternehmen berät Ahmsa mit hohem Personaleinsatz bei der Anhebung seines umwelttechnologischen Niveaus und schafft sich damit gleichzeitig einen neuen Markt für seine Produktionstechnologien.

Literaturverzeichnis

- BMZ* (1995): Hauptbericht über die Evaluierung des Vorhabens "Müllentsorgung Peking", Bonn: BMZ.
- BMZ* (1995b): Hauptbericht über die Evaluierung des Vorhabens "Förderung des Umweltamtes Dongying im Bereich Umweltmonitoring", Bonn: BMZ.
- BMZ* (1996): Hauptbericht über die Evaluierung des Projekts "Integriertes Ernährungssicherungsprogramm Shandong in der Volksrepublik China", Bonn: BMZ.
- BMZ* (1999): Hauptbericht zur Evaluierung "Wirkunguntersuchung abgeschlossener Vorhaben der deutschen EZ". Teilmaßnahme "Pilotvorhaben Handpumpen, China", Bonn: BMZ.
- BMZ* (2000): Kurzfassung der Querschnittsauswertung "Wirkunguntersuchung abgeschlossener Vorhaben der deutschen EZ", in: Internet: <http://www.bmz.de/epolitik/evaluierung/th2000050901.html>, Zugriff: 24.05.00.
- Borrmann, Axel* (1999): Evaluating Development Co-operation. The German Case, in: *Intereconomics. Review of International Trade and Development*, 34 (1999) 5, S. 255-259.
- Campbell, David N.* (1997): The Maoist Legacy and Environmental Implementation in China: The Case of Xiamen's Yun Dang Lake, in: *Asian Survey*, 37 (1997) 9, S. 859-875.
- Chahoud, Tatjana* (1998): Handel und Umwelt: Förderung umweltfreundlicher Prozeß- und Produktionsverfahren in Entwicklungsländern (Berichte und Gutachten 12/1998), Berlin: DIE.
- Chan, Hon S. und Kenneth K. K. Wong* (1994): Environmental Attitudes and Concerns of the Environmental Protection Bureaucrats in Guangzhou, People's Republic of China: Policy Implementation, in: *International Journal of Public Administration*, 17 (1994) 8, S. 1523-1554.
- Chen Chang-chin* (1997): Beijing's Environmental Diplomacy, in: *Issues & Studies. A Journal of Chinese Studies and International Affairs*, 33 (1997) 10, S. 68-89.
- Cheng Yang* (1995): Punishing for Environmental Protection? – Enforcement Issues in China, in: *The international and comparative law quarterly*, 44 (1995) 3, S. 671-682.
- China-Canada Cooperation Project in Cleaner Production* (o.J.): Case Study 1: Picking Low-hanging Fruit: The Strategic Role of Cleaner Production in China, in: Internet: <http://www.chinacp.com/eng/casestudy1.htm>, Zugriff: 29.08.00.
- Clement, Wolfgang* (2000): Nordrhein-westfälische Eine-Welt-Politik in der 12. Legislaturperiode. Bericht des Ministerpräsidenten, Düsseldorf.
- DIHT* (1998): Umwelt Area Manager helfen beim Auslandsengagement, in: Internet: <http://www.ihk.de/fachinfo/diht911.htm>, Zugriff: 22.06.00.

- Edmonds, Richard Louis* (1994): *Patterns of China's Lost Harmony: A Survey of the Country's Environmental Degradation and Protection*, London: Routledge.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung* (24.05.00): Komplettangebote sollen den Umweltschutz in China beschleunigen.
- Government of the Hong Kong Special Administrative Region, Environmental Protection Department* (o.J.): Kin Wing Engineering Company Limited, in: Internet: <http://www.info.gov.hk/epd/ea&m/ISO14001/kwecc.html>, Zugriff: 23.06.00.
- Hauchler, Ingomar* (Hg.) (1995): *Globale Trends 1996* (Stiftung Entwicklung und Frieden), Frankfurt: Fischer.
- Ho, Samuel P. S. und Y. Y. Kueh* (2000): *Sustainable Economic Development in South China*, Basingstoke: Macmillan.
- Jahiel Abigail R.* (1997): The Contradictory Impact of Reform on Environmental Protection in China, in: *The China Quarterly*, (1997) 149, S. 81-103.
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)* (1999): *Finanzielle Zusammenarbeit mit China: Umweltgerechte Problemlösungen*, Frankfurt: KfW.
- Langmann, Andreas* (1996): Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Entwicklungsländer* (Informationen zur politischen Bildung 252), München: Franzis' print & media, S. 45-51.
- Ludwig, Jutta* (2000): Die Wasserwirtschaft im Rahmen der Umweltpolitik in der VR China, in: *Asien*, (2000) 74, S. 7-26.
- Nuscheler, Franz* (1995): *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Oberheitmann, Andreas* (1999): Aktuelle Ergebnisse der internationalen Klimaverhandlungen und Möglichkeiten der Treibhausgasminderung in China (Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft 48/1999), Duisburg: Forschungsinstitut für wirtschaftliche Entwicklungen im Pazifikraum e.V.
- Radke, Detlef* (1999): *Private Kapitalzuflüsse nach China. Konsequenzen für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung* (Berichte und Gutachten 3/1999), Berlin: DIE.
- Schabacker, Joachim* (1996): Chinesisches Umweltrecht, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 29 (1996) 1, S. 31-57.
- Sinkule, Barbara J. und Leonard Ortolano* (1995): *Implementing Environmental Policy in China*, Westport: Praeger.
- Stimpson, Philip* (1997): Environmental Education in Hong Kong and Guangzhou: one purpose, two systems?, in: *Compare*, 27 (1997) 1, S. 63-74.

- Tajnsek, Melanie* (1996): Das Thema im Unterricht, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Entwicklungsländer (Informationen zur politischen Bildung 252), München: Franzis' print & media, S. 51-54.
- Tang, Shui-Yan et al.* (1997): Institutional Constraints on Environmental Management in Urban China: Environmental Impact Assessment in Guangzhou and Shanghai, in: *The China Quarterly*, (1997) 152, S. 863-874.
- Tao, Bie* (1997): China, in: *Asia Pacific Journal of Environmental Law*, 2 (1997) 3 & 4, S. 319-326.
- Troost, Georg* (2000): Recent Trends in Chinese Environmental Law, in: *Asien*, (2000) 74, S. 27-39.
- Wang, Min* (1996): Environmental awareness in primary and middle schools in China – a research report, in: *Internationale Schulbuchforschung*, 18 (1996) 2, S. 135-161.
- Xie, Baodong et al.* (1998): Case Study on Environmental, Social and Economic Impacts of Pollution Treatment Action in Huaihe River Basin, in: Internet: <http://www.ied.org.cn/Case/en/huaihe.htm>, Zugriff: 29.08.00
- Zhang, Weijiong* (1999): Can China Be A Clean Tiger?: Growth Strategies and Environmental Realities, in: *Pacific Affairs*, 72 (1999) 1, S. 23-37.
- o.V. (1989): Chinas Recht VI.5, 26.12.89/1, Übersetzung aus dem chinesischen von Frank Müntzel, in: Internet: <http://www.mpipriv-hh.mpg.de/mitarbeiter/chinas-recht/1989.zip>, Zugriff: 17.08.00.
- o.V. (1982): *Zhonghua Renmin Gongheguo Xianfa* (Die Verfassung der Volksrepublik China), 04.12.82, in: Internet: <http://www.chinalegal.net/databank/lawdata/big5/b0002.htm>, Zugriff: 17.08.00.

DIREKTKONTAKTE NRW UND VR CHINA:

STÄDTEPARTNERSCHAFTEN:

**RAHMENBEDINGUNGEN UND KÜNFTIGE
GESTALTUNG**

Monika Collet
Christian Flock
Dorothea Wunsch

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
1 Einleitung	26
2 Status quo.....	27
2.1 Wirtschaftliche Initiative.....	27
2.2 Heterogene Gestaltung	28
3 Entwicklung der Kooperation	28
3.1 Intensivierung der Beziehungen durch Kultur.....	28
3.2 Dialog der Kulturen	29
3.3 Agenda-Partnerschaften	29
4 Probleme und Lösungsansätze	30
4.1 Finanzen, Entfernung, Sprache.....	30
4.2 Menschenrechte	30
4.3 Missverständnisse und Unklarheiten	31
4.4 Bürgerbeteiligung	31
5 Fazit.....	32
6 Anhang.....	33
6.1 Literaturempfehlungen.....	33
6.2 Fragebögen	33

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
CDG	Carl Duisberg Gesellschaft
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
FH	Fachhochschule
IHK	Industrie- und Handelskammer
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
NRW	Nordrhein-Westfalen
RWE	Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG
VEBA	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerk AG
VR Ch	Volksrepublik China

1 Einleitung

Städtepartnerschaften mit der Volksrepublik China (VRC) unterscheiden sich aus vielen Gründen von klassischen Partnerschaften mit europäischen Städten. Ziel dieser Studie ist es, die Rahmenbedingungen der bestehenden chinesisch-deutschen Städtepartnerschaften darzustellen. Hierbei haben wir uns vor allem die Frage gestellt, welche Probleme in der Kooperation entstanden sind und welche Verbesserungsmöglichkeiten von den Städten selbst gesehen werden. Zusätzlich sollen auch Lösungsansätze für die künftige Gestaltung der Beziehungen vorgestellt werden.

Aufgrund der schlechten Datenlage zu diesem Thema wurde eine telefonische Umfrage mit dreizehn Städten in NRW, welche kommunale Beziehungen mit chinesischen Städten unterhalten, durchgeführt. Die Fragen innerhalb der Gespräche wurden so gewählt, daß die Schwerpunkte *Probleme* und *Verbesserungswünsche* hervorgehoben wurden. Folgende Partnerschaften (mit Gründungsdatum) bilden die Grundlage unserer Untersuchung:

- Duisburg - Wuhan (1982)
- Köln - Peking (1984)
- Düsseldorf - Shenyang (1984)
- Bocholt - Wuxi (1985)
- Aachen - Ningbo (1986)
- Bochum - Xuzhou (1987)
- Sprockhövel - Zaozhuang (1987)
- Gladbeck - Fushun (1988)
- Dortmund - Xian (1992)
- Marl - Chanzhi (1993)
- Ratingen - Xishan (1995)
- Troisdorf - Nantong (1997)
- Bonn - Chengdu (2000)

Dabei handelt es sich bis auf die Zusammenarbeit der Städte Sprockhövel, Ratingen, Düsseldorf und Marl ausschließlich um offizielle Städtepartnerschaften. Die genannten Ausnahmen unterhalten dagegen Freundschafts- (Sprockhövel und Ratingen) oder Kooperationsverträge (Marl und Düsseldorf).

Neben diesen offiziellen städtischen Kooperationsformen existieren noch verschiedene private Initiativen. Zum Beispiel pflegt die Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft in Krefeld seit 1985 mit der Stadt Hangzhou einen regen Austausch. Auch in Siegen existiert ein Austausch auf inoffizieller Ebene. Die Stadt Bocholt hat seit 1985 einen regen Kontakt mit der Stadt Wuxi. Teilweise funktionieren diese Formen der Zusammenarbeit besser als so manche offizielle Form.¹¹ Die folgenden Aussagen beziehen sich allerdings schwerpunktmäßig auf die von den Städten offiziell geführten Partnerschaften.

¹¹ Vgl. im Anhang Bocholt mit Düsseldorf oder Sprockhövel.

2 Status quo

2.1 Wirtschaftliche Initiative

Der erste Abschnitt befasst sich mit dem Status quo und mit den Charakteristika der Städtepartnerschaften zwischen NRW und China.

Die Untersuchungsergebnisse der Umfrage haben gezeigt, dass die Interessen der Partnerschaft primär wirtschaftlicher Natur sind. Zum einen sind einige Städtepartnerschaften auf Grund von Firmeninteressen in der Region aufgebaut worden, zum anderen unterstützen diese Firmen sowie weitere wirtschaftliche Akteure die Partnerschaft in finanzieller Hinsicht. Beispiele für primär aus ökonomischen Gründen errichtete Städtepartnerschaften sind z.B. die Partnerschaften von Bochum, Duisburg, Gladbeck, Marl, Ratingen und Sprockhövel. Für die deutschen Unternehmen ist eine Städtepartnerschaft auch deshalb sinnvoll, da die meisten Betriebe in China Staatsbetriebe sind und sich daher Ansprechpartner auf staatlicher Seite wünschen.

In Duisburg entstand zum Beispiel eine erste Initiative einer deutsch-chinesischen Partnerschaft schon vor 1982, um für die Kinder von deutschen Angestellten, die auf Grund einer großen Mannesmann-Thyssen-Investition in Wuhan arbeiteten, eine Schule zu gründen. Die Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft unterstützte diesen Prozess. Da Duisburger und Wuhaner Vertreter für einen längeren Zeitraum in der jeweiligen Partnerstadt lebten, konnten ein intensiver Austausch und Zusammenarbeit auf vielen Gebieten erreicht werden. Ein Hauptanliegen der Zusammenarbeit liegt aber auch weiterhin in der Erschließung des chinesischen Marktes für Duisburger Unternehmen.

Die Initiative zur Partnerschaft zwischen Marl und Shanxi ging von einer in Marl ansässigen Firma aus, die mit der Partnerprovinz in China eine Kooperation auf dem Gebiet der Bergbautechnik anstrebte. Es ergaben sich Joint Ventures in den Bereichen Bergbautechnik, Medizinpräparate und Handel mit Gütern und Dienstleistungen. Durch langjährige Verbindung konnten intensive Beziehungen aufgebaut werden, die sich nicht nur auf Firmenkontakte und Vertragsabschlüsse, sondern auch im Jugendaustausch positiv auswirkten.

Die Städtepartnerschaft zwischen Gladbeck und Fushun entstand durch wirtschaftliche Kontakte der Firma Hölter in Fushun. 1998 wurde ein Zehn-Punkte-Kooperationsplan zur Zusammenarbeit der Städte bei der Abfallbeseitigung aufgestellt. RWE und VEBA wollen mit Fushun auf den Gebieten der Kraftwirtschaft, Abfallbeseitigung, Fernwärme und Bauwesen kooperieren und bei der Gründung eines World-Trade-Center in Fushun helfen.

Die Beziehung zwischen Bochum und Xuzhou ist hingegen rein wirtschaftlicher Art, und weitere Aktivitäten sowie ein Ausbau der Kontakte sind zur Zeit nicht denkbar. Die Partnerschaft wird von der IHK geführt. Weiterhin gibt es in Ratingen wirtschaftliche Kontakte zu der Partnerstadt in Xishan durch die IHK und in Sprockhövel eine wirtschaftlich ausgerichtete Partnerschaft zu Zaozhuang. Auch die übrigen befragten Städtepartnerschaften haben die große Bedeutung der Wirtschaft für die Partnerschaft betont. So stellen auch für die Aachener Partnerschaft mit

Ningbo, obwohl durch eine universitäre Zusammenarbeit gegründet, die wirtschaftlichen Aspekte einen wichtigen Faktor dar.

Im Falle der Dortmunder Partnerschaft wurde im März 1998 im Zentrum für internationale Migration und Entwicklung der Xi'an-High-Tech- und Industrieentwicklungszone ein Büro eingerichtet, das ein Dortmunder leitet. In seiner dreijährigen Tätigkeit soll er verstärkt Unternehmen aus dem Dortmunder Raum bei ihren ersten Schritten in China beraten. Die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Stadt Dortmund, das Amt für Angelegenheiten des Rates sowie die Industrie- und Handelskammer Dortmund unterstützen ihn bei seiner Arbeit.

2.2 Heterogene Gestaltung

Weitere wichtige Charakteristika der Städtepartnerschaften sind eine insgesamt sehr unterschiedliche Entstehung und verschiedene Profile der Kooperation. Die Entstehung der Partnerschaften weist signifikante Unterschiede auf in Bezug auf den Auslöser für eine solche und in Bezug auf die Seite, von der die Initiative ausging. Wie weiter oben dargestellt, sind die Kontakte zu den chinesischen Partnerstädten in Bochum, Duisburg, Gladbeck, Marl, Ratingen und Sprockhövel durch wirtschaftliche Kontakte entstanden. Hingegen ist die Städtepartnerschaft zwischen Aachen und Ningbo durch die Gründung einer FH in Ningbo ausgelöst worden. In den 80er Jahren suchte die Stadt Ningbo eine deutsche Stadt, die beim Aufbau einer FH behilflich sein könnte. 1985 wurde diese Partnerschaft offiziell etabliert und es wurde diskutiert, auch in anderen Bereichen eine partnerschaftliche Beziehung zu entwickeln.

Die freundschaftliche Beziehung zwischen Bocholt und Wuxi wurde auf Grund eines persönlichen Kontaktes zwischen dem Militärattaché General Yu Gang mit dem Bocholter Bürger Oskar Becher gegründet. Die beabsichtigte Zusammenarbeit zwischen Bonn und Chengdu bekam den Anstoß durch die Veranstaltung "Dialog der Kulturen", worauf noch später eingegangen wird. Im Falle Dortmunds bekundete die Stadt Xi'an Interesse an einer Städtepartnerschaft. Diese Partnerschaft begann durch kulturelle Kontakte, d. h. eine Terrakotta-Ausstellung aus Xi'an wurde in Dortmund gezeigt. Als Nantong eine Partnerschaft in der Region Rhein-Sieg beabsichtigte, nahm Troisdorf stellvertretend dieses Angebot wahr. Seit 1994 gibt es dort gute persönliche Beziehungen zur chinesischen Botschaft.

Es liegt demnach eine vielfältige Gestaltung, Wahrnehmung und Förderung der Städtepartnerschaft in den deutschen Städten vor. Zwischen den deutschen Städten gibt es allerdings wenig Erfahrungsaustausch bezüglich der Partnerschaften mit China.

3 Entwicklung der Kooperation

3.1 Intensivierung der Beziehungen durch Kultur

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit den Entwicklungen und Möglichkeiten der Partnerschaften mit chinesischen Städten. Wie zu Anfang dargestellt, liegt der Schwerpunkt der Partnerschaften im ökonomischen Bereich. Aus diesen stark wirtschaftlich orientierten Kooperationen resultiert, dass der kulturelle Austausch ins

Hintertreffen gerät. Zweifelsohne vermag ein wirtschaftlicher Austausch auch die kulturelle Zusammenarbeit zu fördern. So spielt der kulturelle Sektor in den älteren Städtepartnerschaften inzwischen eine bedeutendere Rolle, d.h. die partnerschaftliche Beziehung wurde durch Kultur intensiviert.

In Aachen hat sich die FH-Partnerschaft vertieft, indem jungen Menschen aus Ningbo ein Aufenthalt in Aachen ermöglicht wird, an den immer eine berufliche Aus- und Weiterbildung gekoppelt ist. In Bocholt gibt es eine Schulpartnerschaft, und der Stadt wurde ein chinesischer Pavillon geschenkt. In Dortmund wird die Partnerschaft zu Xi'an durch Ausstellungen, Konzerte, Theater und Sportveranstaltungen gestaltet. In Duisburg sind während der anfänglichen Beziehungen durch den Austausch der deutschen Ingenieure mit Wuhan auch Kontakte auf privater Ebene entstanden. Nach der wirtschaftlichen Erschließung erfolgte ein verstärktes Interesse an kulturellem und wissenschaftlichem Austausch. Deshalb gibt es Zusammenarbeit auf kultureller Ebene durch Hochschul-, Schul- und Künftleraustausch, Vereins- und Konzertreisen etc. Die Stadt Marl organisiert einen jährlichen Jugendaustausch mit ihren Partnerstädten, der dieses Jahr mit China durchgeführt wird.

3.2 Dialog der Kulturen

Ein neuer Ansatz eines Austausches auf rein kultureller Ebene basiert auf den Ergebnissen des Kolloquiums "Dialog der Kulturen". Diese Veranstaltung fand im März 1999 in Bonn statt und wurde vom Kultursekretariat NRW in Wuppertal und von der Stadt Bonn organisiert. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe China entsprach den Intentionen des Veranstalters, erstmals ein möglichst breites Spektrum von Experten und Künstlern im Kulturaustausch Deutschland – China zusammenzuführen. Insgesamt nahmen 43 Personen an der Veranstaltung teil (28 Deutsche und 15 Chinesen). Aus den Erfahrungen und Empfehlungen der Teilnehmer des Dialogs soll Projektarbeit zur Förderung von partnerschaftlichem, bilateralem Verständnis entstehen. Schließlich wurde im Rahmen des Kulturdialogprogramms eine Städtepartnerschaft zwischen Bonn und Chengdu vereinbart. Für diese seit April 2000 anvisierte Partnerschaft zwischen Bonn und Chengdu gibt es eine Absichtserklärung über Zusammenarbeit. Vertreter aus Bonn waren bereits in Chengdu und für September ist ein Besuch einer chinesischen Delegation geplant. Die Zusammenarbeit soll einen intensiven Austausch auf kultureller Ebene und Jugendaustausch beinhalten. Durch den Schwerpunkt Kultur erhofft man sich eine größere Bürgerbeteiligung. Die wirtschaftliche Komponente mit Unterstützung der IHK Bonn soll ebenfalls berücksichtigt werden. Die Finanzierung wird von der Stadt Bonn getragen.

3.3 Agenda-Partnerschaften

Eine weitere Möglichkeit der Entwicklung der deutsch-chinesischen Partnerschaften ist die Einbeziehung der Agenda 21. Kapitel 28 der 1992 auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 170 Staaten unterzeichneten Vereinbarung beschreibt die Städte und Gemeinden, ihre kommunalen Bürgervertretungen und Verwaltungen aufgrund ihrer Bürgernähe als mögliche Initiatoren und Träger eines Sensibilisierungs- und Mobilisierungsprozesses, der für eine zukünftige Entwicklung notwendig ist. Dieses Kapitel bildet die Basis für die lokale Agenda 21, die von jeder Kommune der Unterzeichnerstaaten umgesetzt werden soll. Ein Austausch hierzu könnte eine neue Dimension innerhalb einer Partnerschaft werden. In den meisten Städten, die Beziehungen zu chinesischen

Städten pflegen, ist die Agenda 21 jedoch nicht mit einem städtepartnerschaftlichen Austausch in Verbindung gebracht worden. Ein Grund hierfür ist, dass in Partnerschaftsvereinen kaum Vertreter von Umweltschutz- oder Entwicklungszusammenarbeitsorganisationen beteiligt sind. Lediglich in Duisburg konnte die Lokale Agenda 21 mit einbezogen werden. Es bestand z. B. der Plan, auf der Expo einen Stand zum Thema Abwasser zu errichten, der jedoch aus Zeitmangel nicht realisiert werden konnte. Außerdem wurde zur Besichtigung hiesiger Projekte eine Abwasserexpertin aus Wuhan entsandt.

4 Probleme und Lösungsansätze

4.1 Finanzen, Entfernung, Sprache

Als ein Hauptproblem wurden von vier Städten die Finanzen, von dreien die Entfernung und von einer Stadt die Sprache genannt. Schon auf Grund der Entfernung und der Sprache fallen im Vergleich zu innereuropäischen Partnerschaften extrem hohe Kosten an. So dauert zum Beispiel ein Flug nach China ca. 12 h und kostet ca. 2000 DM. Folglich verringert sich auch die Zahl der Kontakte im Vergleich zu einer innereuropäischen Partnerschaft.

Ein Lösungsmodell für die Finanzierung könnte ein Förderverein sein, in dem die Städte, Firmen und Privatpersonen durch ihre Mitgliedsbeiträge Aktionen im Rahmen der Städtepartnerschaft finanzieren. Aachen und Duisburg haben bereits positive Erfahrungen mit den von ihnen gegründeten Vereinen zur Förderung der Partnerschaft gemacht.

4.2 Menschenrechte

Im Zusammenhang mit der VRCh kommt auch unweigerlich das Thema Menschenrechte zur Sprache. In Troisdorf gab es deswegen auch seitens der Ratsfraktion der Grünen Vorbehalte gegen eine Partnerschaft. Die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens Anfang Juni 1989 und deren Auswirkung auf die partnerschaftlichen Beziehungen zu deutschen Städten können als Indikatoren zur Beurteilung des Umgangs mit dem Thema Menschenrechte auf deutscher Seite herangezogen werden.

Die Frage, ob es infolge der Ereignisse des Jahres 1989 zu einer krisenbedingten Aussetzung der Partnerschaft gekommen ist, zeigt, dass die Reaktionen der Städte auf die Ereignisse sehr unterschiedlich waren. Es gab sowohl Städte, die sich darum bemühten, die Partnerschaft weiterzuführen, als auch Kommunen, die dies zum Anlass nahmen, um die Partnerschaft de facto zu beenden.

Die Städte Aachen und Duisburg entschieden sich für eine weitere Zusammenarbeit mit Ihren Partnerstädten. Auch Partnerschaften, die erst nach 1989 geschlossen wurden, wie Marl und Troisdorf, betonen, dass sie einen "Wandel durch Annäherung" erhoffen und sie auch deshalb, wenn es noch einmal zu einer Krise käme, die Partnerschaft nicht abbrechen würden.

In Bochum ist die Kooperation für eine kurze Zeit unterbrochen worden. Auch in Köln und Gladbeck wurden die Beziehungen erst einmal eingefroren. In Gladbeck wurden erst 1998 zum formellen zehnjährigen Bestehen eine Freundschaftsurkunde

und ein Zehn-Punkte-Kooperationsplan unterzeichnet. In Dortmund kam es aufgrund der Ereignisse erst 1992 zum Abschluß des Partnerschaftsvertrages. Düsseldorf nahm die Ereignisse auf dem Platz des himmlischen Friedens zum Anlass, die Partnerschaft mit Shenyang einschlafen zu lassen, wobei angemerkt werden muss, dass die Kooperation schon vorher eher negativ bewertet wurde.

4.3 Missverständnisse und Unklarheiten

Die politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Situation in der VRCh unterscheidet sich deutlich von der in der Bundesrepublik Deutschland. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten hinsichtlich der kommunalen Auslandsbeziehungen. Es ist vorprogrammiert, dass die Erwartungen an Partnerschaften sehr unterschiedlich ausfallen, wenn Kleinstädte wie Troisdorf eine Partnerschaft mit einer Millionenstadt in China schließen. Es ist zu vermuten, dass an solchen Problemen auch die Partnerschaften von Düsseldorf - Shenyang und Sprockhövel - Shangdong gescheitert sind.

So wird zum Beispiel von deutscher Seite darüber geklagt, dass unter den chinesischen Delegierten zu viele politische Funktionäre seien, die mit der eigentlichen Partnerschaft nicht direkt etwas zu tun zu hätten bzw. deren Funktion unklar sei. Hier besteht also Aufklärungsbedarf hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Strukturen in der VR China auf kommunaler Ebene.

Darüber hinaus wurde moniert, eine Vielzahl von chinesischen Delegierten würden die Partnerstadt nur als Basisstation für eine ausgedehnte Europareise nutzen. Selbst wenn dieser Einwand berechtigt ist, kann dies doch nur förderlich für die Völkerverständigung und einen aktiven Dialog der Kulturen zwischen China und ganz Europa sein, auch wenn die eigentliche Partnerstadt dabei etwas in den Hintergrund tritt.

4.4 Bürgerbeteiligung

Leider war ein Ergebnis der Erhebung, dass die meisten Städtepartnerschaften über einen geringen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung verfügen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Einige ergeben sich aus den schon genannten Problemen Entfernung, Sprache und Finanzierung. Auch der primär ökonomische Schwerpunkt der Beziehungen fördert nicht unbedingt eine aktive Bürgerbeteiligung.

Im übrigen könnte die Informationspolitik der Städte in NRW durch eine neue Gestaltung der Internet-Seiten verbessert werden. Zum Beispiel sollte es direkte Links zu den Internetseiten der jeweiligen Partnerstädte geben, bzw. einige Seiten der Städte könnten auch in englischer, wenn nicht sogar in chinesischer Sprache gestaltet sein.

Die beste Unterstützung der Bürgerbeteiligung ist allerdings eine aktive Förderung des Jugendaustausches und allgemein eine stärkere Fürsprache für kulturelle Aktivitäten. Durch die Umsetzung eines Austausches zur lokalen Agenda 21 ergibt sich eine neue Chance, die Beteiligung der breiten Bevölkerung zu erhöhen. Hier werden Bevölkerungsteile angesprochen, die sich vermutlich bisher weniger für die chinesische Partnerstadt interessiert haben.

5 Fazit

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die verschiedenen Probleme und Charakteristika der Städtepartnerschaften dargestellt. Es hat sich gezeigt, daß die Partnerschaften sehr heterogen gestaltet sind. Trotzdem gibt es gewisse Übereinstimmungen, wie z.B. im Bereich der Problemfelder, die eine Gesamtbetrachtung ermöglichen. Wenn man die Städtepartnerschaften noch einmal betrachtet und die zuvor genannten und diskutierten Bereiche mit einbezieht, so kann man folgende Schlußfolgerung ziehen.

Im Kern haben die Städte ähnlich gelagerte Probleme, für die teilweise gute Lösungen erarbeitet werden. Doch hier zeigt sich bereits die größte Schwachstelle des derzeitigen Systems: Es findet kein Austausch über die gefundenen Lösungen zwischen den Städten statt. Überdies gibt es keine Möglichkeit, diese Informationen in publizierter Form zu erhalten. Dies führt dazu, dass jede Stadt versucht, isoliert ihre Partnerschaft möglichst gut zu gestalten. Leider entsteht hierdurch wiederum eine Situation, in der einzelne Akteure ihre Probleme sehr gut lösen und nachahmenswerte Wege finden, während andere an denselben Aufgaben scheitern und die Partnerschaft im Extremfall auflösen.

Deshalb empfiehlt es sich, einen Erfahrungsaustausch zwischen den Städten einzurichten, die eine Partnerschaft mit einer chinesischen Kommune unterhalten. In einem ersten Schritt sollten die Städte hierzu eine einheitliche Dokumentation über die Struktur und die einzelnen Aktivitäten ihrer Partnerschaft erstellen. Diese wären sinnvollerweise an einer zentralen Stelle zu sammeln, so dass sie für alle Interessierten einfach zugänglich sind. Weiterführend wäre darüber nachzudenken, ein regelmäßiges Kolloquium für die Verantwortlichen der Städte einzurichten, auf dem man neue Ideen und Lösungen gemeinsam entwickeln könnte. Allein der bloße Austausch von Erfahrungen der verschiedenen Städte würde einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Partnerschaften leisten. Das Institut für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg könnte hier möglicherweise als beratende und koordinierende Stelle mitwirken.

6 Anhang

6.1 Literaturempfehlungen

Kultursekretariat Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2000): Dialog der Kulturen. Dokumentation eines Kolloquiums. Essen: Klartext Verlag.

Woesler, Dietmar M. (1998): Städtepartnerschaften in der Praxis. Handbuch für Städte- und Schulpartnerschaften. Bonn: Europa Union Verlag.

6.2 Fragebögen

Fragen

1. Seit wann besteht die Städtepartnerschaft?
2. Was war der Auslöser / Grund für die Partnerschaft?
3. Von welcher Seite ging die Initiative aus?
4. In welchen Bereichen besteht eine Zusammenarbeit?
5. Wie würden sie die weitere Entwicklung der Kooperation einschätzen?
6. Gab es eine krisenbedingte Aussetzung? (z.B. 1989)
7. Welche Probleme sehen Sie / haben sich ergeben innerhalb der Städtepartnerschaft?¹²
8. Welche Bereiche sehen Sie als verbesserungswürdig an? Wie könnte eine Verbesserung aussehen?
9. In welchem Rahmen und wie weit beziehen Sie die Städtepartnerschaft in das Agenda 21-Programm ein?
10. Wie werden die Aktivitäten innerhalb der Städtepartnerschaft finanziert?
11. Welche Bedeutung hat die Bürgerbeteiligung an der Gestaltung der Städtepartnerschaft?

Aachen und Ningbo

1. 25.10.1986
2. Die Provinz Zhejiang, die mit NRW einen Kulturvertrag hat, wollte in Ningbo eine FH gründen und NRW suchte die FH Aachen als Partner aus. Somit half die FH Aachen mit, eine FH in Ningbo aufzubauen. 1985 wurde daraus eine FH-Partnerschaft und daraus folgte dann die Städtepartnerschaft, die 1990 durch die Gründung des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaft Aachen – Ningbo gestärkt wurde.
3. Die Initiative ging von chinesischer Seite aus.

¹² Die Antworten flossen in die Untersuchung ein, werden aber auf vielfachen Wunsch der Kommunen nicht veröffentlicht.

4. Hauptsächlich besteht im Bereich Wirtschaft eine Zusammenarbeit. Des Weiteren wird jungen Menschen aus Ningbo ein Aufenthalt in Aachen möglich gemacht, an den auch eine berufliche Aus- und Weiterbildung gekoppelt ist. Auch auf medizinischen Gebiet haben sich gute Beziehungen entwickelt. Alle 1 oder 1½ Jahre kommt eine offizielle Delegation aus Ningbo nach Aachen. Im Gegenzug dazu reist etwa alle zwei Jahre eine Delegation nach Ningbo. Höhepunkt waren das 10jährige Jubiläum und die damit verbundenen Aktivitäten. 1997 zeigten bei einer Wirtschaftsschau 20 Unternehmen aus Ningbo ihre Produkte.
5. Die Partnerschaft wird als stagnierend und zweckgebunden eingeschätzt. Das Interesse auf der wirtschaftlichen, medizinischen, wissenschaftlichen und verwaltungstechnischen Ebene darauf, voneinander zu lernen wird hervorgehoben.
6. Es gab 1989 auf deutscher Seite Gespräche, was nun geschehen soll. Man einigte sich nichts zu machen. Es wurde lediglich ein Besuch der deutschen Seite verschoben.
8. Das "People to People" Konzept, das für alle Partnerschaften mit der Stadt Aachen steht, sollte auch für Ningbo gelten.
9. Die Agenda 21 ist allen Partnerschaftsvereinen nahe gelegt worden. Allerdings ist das Feedback gering, da in den Vereinen kaum Umweltschutz- oder Entwicklungszusammenarbeitsvertreter sitzen.
10. Die Stadt verfügt über einen kleinen Etat für die Partnerschaft. Bei Reisen zahlt der Gastgeber in der Regel für Unterkunft und Verpflegung, der Eingeladene für die Fahrtkosten. Für den Verein wird ein Mitgliedsbeitrag erhoben. Bei offiziellen Anlässen beteiligt sich die Stadt an den Kosten im Rahmen des Etats.
11. Es finden auch Austauschaktionen auf kultureller Ebene statt. Der partnerschaftliche Austausch ist in der Bevölkerung bekannt. Im alten Kurhaus wurde das neue "Ningbo-Fenster" angebracht, um den Aachenern diese Stadt näherzubringen. In Ningbo selbst gibt es ein Aachen-Fenster.

Bocholt und Wuxi

1. Die Beziehungen der Städte Bocholt und Wuxi sind nicht offiziell. Es bestehen aber schon seit 1985 Kontakte. Geplant ist der Abschluß eines Freundschaftsvertrages.
2. Anstoß war eine persönliche Freundschaft zwischen dem Militärattaché General Yu Gang mit dem Bocholter Bürger Oskar Becher.
3. Von chinesischer Seite gibt es seit 1989 ein Angebot für eine Partnerschaft.
4. Die meisten Aktivitäten sind wirtschaftlicher Natur. Es besteht auch eine Schulpartnerschaft. Ein chinesischer Pavillon wurde der Stadt Bocholt geschenkt. An der FH Gelsenkirchen / Bocholt besetzt der chinesische Professor Li eine Gastprofessur für Marketing. Im Juni 1998 wurde das Deutsch - Chinesische Handelsbüro eröffnet. Ende Mai 2000 war eine Delegation aus Wuxi im Tiefbauamt Bocholt.
5. Intensivierend

6. Vor 1989 gab es Pläne, einen Partnerschaftsvertrag zu unterzeichnen. Diese sind bis heute nicht mehr aufgegriffen worden.

Bochum und Xuzhou

1. Seit 1987 gibt es eine Zusammenarbeit. Es gibt keine offiziell abgeschlossene Partnerschaft.
4. Es besteht ausschließlich wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die IHK ist für diese Partnerschaft verantwortlich.
5. Die Entwicklung hält sich in Grenzen und ist eher bescheiden.
6. Ja, 1989 ist die Zusammenarbeit eingefroren worden. Die Partner haben gegenseitiges Verständnis gezeigt, und nach einiger Zeit wurde dann wiederum Interesse an einer Kooperation bekundet.
10. Deutsche Unternehmen finanzieren die Partnerschaft.
12. Es gibt keine Beteiligung aufgrund der wirtschaftlichen Ausprägung. Es gibt keine Pläne zum Ausbau der Partnerschaft.

Bonn und Chengdu

1. Seit April 2000 gibt es eine Absichtserklärung über Zusammenarbeit
2. Anstoß war die Veranstaltung "Dialog der Kulturen" in Bonn im März 1999, dort ergaben sich Kontakte zur Stadt Chengdu.
4. Geplant ist Kultur-, Jugend-, aber auch Wirtschaftsaustausch (die IHK Bonn ist schon einbezogen). Vertreter aus Bonn waren in Chengdu. Im September kommt eine Delegation nach Bonn.
9. Zunächst wird die Umsetzung der lokalen Agenda 21 noch nicht in die Aktivitäten mit einbezogen.
10. Primär wird die Partnerschaft durch die Stadt Bonn finanziert.
11. Durch den Schwerpunkt Kultur wird eine große Bürgerbeteiligung erhofft.

Dortmund und Xi'an

1. 10.4.1987: Unterzeichnung von Absichtserklärungen. Der Volkskongress der Stadt Xi'an beschloss bereits am 1.3.1989, dass eine Partnerschaft mit Dortmund eingegangen wird. Dortmund beschließt die Partnerschaft mit Xi'an (27.6.1991: Dortmunder Ratsbeschluss). Am 22.7.1992 wurde die Partnerschaftsurkunde in Dortmund unterzeichnet.
2. 1985 bekundet Xi'an schriftlich Interesse an einer freundschaftlichen Beziehung zu Dortmund. Warum?: "Dortmund ist eine offene Stadt für Partnerschaften."
3. Die Initiative ging folglich von chinesischer Seite aus.
4. Ein Kooperations- und Austauschprogramm über Kultur, Städtebau, Gartenbau, Wirtschaftsprojekte, Sport und die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstituten wurde vereinbart.

Im Rahmen der städtepartnerschaftlichen Aktivitäten der Stadt Xi'an findet ein regelmäßiger Austausch im sportlichen Bereich statt. An kulturellen Aktivitäten sind z. B. Ausstellungen (1990 Terrakotta - Ausstellung aus Xi'an), Konzerte, Theater etc. durchgeführt worden bzw. geplant. Für das Jahr 2001 ist auch ein Schulaustausch vorgesehen. Seit März 1998 hat das Zentrum für internationale Migration und Entwicklung in Xi'an – High- Tech und Industrieentwicklungszone – ein Büro eingerichtet, das ein Dortmunder leitet. In seiner dreijährigen Tätigkeit soll er auch verstärkt Unternehmen aus dem Dortmunder Raum bei ihren ersten Schritten in China beraten. Er wird von der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Stadt Dortmund, dem Amt für Angelegenheiten des Rates sowie von der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund unterstützt.

5. Die Entwicklung der Kooperation ist intensivierend.
6. 1989 gab es keinen formellen Beschluss in Dortmund. Der Volkskongress der Stadt Xi'an beschloss am 1.3.1989: "Städtepartnerschaft mit Dortmund wird eingegangen." Nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung in China Anfang Juni 1989 beschloss der Rat der Stadt Dortmund am 15. Juni: "Die Ereignisse erfüllen uns mit Trauer und Entsetzen. Die Fraktionen bekräftigen ihren Willen zur Partnerschaft mit der Stadt Xi'an. Sie sind gemeinsam der Auffassung, hierzu heute keinen formellen Beschluss fassen zu können."
8. Der Jugendbereich ist verbesserungswürdig.
9. Das Agenda 21-Programm wird nicht in die Städtepartnerschaft einbezogen.
10. Die Partnerschaft wird durch einen Fond der Stadt finanziert.
11. Die Stadt gilt als Vorreiter für weitere Kontakte innerhalb der Stadt (Vereine etc.). 1987 wurde eine Dortmunder Arbeitsdelegation nach Xi'an entsandt, 1993 fuhr eine Dortmunder Ratsdelegation dorthin, 1995 eine Dortmunder Rats- und Wirtschaftsdelegation. 1988 und 1995 waren offizielle Delegationen und 1995 eine Wirtschaftsdelegation aus Xi'an in Dortmund.

Duisburg und Wuhan

1. Oktober 1982
2. Zu Beginn der 80er Jahre startete ein Konsortium verschiedener Duisburger Unternehmen den Bau eines Kaltwalzwerkes. Im Zuge dieses Projektes lebten mehr als 300 deutsche Ingenieure mit ihren Familien in Wuhan. Hierdurch entstanden zahlreiche private Kontakte. Schließlich wurde eine Städtepartnerschaft geschlossen, um die schon vorhandenen Beziehungen noch zu verstärken.
3. Die Initiative ging von deutscher Seite aus.
4. Das primäre Interesse an der Partnerschaft lag zunächst im wirtschaftlichen Bereich. Durch das lange Bestehen der Kooperation existieren mittlerweile Aktivitäten in allen Bereichen.(Kultur, Wissenschaft etc.).
5. Die weitere Entwicklung wird als noch weiter intensivierend eingeschätzt.
6. Es gab 1989 keine Aussetzung. Die entstandenen Konflikte wurden auf privater Ebene diskutiert.

9. Es gab die Ideen gemeinsam einen Stand zum Thema Abwasser auf der Expo zu errichten. Wegen der kurzen Planungszeit konnte dies nicht realisiert werden. Allerdings wurde eine Abwasserexpertin aus Wuhan entsandt, die hiesige Projekte besichtigte.
10. Es existiert eine duale Finanzierungsstruktur. Während kleinere Ausgaben aber den Partnerschaftshaushalt der Stadt abgewickelt werden, erfolgt die Hauptfinanzierung über den Förderverein "Gesellschaft zur Pflege der Freundschaft zwischen Duisburg und Wuhan".
11. Den Bürgern kommt ein sehr hoher Stellenwert bei der Gestaltung der Partnerschaft zu. Die vielen privaten Kontakte erlauben einen regen Austausch, der sich z.B. im Schulaustausch und in Vereinsreisen niederschlägt.

Düsseldorf und Shenyang

1. Seit 1984 besteht ein Kooperationsabkommen, das nur auf Verwaltungsebene unterzeichnet wurde, weil der Rat eine "richtige" Partnerschaft wohl nicht zugestimmt hätte.
3. Die Initiative ging von chinesischer Seite aus.
4. Wissenschaft und Technik
5. Die Partnerschaft ruht. Den letzten Kontakt gab es 1997.
6. 1989 nahm man mit zum Anlaß, die Partnerschaft einschlafen zu lassen, doch schon vorher funktionierte sie nur schleppend.

Gladbeck und Fushun

1. Juli 1988
2. Die Partnerschaft entstand aufgrund von wirtschaftlichen Kontakten der Firma Hölter in der Region um Fushun.
4. Es existiert eine Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich. Herauszuheben ist die Kooperation im Feld der Kraftwerke mit RWE.
5. Die Beziehungen werden als stagnierend bis rückläufig eingeschätzt.
6. Die Partnerschaft wurde 1989 auf Eis gelegt. Die nachfolgenden Beziehungen erreichten keine hohe Intensität mehr.
8. Ein stärkere Einbeziehungen der Jugend in die Kooperation wird als wünschenswert eingestuft.
9. Die Agenda 21 wird zur Zeit nicht mit in die Partnerschaft einbezogen.
11. Private Kontakte existieren lediglich durch die Familie Hölter.

Köln und Peking

1. 14.09.1987
3. Die Kooperation war der Wunsch beider Seiten.

4. Zusammenarbeit besteht in den Bereichen Kultur, Umwelt, Medizin, Jura, Wirtschaft, Verwaltung und Hochschule.
5. Die Entwicklung der Kooperation wird als intensivierend eingestuft.
6. Ja, es gab eine krisenbedingte Aussetzung.
8. Verbesserungswürdig sind die Bereiche Schulpartnerschaften und Bürgernähe.
9. Die Einbeziehung des Agenda 21-Programms besteht bis jetzt nur im Umweltbereich.
10. Die Partnerschaft wird durch Haushaltsmittel und Drittmittel finanziert.
13. Vereinsreisen nehmen zu.

Marl und Chanzhi

1. 4.10.1993
2. Die Initiative ging von einer in Marl ansässigen Firma aus, die mit der NRW-Partnerprovinz Shanxi eine Kooperation auf dem Gebiet der Bergbautechnik anstrebte. Später ergaben sich Joint Venture in den Bereichen Bergbautechnik, Medizinpräparate, Handel mit Gütern und Dienstleistungen.
3. Die Initiative ging von deutscher Seite aus, wobei es ein großes chinesisches Interesse gab, mit der Stadt Marl zusammenzuarbeiten, da die meisten Betriebe in China Staatsbetriebe sind, und die Chinesen auch Ansprechpartner von "staatlicher" Seite aus wünschten
4. Wirtschaft, Jugendaustausch (Azubis, Studenten). Es gibt regelmäßige jährliche Zusammenkünfte. Wirtschaftsdelegationen aus Shanxi werden betreut. Es gibt einen alljährlichen Jugendaustausch, der durch eine Stiftung der Firma Hüls Degussa gesponsert wird. Diese Stiftung hat das Ziel des Jugendaustausches und der Jugendfortbildung. Jedes Jahr erfolgt ein Schüleraustausch mit den Partnerstädten der Stadt Marl im Turnus, dieses Jahr mit Chanzhi. Es existieren fünf funktionierende Joint Venture mit örtlichen Firmen.
5. Die Partnerschaft sollte und kann intensiviert werden. Auf chinesischer Seite ist das Interesse sehr groß. Auf deutscher Seite auch, allerdings fehlen hier die notwendigsten Kapazitäten. Durch langjährige Verbindungen und Kontakte konnten intensive Beziehungen aufgebaut werden, die sich in Firmenkontakten und Vertragsabschlüssen sowie im Jugendaustausch bewährt haben.
6. Die Partnerschaft wurde erst 1993 geschlossen. Es gab keine krisenbedingte Aussetzung: "Mit Austausch kann mehr erreicht werden"
8. Es wurde der Wunsch geäußert in Marl ein China-Kontaktbüro zu eröffnen, das am besten von einem Chinesen geleitet wird, der mit Sprache, Mentalität und Kultur vertraut ist, und somit ein Netzwerk aufbauen und pflegen könnte.
10. Ein Förderverein ist in Planung. Bisher müssen die jeweiligen Reisenden alle Kosten übernehmen (Anreise, Übernachtung, Verpflegung).

11. Der partnerschaftliche Austausch ist in der Bevölkerung bekannt. Vereine und Verbände werden soweit möglich im Rahmen eines jährlichen Partnerschaftsfestes in den Austausch einbezogen, das jeweils am 03.10. stattfindet. Zu diesem entsenden alle Partnerstädte Delegationen. Die Chinesen waren aus Termin- oder Kostengründen nicht immer dabei.

Ratingen und Xishan

1. Freundschaftsvertrag 1995
2. Wirtschaftskontakte
3. Chinesische Seite
4. Wirtschaft, IHK
5. Die Beziehungen werden als intensivierend eingeschätzt, wobei im Vergleich zu den anderen Auslandsbeziehungen der Stadt Ratingen die Aktivitäten geringer sind.
10. Stadt
11. Der Freundschaftsvertrag ist durch die Medien in der Stadt bekannt.

Sprockhövel und Zaozhuang

1. Oktober 1987
2. unbekannt
4. Wirtschaft, Besuche von Wirtschaftsdelegationen
5. Zur Zeit ruht die Partnerschaft, und es ist nicht beabsichtigt, die Partnerschaft zu revitalisieren.
6. Der Abbruch der Partnerschaft hat nichts mit 1989 zu tun, es kam 1994 noch eine Delegation aus China.
10. Es gibt keinen Förderverein.
12. In der Bevölkerung ist die Partnerschaft kaum bekannt.

Troisdorf und Nantong

1. 08.04.1997
2. Es gab schon immer gute Beziehungen der Region Rhein-Sieg mit der chinesischen Botschaft über die Friedrich-Ebert-Stiftung.
3. Das Interesse ging von der Stadt Troisdorf aus, und es gibt seit 1994 gute persönliche Beziehungen zur chinesischen Botschaft. Nantong wollte eine Partnerschaft in der Region Rhein-Sieg. Troisdorf nahm dieses Angebot wahr, in Vertretung der Region.
4. Wirtschaft. Kultur ist geplant, ein chinesischer Maler soll in Troisdorf ausstellen, und die Oper "Der gute Mensch von Sichuan" wurde in chinesischer Sprache in Troisdorf aufgeführt. Es gibt wechselseitige Besuche von Delegationen, dreimal aus Nantong, einmal aus Troisdorf und Kontakte

zwischen Unternehmen. Des weiteren existiert ein Austausch von Experten zu den Themen Umweltschutz, Stadtplanung, Verkehrsentwicklung. Es gab Baumpflanzaktionen.

5. Die Partnerschaft wird langsam intensiver. Es bestehen Pläne für nicht städtische Vereinskontakte, Kunstausstellung, Expertenaustausch.
6. Die Partnerschaft existiert erst seit 1997.
8. Ein Erfahrungsaustausch mit anderen Städten die Beziehungen zur VR China haben wäre gut.
9. Bisher ist es noch nicht zu einem Austausch zur Umsetzung der lokalen Agenda 21 gekommen, aber es ist ein Projekt geplant „Lernen vom Partner“, dabei sollen Ingenieure aus Troisdorf zur Beratung nach Nantong zu den Themen Umweltschutz, Stadtplanung, Abwasserbeseitigung und Recycling reisen.
10. Sponsoring, NRW-Gelder, von chinesischer Seite, Stadt Troisdorf, andere Organisationen
14. Die Partnerschaft ist in der Bevölkerung bekannt. Die Presse berichtet positiv. Bei den anderen Partnerschaften der Stadt ist die Bürgerbeteiligung höher. Es gab anfangs im Rat stimmen, die gegen die Partnerschaft waren, einfach wegen der großen Entfernung und Kosten, diese kamen aus allen Fraktionen; sie wurden beruhigt indem man sich auf eine primär wirtschaftliche Ausrichtung der Partnerschaft einigte.

DIREKTKONTAKT NORDRHEIN-WESTFALEN - VIETNAM

Jutta Schneider

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	43
1 Einleitung	44
1.1 Zeitpunkt der Kontaktaufnahme auf Bundesebene.....	44
1.2 Zeitpunkt der Kontaktaufnahme auf Landesebene	44
2 Zielsetzung	44
2.1 DDR-Erbe.....	44
2.2 Zugangsvoraussetzungen für deutsche Firmen in Vietnam	45
2.3 Direktinvestitionen.....	45
2.4 Ansprechpartner.....	46
2.4.1 <i>Ansprechpartner in Deutschland</i>	46
2.4.2 <i>Ansprechpartner in Vietnam</i>	48
2.5 Vertretungsbüros in Vietnam.....	48
2.6 Durchführung.....	48
3 Bewertung	49

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AHK	Auslandshandelskammer
APA	Asien-Pazifik-Ausschuß der deutschen Wirtschaft
APEC	Asian-Pazific Economic Cooperation
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ASEM	Asia-Europe Meeting
AUMA	Ausstellungs- und Messeausschuß der deutschen Wirtschaft e.V.
BdB	Bundesverband deutscher Banken
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BfAI	Bundesstelle für Außenhandelsinformation
BGA	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DDR	Deutsche Demokratische Republik
GfW	Gesellschaft für Wirtschaftsförderung
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
MWMEV	Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes NRW
NRW	Nordrhein-Westfalen
OAV	Ostasiatischer Verein

1 Einleitung

Mit zunehmender Bedeutung des Wirtschaftsstandortes Asiatisch-Pazifische Region durch die unterschiedlichen Wirtschaftsverflechtungen wie ASEAN, APEC und ASSRC gewinnt auch ein Entwicklungsland wie Vietnam an Bedeutung, da durch die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren in der Region abzusehen ist, daß der Prozeß der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen nicht an Vietnam vorbeigehen wird. Dafür spricht auch die aktive Beteiligung Deutschlands an dem ASEM – Prozeß, der Vietnam mit einschließt.

Nachdem im Februar 1994 das amerikanische Embargo gegen Vietnam aufgehoben wurde, orientiert sich der vietnamesische Markt immer mehr am Westen und ist für diesen auch attraktiver geworden. Dennoch sind die wichtigsten Außenhandelspartner für Vietnam immer noch Japan, Singapur, Hongkong, Thailand und die GUS (hauptsächlich Rußland und Ukraine).

1.1 Zeitpunkt der Kontaktaufnahme auf Bundesebene

Durch die damalige enge Zusammenarbeit zwischen Vietnam und der DDR sowie die angespannten Beziehungen zur Bundesrepublik entwickelte sich die Kontaktaufnahme zur Bundesrepublik Deutschland sehr langsam. Obwohl vorher schon Verbindungen bestanden, kann von einer Intensivierung des Kontaktes erst ab 1975 gesprochen werden. Durch die Unterstützung der DDR für Nordvietnam und die Hilfe der BRD für Südvietnam war das Verhältnis auch nach der Wiedervereinigung 1975 angespannt.

1.2 Zeitpunkt der Kontaktaufnahme auf Landesebene

Am 02. November 1994 errichtete das Land Nordrhein-Westfalen ein eigenes Kontaktbüro in Hanoi, um die Zusammenarbeit zwischen NRW und Vietnam zu fördern und eine Hilfestellung für NRW – Firmen zu gewährleisten. Diese Firmen sollen durch das Kontaktbüro die Möglichkeit erhalten, direkt vor Ort Informationen über den Wirtschaftsstandort zu bekommen und bei der Durchführung der verschiedenen vietnamesischen Behördengänge unterstützt zu werden. Das Kontaktbüro wird von Herrn Le Trung Kha, einem ehemaligen Studenten aus der DDR sowie einem von mehreren Hundert vietnamesischen „Moritzburger Kindern“, die während des Ersten Indochinakriegs in Ostdeutschland aufwuchsen, geleitet.

2 Zielsetzung

Hier sollen einige wichtige, wenn auch nicht alle, Punkte genannt werden, die für eine weitgehend effektive Zusammenarbeit der beiden Länder als bedeutend erscheinen.

2.1 DDR-Erbe

In der DDR wurden ca. 150.000 Vietnamesen ausgebildet, von denen einige in derzeit leitenden Positionen in Vietnam sitzen. So sind beispielsweise der Vizeminister für Verkehr, der Justiz, der Finanzen und des Ministeriums für Planung und Investition, der Leiter der vietnamesischen Telekom und etliche Generaldirektoren verschiedener Firmen ehemalige Studenten aus der DDR.

Einige Projekte aus der Zusammenarbeit mit der ehemaligen DDR wurden nach der Wiedervereinigung Deutschlands fortgeführt, so z. B. der vietnamesische Exportkaffee, der aus der Provinz Dak Lak stammt und ursprünglich an die DDR unter Hilfestellung bei Anbau, Verarbeitung und Vertrieb geliefert wurde.

Zur Zeit existieren über 30 Projekte in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit unter der Federführung des BMZ zwischen Deutschland und Vietnam, wobei nicht nur einige der Projekte der DDR fortgeführt werden, sondern auch Projekte der BRD übernommen wurden, wie z. B. die Unterstützung der technischen Hochschule in Thu Duc / Saigon.

2.2 Zugangsvoraussetzungen für deutsche Firmen in Vietnam

Innerhalb Deutschlands existieren keine bestimmten oder vorgegebenen Zugangsvoraussetzungen. Jede deutsche Firma kann sich in Vietnam niederlassen und ein Verbindungsbüro oder eine Filiale errichten. Viele deutsche Firmen bauen deshalb ihre Kontakte eigenständig auf und gehen dabei nicht den Weg über Bund oder Land.

Von vietnamesischer Seite aus sind jedoch einige Beschränkungen zu beachten, die hier sicherlich nicht vollständig aufgeführt werden können. Die wichtigsten Auflagen sind hohe Importzölle sowie der Umstand, daß eine ausländische Firma die gesetzliche Verpflichtung eingehen muß, nur mit einem vietnamesischen Partner zusammenzuarbeiten. Weiterhin darf eine Firma, die nicht eine Geschäftstätigkeit von mindestens fünf Jahren nachweisen kann, keine Niederlassung in Vietnam errichten. Eine ausländische Firma muß auch das Verbot von Import, Distribution und Lagerhaltung beachten, was die Geschäftsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt. Zusätzlich wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit noch durch die schwierigen bürokratischen Strukturen in Vietnam behindert, da oftmals Korruption vorherrscht und es keine verbindlichen Rahmenbedingungen für Investitionsvorhaben gibt. Die bereits bestehenden Gesetze sind interpretationsfähig und können entsprechend unterschiedlich ausgelegt werden.

2.3 Direktinvestitionen

In den letzten Jahren hat ein allgemeiner Rückgang der ausländischen Investitionen stattgefunden. Hierbei ist jedoch nicht die Ursache allein auf den Standort Vietnam zurückzuführen, sondern allgemein auf die Asienkrise.

Natürlich spielen auch noch andere Faktoren eine nicht unerhebliche Rolle. So gibt es z. B. einen zu großen Unterschied zwischen den lizenzierten Auslandsinvestitionen und den tatsächlich investierten Geldern. Auch ist die vietnamesische Regierung aufgrund der strukturellen Probleme nicht in der Lage, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die nötig wären, um ausländische Investitionen zu fördern.

Weitere Schwierigkeiten bei den Investitionen liegen im Bereich der langwierigen Verhandlungen mit den örtlichen Behörden – die fast immer mit Korruption zu kämpfen haben – an den im allgemeinen zu hohen Gesamtkosten eines Projektes und der erheblichen Rechtsunsicherheit, da es keine verbindlichen Rahmenbedingungen gibt. Auch die oft fehlende Infrastruktur darf bei Investitionsvorhaben nicht außer Acht gelassen werden.

Deutschland befindet sich bei den Investoren an 16. Stelle, wobei es sich hierbei hauptsächlich um Groß- und Langzeitinvestitionen handelt. Schwerpunktmäßig liegen diese im Bereich der Herstellung von Industrieprodukten.

2.4 Ansprechpartner

Die nachfolgende Liste der Ansprechpartner ist nicht vollständig. Sie soll nur aufzeigen, wieviele unterschiedliche Anlaufstellen deutschen Unternehmen zur Verfügung stehen, wenn sie den Kontakt über eine Behörde oder eine andere Institution nach Vietnam herstellen oder einfach nur Wirtschaftsinformationen über das Land beziehen möchten.

2.4.1 Ansprechpartner in Deutschland

Bundesebene

- Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi)

Das Bundesministerium für Wirtschaft ist die zentrale Koordinierungsstelle für Wirtschaftsfragen. Durch das BMWi werden Projekte politisch aktiv unterstützt und auch finanziert.

- Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI)

Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation gehört zum Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums. Ihre Zentrale befindet sich in Köln, wohin verschiedene BfAI-Korrespondenten ständig Berichte zu den Themen Wirtschaftsklima, Branchen und Produkte, Vorschriften und Bestimmungen, Geschäftspraxis, Investitionsvorhaben und Ausschreibungen liefern, die täglich aufbereitet und aktualisiert werden. Für telefonische Direktauskünfte stehen in Köln verschiedene Sachbearbeiter zur Verfügung, die auf Wunsch detaillierte Länderinformationen zusenden. Desweiteren sind Informationen über die Länder auf einer monatlich aktualisierten CD-ROM oder im Internet erhältlich.

- Auswärtiges Amt (AA)

Das Auswärtige Amt arbeitet mit den deutschen Auslandshandelskammern und der Bundesstelle für Außenhandelsinformation zusammen, wobei das Auswärtige Amt die Koordinierung leiten, Kontaktpflege zu staatlichen Stellen der Partnerländer halten und die Verbesserung des Marktzuganges unterstützen soll.

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Der Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung liegt in der Planung und Umsetzung der Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Eine der Hauptaufgaben befindet sich in der Unterstützung von Entwicklungsprogrammen und Entwicklungsprojekten der Partnerländer.

- Asien-Pazifik-Ausschuß der deutschen Wirtschaft (APA)

Träger dieser Organisation sind der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), der Ostasiatische Verein (OAV), der Bundesverband deutscher Banken (BdB) und der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA).

- Ostasiatischer Verein (OAV)

Der OAV ist ein privatwirtschaftlicher Verband, der in Zusammenarbeit mit verschiedenen Ministerien die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zur Asien-Pazifik-Region fördert und deutsche Unternehmen u. a. beim Aufbau von Geschäftsbeziehungen unterstützt.

- Ausstellungs- und Messeausschuß der deutschen Wirtschaft e. V. (AUMA)

Im AUMA werden die Interessen der deutschen Messewirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene gegenüber Parlament, Ministerien und Behörden vertreten. Außerdem ist der AUMA eine Koordinierungsstelle für deutsche Auslandsmesseaktivitäten.

- Bundesverband der deutschen Industrie (BDI)

Der Bundesverband der deutschen Industrie vertritt international die Interessen der deutschen Industrie in anderen Ländern. Sein Hauptsitz befindet sich in Berlin.

- Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT)

Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern und Repräsentant der gesamten deutschen gewerblichen Wirtschaft.

- Auslandshandelskammern (AHKn) und Delegiertenbüros der deutschen Wirtschaft

Auslandshandelskammer-Büros sind auf Initiative privater Unternehmen entstanden und setzen sich für die Interessen der deutschen Wirtschaft und der des Partnerlandes ein. Der Aufgabenbereich erstreckt sich von Auskunftsdiensten bis zur Förderung des Wirtschaftsverkehrs. Unterstützt werden die Auslandshandelskammern durch finanzielle Zuwendungen des Bundeswirtschaftsministeriums. Der Kontakt kann direkt im Partnerland erfolgen oder über die örtliche Industrie- und Handelskammer in Deutschland. In Ländern, in denen es keine AHK-Büros gibt, ist die deutsche Botschaft für die Kontaktaufnahme zuständig.

Landesebene

- Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes NRW (MWMEV)

Das MWMEV fördert im wesentlichen kleine und mittelständische Unternehmen des Landes NRW, die sich in Deutschland oder im Ausland niederlassen möchten und Informationen, Beratung und Unterstützung brauchen.

- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW)

Die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung ist dem MWMEV unterstellt und koordiniert dementsprechend Anfragen ausländischer und deutscher Unternehmen mit Schwerpunkt NRW. Der GfW ist auch das NRW-Kontaktbüro unterstellt.

2.4.2 Ansprechpartner in Vietnam

Bundesebene

- Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
An die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland können auch Anfragen zur Wirtschaftsentwicklung im Land gerichtet werden.
- Delegierter der deutschen Wirtschaft
Der Delegierte der deutschen Wirtschaft hat sein Büro in Hongkong und ist zuständig für den Bereich Hongkong, Südchina und Vietnam. Wirtschaftliche Anfragen über diese Region können Firmen vor Ort abklären.

Landesebene

- NRW-Kontaktbüro
Das Land Nordrhein-Westfalen ist durch das NRW-Kontaktbüro vertreten. Dort werden jährlich ca. 800 Anfragen von Firmen bearbeitet und weitergeleitet. NRW-Firmen in Vietnam oder NRW-Firmen, die sich in Vietnam niederlassen möchten, haben die Möglichkeit, direkt vor Ort Kontakt aufzunehmen und Informationen zum Land und Hilfestellung bei Firmenanfragen zu erhalten.

2.5 Vertretungsbüros in Vietnam

Es existieren ca. 800 ausländische Vertretungsbüros in Saigon, die unabhängig von Bund oder Land sind, da sie sich in Eigenverantwortung der jeweiligen Firmen befinden. Im Gegenzug dazu ist die Anzahl der ausländischen Unternehmensfilialen (ca. 40) vergleichsweise gering.

Vertretungsbüros können von ausländischen Firmen ohne Kapitalrisiken und Verpflichtungen genutzt werden, da sie keine auswärtige Kapitaleinbringung voraussetzen, aber die Möglichkeit bieten, den Markt vor Ort zu analysieren, Werbung für Waren zu betreiben, Vertragshandlungen durchzuführen und potentielle vietnamesische Partner ausfindig zu machen. Zwar ist es einem Vertretungsbüro nicht gestattet, „unmittelbare Geschäfte“ zu betreiben, worunter z. B. An- und Verkauf von Gütern oder Zahlungsverkehr fällt, doch es können Im- oder Exportverträge mit dem jeweiligen Mutterhaus geschlossen werden.

2.6 Durchführung

Verhandlungen über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Vietnam finden auf der Bundesebene über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung statt. Auf der Landesebene ist die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung für Vietnam zuständig. Eine Zusammen- und Durchführung der Ziele von Bund und Land muß auf diesen Ebenen stattfinden und kann im NRW-Kontaktbüro koordiniert werden.

Allerdings läßt sich in der Praxis eine gemeinschaftliche Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bundes- und Landesbehörden nicht ohne weiteres nachvollziehen, da bereits innerhalb der Bundesbehörden gewisse Differenzen in der Kompetenzfrage für die Zusammenarbeit bestehen.

3 Bewertung

Es gibt verschiedene und auch sich überschneidende Regelungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Vietnam, die Bund und Land nicht einheitlich und auch nicht zusammen getroffen haben.

So bietet das Land selber eigenständige Förder- und Beratungsprogramme für mittelständische Unternehmen an, die in Nordrhein-Westfalen ansässige Firmen in Anspruch nehmen können. Das Land NRW bietet darüber hinaus auch eigene Messeprogramme und ein Bürgerschaftsprogramm an, bei dem wirtschaftliche und politische Risiken abgedeckt werden. Hinzu kommen Delegationsreisen mit Schwerpunkten für spezifische Branchen, die der jeweils aktuellen Marktsituation angepaßt sind, Informationsbörsen sowie das Stipendiatenprogramm, das seit 1993 existiert und über das jedes Jahr 10 Führungskräfte aus Vietnam ausgebildet werden.

Eines der wichtigsten Instrumente für die Zusammenarbeit NRW-Vietnam ist das NRW-Kontaktbüro in Hanoi, das direkt vor Ort Hilfestellung für NRW-Firmen in Vietnam und für vietnamesische Firmen, die Kontakt nach Deutschland suchen, anbieten kann. Förderlich ist hierbei sicherlich die Tatsache, daß der Leiter des Büros, Herr Kha, Vietnameser ist, der in der DDR ausgebildet wurde und sich sowohl in Deutschland als auch Vietnam auskennt.

Wenn man die Hilfestellung des Bundes für deutsche Firmen betrachtet, kann man feststellen, daß die Art und Weise des Angebotes zwar gleich oder annähernd gleich ist, der Ansprechpartner aber wechselt, da beim Bund alle Firmen aus allen Bundesländern gefördert werden können und beim Land nur Firmen aus NRW. Nachteilig dabei ist, daß eine deutsche Firma, die Kontakt nach Vietnam sucht, vor einer Fülle von Behörden, Ämtern und anderen Institutionen steht (und das nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landesebene). Etwas undurchsichtig ist dabei auch, daß die verschiedenen Stellen nicht zusammenarbeiten. Für eine interessierte deutsche Firma wäre es sicherlich wünschenswert, sich nicht bereits in Deutschland mit so vielen verschiedenen Stellen auseinandersetzen zu müssen. Die Frage ist hierbei sicherlich auch, ob eine Firma aus NRW sich tatsächlich lieber mit dem Land NRW in Verbindung setzt, wenn sie vom Bund dieselbe Hilfestellung bekommen kann - wobei hier das Problem auftaucht, daß Bund und Land tatsächlich nicht miteinander, sondern nebeneinander arbeiten. So teilte auch das Bundesministerium für Wirtschaft mit, daß eine Zusammenarbeit mit dem Land Nordrhein-Westfalen gar nicht stattfinden würde, zumindest nicht direkt in Deutschland. Sollten allerdings auf einer Delegationsreise zufällig Bund und Land zusammentreffen, wird natürlich eine Kooperation ins Auge gefaßt.

Gerade bei einem Land wie Vietnam, das an mangelnder Attraktivität für ausländische Investoren leidet, ist es bedauerlich, daß für deutsche Firmen der Eindruck entstehen kann, daß es keine zentrale Koordinierungsstelle in Deutschland gibt. Vietnam hat sicherlich mit vielen Unklarheiten innerhalb der Verwaltungsstrukturen zu kämpfen. Aber gerade weil sich so viele Vietnamesen, die in der DDR ausgebildet wurden, in führenden Positionen befinden, sollten die bestehenden Kontakte stärker genutzt werden.

Ein NRW – Kontaktbüro ergibt nur Sinn, wenn es sich nicht in unmittelbarer Konkurrenz zu den Verbindungsbüros der verschiedenen Firmen befindet, da es

diese Position nicht behaupten könnte. Der Büroleiter kann nicht jede interne Angelegenheit der verschiedenen Firmen kennen. Es muß also der wesentliche Punkt berücksichtigt sein, den ein Verbindungsbüro einer Firma nicht aufweisen kann, nämlich die enge Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ministerien in Vietnam, um so die Kooperation zwischen NRW und Vietnam sicherzustellen.

Die Arbeit des Kontaktbüros war sicherlich bis jetzt erfolgreich. U. a. haben NRW-Firmen wie Ferrostaal (ehemals Mannesmann), Klöckner AG und Thyssen/Krupp Kontakte darüber aufgebaut. Jedoch ist dies gewiß noch weiter ausbaufähig, da vielen potentiellen deutschen Investoren aus NRW die Existenz einer solchen Repräsentanz in Hanoi nicht bekannt ist.

Um eine Verbesserung des Direktkontaktes NRW-Vietnam erzielen zu können, sollte vorrangig die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land gestärkt werden, denn erst wenn die internen Abläufe innerhalb deutscher Behörden geklärt sind und Bund und Land ein einheitliches Vorgehen vorweisen können, kann die Situation in Vietnam von deutscher Seite aus besser unterstützt werden. Das kann nur funktionieren, wenn die einzelnen Bundesbehörden in engerer Kooperation miteinander stehen. In Gesprächen mit dem BMZ wurde bestätigt, daß dies auch nicht immer der Fall ist, sondern statt dessen sogar eine Art Konkurrenz- und Kompetenzgerangel herrscht.

Gerade das Land Nordrhein-Westfalen kann durch die Repräsentanz direkt vor Ort und Informationsaustausch durch regelmäßigen persönlichen Kontakt in Hanoi – durch die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung – viel mehr bewirken, als es anderen Bundesländern möglich wäre, die zwar auch ihre Interessen vertreten möchten, aber nicht die strukturellen Möglichkeiten haben.

Durch die Gespräche mit verschiedenen Bundesbehörden stellte sich heraus, daß bei der Bundesrepublik Deutschland Vietnam gegenüber „selbstverständlich“ ein gewisses wirtschaftliches Interesse besteht, dies sich jedoch noch lange nicht so weit oben auf der Prioritätenliste wie andere Länder befindet. NRW sollte auf jeden Fall versuchen, die vorhandenen Möglichkeiten weitgehend auszuschöpfen und für sich zu nutzen, da dem Land bereits Optionen offen stehen, die sich anderen Bundesländern nicht bieten.

Es existieren strukturelle Schwierigkeiten in Vietnam selber, auf die NRW keine direkten Einflußmöglichkeiten hat, wie z. B. Korruption. Doch können die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für NRW-Firmen durch die Einwirkung des Landes NRW auf deutscher und vietnamesischer politischer Ebene durch eine gute entwicklungspolitische Zusammenarbeit verbessert werden. Jedes Bundesland besitzt einen gewissen eigenständigen Rahmen, in dem es ohne den Bund arbeiten kann; dieser Handlungsspielraum sollte genutzt werden.

Abschließend läßt sich sagen, daß Defizite auf vietnamesischer und auch auf deutscher Seite bestehen, die die entwicklungspolitische Zusammenarbeit erschweren. Wirtschaftlich gesehen ist die Situation noch nicht so ausgeglichen, daß ein gleichmäßiger Austausch zwischen den beiden Ländern entstehen kann. Dieses Problem ist auf vietnamesischer Seite durchaus bekannt. Durch Gespräche mit beiden Seiten entsteht bei einem Außenstehenden der Eindruck, daß es schon allein auf der sprachlichen Ebene zu Mißverständnissen aufgrund der verschiedenen Kulturen kommt und diese durch Offenheit auf beiden Seiten behoben werden

sollten. Vietnam scheint gerade Deutschland gegenüber sehr aufgeschlossen zu sein, weswegen NRW eine gute Grundlage besitzt, sich marktpolitisch noch besser zu positionieren.

Quellen

Die Informationen wurden in zahlreichen Telefonaten und E-Mails mit Mitarbeitern der genannten Institutionen zusammengetragen. Die Autorin bedankt sich für die fruchtbare Zusammenarbeit.

**JAPAN UND NRW:
WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN UND GEZIELTE,
BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
– MÖGLICH ODER ILLUSORISCH?**

Christian Biernat
Uwe Holtschneider
Simon Weisgerber

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	55
1 Einleitung	56
1.1 Negative Auswirkungen der Globalisierung	56
1.2 Entwicklungszusammenarbeit unterhalb der staatlichen Ebene.....	57
1.3 Nordrhein-Westfalen als Akteur der EZ	58
2 Japanische EZ unterhalb der staatlichen Ebene	60
2.1 Entstehung von EZ japanischer lokaler Regierungen	60
2.2 Neue Möglichkeiten durch Dezentralisierung	61
3 CLAIR – Der Council of Local Authorities for International Relations	62
3.1 Koordination der Kooperation.....	62
3.2 Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.....	63
3.3 Zusammenarbeit mit NGOs.....	64
4 Ansatzpunkte multilateraler Kooperation.....	65
4.1 Bestehende trilaterale Programme	65
4.2 Beispiele möglicher Kooperationsfelder	66
5 Fazit.....	66
Literaturverzeichnis	68

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Erfordernisse durch globale Probleme	57
Abb. 2: Unterschiedliche Ebenen der EZ	58
Abb.3: Der Eine Welt Beirat	59
Abb.4: Entstehung der japanischen EZ	60
Abb.5: Unterstützung durch CLAIR	62
Abb.6: Inter- und intranationale Kooperation CLAIRs	63
Abb.7: Zusammenarbeit zwischen CLAIR und NGOs	64

1 Einleitung

Es ist sehr oft zu beobachten, daß heutzutage die verschiedensten Sachverhalte und Phänomene unserer Zeit mit dem Attribut "global" versehen werden, um so die bereits existierende bzw. sich ausweitende Vernetzung und Interdependenz in unserer Welt begrifflich zu fassen und darzustellen.

Meist wird hierbei auf den stark zunehmenden Fluß von Informationen, Waren, Kapital und Dienstleistungen rund um den Erdball Bezug genommen. Dies dürfte als eine im allgemeinen sehr positive Erscheinung des mit dem Modewort Globalisierung bezeichneten Phänomens erachtet werden, denn nach Meinung vieler existiert durch ein *shrinking of space and time*, also sozusagen ein Zusammenrücken der verschiedenen Nationen und Völker der Welt, erstmals in der Geschichte der Menschheit die reelle Chance zur Gestaltung einer - im wörtlichen Sinne - "Weltgesellschaft".

So wird häufig ein sehr optimistisches Bild eines sich ausbildenden *global village* gezeichnet - wobei alle "Dorfbewohner" die gleichen Chancen auf Wohlstand besitzen sollen. Hierbei kommt beispielsweise den neuartigen IT-Techniken (Stichwort: Internet) eine herausragende Rolle zu.

Zweifelsohne breitet sich eine Zukunft, gekennzeichnet durch bisher ungeahnte Möglichkeiten und Potentiale, vor uns aus. An innovativen Ideen zur Gestaltung einer "Welt ohne Grenzen" mangelt es nicht; das Wissen, diese umzusetzen, ist vorhanden. Die Frage ist nun, ob auch die Bereitschaft dazu besteht.

1.1 Negative Auswirkungen der Globalisierung

Auf dem Weg zu globalem Wohlstand darf nicht vergessen werden, daß eben nicht nur die positiven Effekte, sondern - und vor allem - auch Probleme der verschiedensten Art ein Ausmaß annehmen, dessen Bearbeitung das Konzept des klassischen Nationalstaats, bzw. des Denkens bis zur Territorialgrenze nicht mehr angemessen sein dürfte. Vor allem im Bereich der Umweltzerstörung (Gefährdung der Ozonschicht, Gewässerverschmutzung, Treibhauseffekt etc.) wird der Norden nun auch vor der sprichwörtlich eigenen Haustür mit den Auswirkungen von verschwenderischem und unverantwortlichem Umgang mit den Ressourcen konfrontiert.

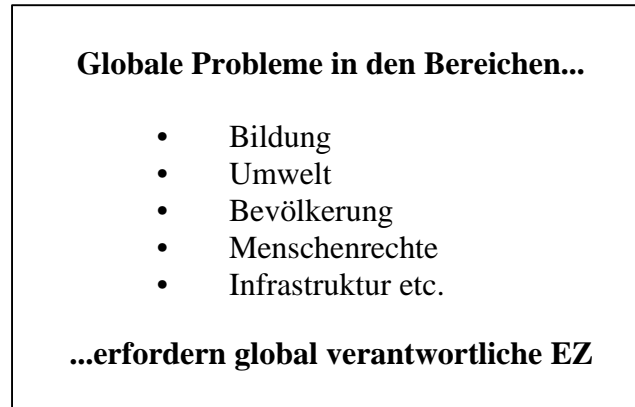
Schon länger ist es kein Geheimnis mehr, daß Probleme, welche sich eigentlich nach klassischem Verständnis ausschließlich in den sog. Entwicklungsländern manifestieren (z.B. ausbleibende Verbesserungen in den Bereichen Bildung, Menschenrechte, medizinische Versorgung etc.), eben über kurz oder lang auch erheblichen Einfluß auf den sich bisher vor den Auswirkungen in Sicherheit wählenden Norden haben.

Auch und gerade in Deutschland als einem Mitglied des erlesenen Clubs der G7 ließ und läßt sich eine verstärkte außen-, innen- sowie entwicklungspolitische Diskussion über derartige Probleme und deren Konsequenzen nicht vermeiden (Stichwort: Asylgesetzgebung).

Vor dem Hintergrund dieser sich global auswirkenden Probleme ist es erforderlich, daß man beginnt, ein wirklich globales Verantwortungsbewußtsein zu entwickeln.

Probleme dieser Größenordnung können nicht mehr von einzelnen Akteuren bewältigt werden. Daher ist es notwendig, daß eine koordinierte Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf globaler Ebene zur Querschnittsaufgabe für alle Staaten der Erde wird.

Abb. 1: Erfordernisse durch globale Probleme



Der bisherige Ansatz zur Entwicklungshilfe sah so aus, daß der weiter entwickelte Norden dem weniger entwickelten Süden einseitige Hilfeleistungen zukommen ließ. Bezüglich der finanziellen Leistungen war oft nicht klar, ob diese auch wirklich bei den zu fördernden Personen bzw. Institutionen ankamen, da die Gelder auf Staatenebene transferiert wurden und

danach häufig in zwielichtigen Kanälen der "Kleptokratien und Dracula-Regime" verschwanden. Wohin die Gelder letztendlich flossen, konnte von Geberseite nur schwer bzw. gar nicht überprüft werden, da die Einflußnahme in den meisten Fällen nach Tätigung der Zahlung endete.

Der neuere Ansatz sieht so aus, daß nicht länger von Entwicklungshilfe, sondern von Entwicklungszusammenarbeit die Rede ist. Es ist vorgesehen, daß der Norden dem Süden weiterhin hilft, sich selbst zu entwickeln, aus den sich ergebenden Lernpotentialen aber auch Nutzen für die eigene Entwicklung zieht.

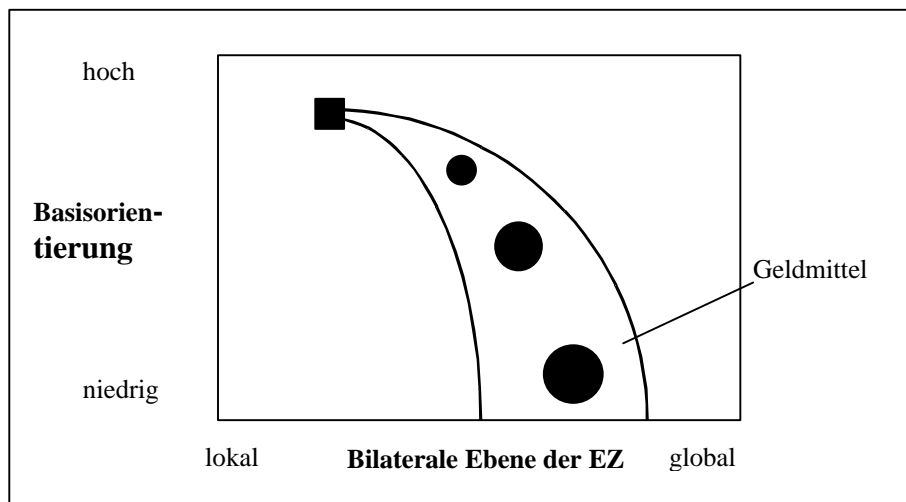
Erwähnung soll hier die Agenda 21 finden, die im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro aufgestellt wurde. Als primären Leitgedanken kann die globale Umsetzung einer nachhaltigen Art zu wirtschaften gesehen werden, um so die begrenzten Ressourcen und die Umwelt zu schonen.

1.2 Entwicklungszusammenarbeit unterhalb der staatlichen Ebene

Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 sind nun auch lokale Autoritäten, wie z.B. NRW als Bundesland, gefordert, diesen Leitgedanken der Suche nach *sustainable development* unterhalb der staatlichen Ebene zu realisieren. Auf dieser substaatlichen Ebene - lokal, regional - sollen potentielle Akteure der EZ mit ihren Partnern im Süden geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 21 finden.

Die lokale Ebene verdient gerade im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung besondere Beachtung. Von Entwicklungsexperten wird immer wieder gefordert, daß nicht "Millionenprojekte, sondern eine Million Projekte" durchgeführt werden sollen - zwar mit jeweils wesentlich geringerer Finanzausstattung, aber dafür mit der für Entwicklung wichtigen Basisorientierung. Das heißt, daß die Gelder nicht, wie bereits angesprochen, in zwielichtigen Kanälen verschwinden, sondern wirklich bei den Stellen ankommen, für die sie gedacht sind.

Abb.2: Unterschiedliche Ebenen der EZ



Quelle: Nuscheler (1995); eigene Darstellung

Dies wird dadurch erreicht, daß lokale und auch Nichtregierungsakteure eingeschaltet und mit der Implementierung betraut werden. Kleine, maßgeschneiderte Projekte zur Schaffung von "Entwicklungskeimen" sind empirisch bestätigt erfolversprechender als aufgeblähte Großprojekte, die nach Auslaufen der eigentlichen Förderleistungen oftmals der Verwitterung anheimfallen (Stichwort: Investruinen).

Aus diesen Gründen erscheint es sinnvoll, vermehrt lokale (als Sammelbegriff für substaatliche Akteure) Autoritäten wie Kommunen, Bundesländer etc. und vor allem auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in die EZ einzubeziehen.

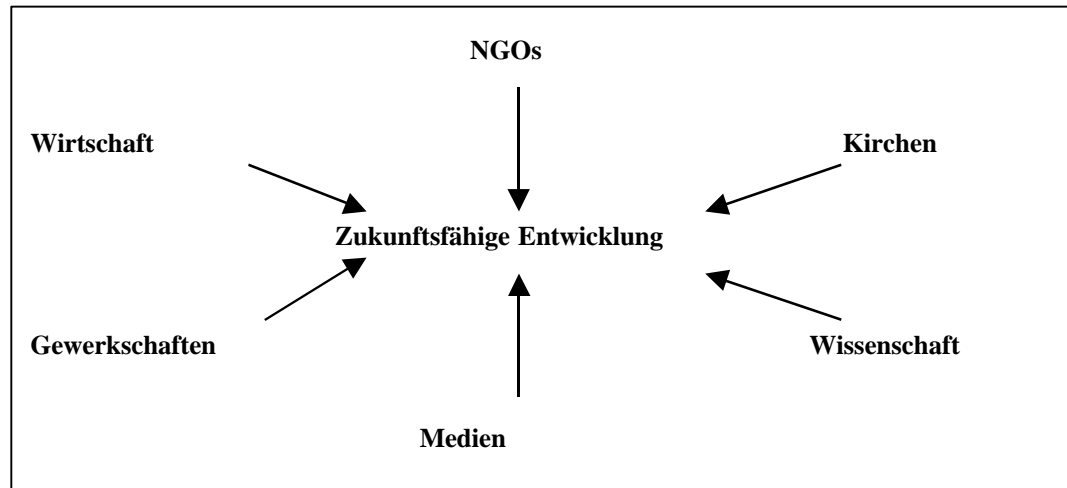
1.3 Nordrhein-Westfalen als Akteur der EZ

An dieser Stelle wollen wir kurz die bisherigen Leistungen und Erfolge Nordrhein-Westfalens als Akteur der EZ darstellen:

NRW betreibt seit der Erklärung der Ministerpräsidenten vom 3./4. Mai 1962 eine "eigenständige Entwicklungspolitik." Das Bundesland hat sich in seinen "Leitlinien der Entwicklungspolitik" vom 4. Mai 1993 dazu verpflichtet, mit seiner Einen-Welt-Politik die Agenda 21 im Sinne der Konferenz von Rio umzusetzen.

Seit 1991 berät der sog. Nord-Süd-Beauftragte den Ministerpräsidenten in Fragen der Entwicklungspolitik. Er ist Kontaktperson für alle Institutionen, die sich mit dem Nord-Süd-Verhältnis beschäftigen; er wirkt mit in der vom früheren Bundeskanzler Willy Brandt ins Leben gerufenen Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) und ist Vorsitzender des Eine-Welt-Beirates.

Abb.3: Der Eine Welt Beirat



Der Eine-Welt-Beirat, der seit dem 1. Juli 1996 existiert, setzt sich aus Vertretern der verschiedensten Gruppierungen zusammen. Er berät den Ministerpräsidenten und die Landesregierung bezüglich zukunftsorientierter, nachhaltiger Entwicklung. Darüber hinaus erstellt er Gutachten, mit denen der Regierung Ideen an die Hand gegeben werden sollen, wie die Agenda 21 am besten umzusetzen sei, oder er spricht Empfehlungen aus, welche Maßnahmen zukünftig in NRW und in den Partnerländern des Südens durchzuführen seien. In Anbetracht dieser Aufgaben ist der Eine-Welt-Beirat ein äußerst wichtiges Instrument, um den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anzuregen und zu erhalten.

Neben Maßnahmen, die das Verständnis für NRWs Eine-Welt-Politik innerhalb der Bevölkerung vergrößern sollen, führt das Bundesland verschiedene Projekte in Partnerländern des Südens durch. Schwerpunktregionen sind die Provinz Mpumalanga (Republik Südafrika), die Republik Namibia, die chinesischen Provinzen Shanxi, Sichuan und Jiangsu sowie die Sozialistische Republik Vietnam.

Dabei konzentriert sich NRW vor allem auf die Technische Zusammenarbeit (TZ). Im Rahmen der Entwicklungspolitik des Bundes ermöglicht NRW es StudentInnen aus Entwicklungsländern, an den Hochschulen des Landes zu studieren. Weiterhin hat NRW dazu beigetragen, die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften - vor allem aus den chinesischen Partnerprovinzen und der Sozialistischen Republik Vietnam - zu ermöglichen. Hierzu wurden Ausbildungsstipendien an über 200 Personen vergeben, die danach ein einjähriges Praktikum in Deutschland absolvierten, um ihre Berufsausbildung zu vertiefen.

Nach diesem kurzen Profil der Entwicklungszusammenarbeit Nordrhein-Westfalens sollen im folgenden die japanischen Träger von lokaler Entwicklungszusammenarbeit näher betrachtet werden.

2 Japanische EZ unterhalb der staatlichen Ebene

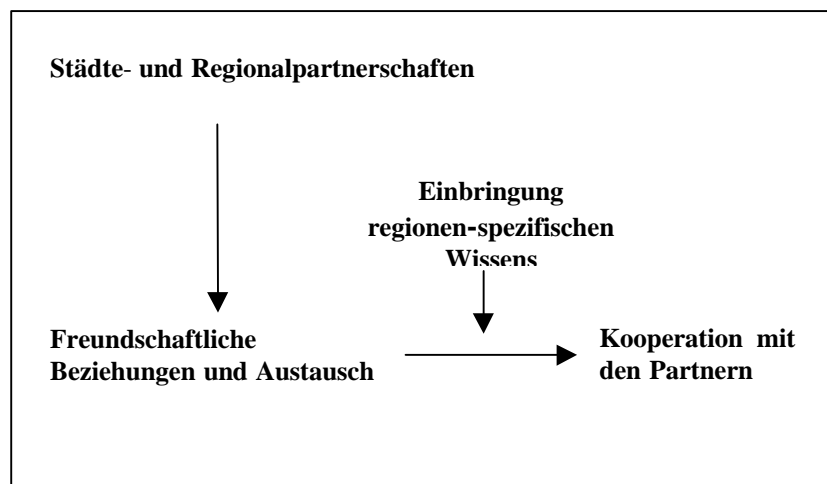
2.1 Entstehung von EZ japanischer lokaler Regierungen

Entwicklungszusammenarbeit in Japan fand überwiegend auf der nationalstaatlichen Ebene statt. Eine angestrebte Verlagerung auf lokale und regionale Stellen gab es von offizieller Seite lange Zeit nicht. In jüngerer Zeit entwickelte sich allerdings ein verstärkter Trend der lokalen Verwaltungseinheiten, selber die Initiative zu ergreifen. Vor allem seit Beginn der 90er Jahre ist ein erhöhtes Engagement von Präfekturen und Städten zu beobachten. Zunächst soll erklärt werden, wie diese Entwicklung zustande kam.

Viele Präfekturen unterhielten freundschaftliche Beziehungen, insbesondere zu den Japan nahe gelegenen Staaten der asiatischen Region. Das Konzept war dem von Städtepartnerschaften nachempfunden.

Nach und nach entstanden auf diese Weise engere Kontakte zwischen den Partnerregionen. Die Mängel der im Vergleich zu Japan weniger entwickelten Regionen wurden erkannt und Möglichkeiten zur Verbesserung erarbeitet, so daß die Voraussetzungen für eine Entwicklungszusammenarbeit geschaffen waren. Während

Abb.4: Entstehung der japanischen EZ



die freundschaftlichen Beziehungen als Basis dienten, begannen die Präfekturen, durch ihr Fachwissen und den ihnen zur Verfügung stehenden Personalpool eine aktive internationale Kooperation zu entwickeln.

Zusammenarbeit fand zunächst durch den Austausch von Personal mit den jeweiligen Partnerregionen statt. Zum einen wurden Fachleute entsandt, um vor Ort bei konkreten Projekten zu helfen. Zum anderen wurden aus den Zielländern stammende Personen zu Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in die Präfekturen eingeladen. Diese Zusammenarbeit wurde insbesondere auf den jeweiligen Kompetenzgebieten der einzelnen Präfekturen betrieben. Dabei wird eine Technische Zusammenarbeit (TZ) anstelle einer Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) aufgrund der geringen finanziellen Möglichkeiten der lokalen Institutionen bevorzugt.

Als besondere Zielländer der EZ japanischer lokaler Autoritäten sind die in Japans Nachbarschaft liegenden Staaten zu nennen. Betrachtet man etwa das im Jahre 1996 gegründete Local Government Officials Training Program in Japan, das durch das Ministry of Home Affairs (MoHA) und CLAIR (Council of Local Authorities for

International Relations, siehe unten) ausgetragen wird, zeigt sich, daß 1990 55 der 80 beteiligten Personen aus China und Korea stammten.

Dies ist nicht weiter verwunderlich, da sich ohnehin der überwiegende Anteil japanischer EZ nicht an die Least Developed Countries (LDC) der Dritten Welt, sondern an die asiatische Region mit ihren wirtschaftlich stark aufholenden Staaten richtet. Dort existiert weniger ein Problem der Finanzierung, sondern eher eine Unterversorgung an gut ausgebildetem Fachpersonal, um den durch den wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch den Rückschlägen durch die Asienkrise verursachten Umwälzungen begegnen zu können. Qualifiziertes Personal ist für diese Länder der Schlüssel, um den Sprung vom Schwellen- zum (post-) industrialisierten Land zu schaffen. Zudem spielt hierbei sicherlich auch die Kostenfrage, die bei großer geographischer Entfernung zu den Partnern zunimmt, eine Rolle. Es besteht daher eine Konzentration auf die genannten Staaten, doch wird insgesamt eine große Anzahl weiterer Länder abgedeckt.

Die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen mit Entwicklungszusammenarbeit zu kombinieren, hat sich als besonders effektiv erwiesen. Es kann exakt ausgearbeitete, auf die Zielregion zugeschnittene Hilfe geleistet werden.

Auch heute noch findet der Großteil internationaler substaatlicher Kooperation in Form von Ausbildungsprogrammen für Personen aus den Empfängerländern, Entsendung von Experten in diese Länder, Jugendaustauschprogrammen und anderen Arten des Austausches auf der interpersonellen Ebene statt.

Allerdings zeigen sich auch Ansätze direkter Hilfe bei der Durchführung konkreter Projekte in den Partnerregionen. Diese werden meistens mit japanischer Unterstützung durch einheimische Personen vor Ort implementiert. Es wird versucht, eine grundlegende, basisorientierte Entwicklung voranzutreiben, um so eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen.

2.2 Neue Möglichkeiten durch Dezentralisierung

In den vergangenen Jahren hat die Japan International Cooperation Agency (JICA) als Implementierungsstelle des de jure für EZ zuständigen Ministry of Home Affairs (MoFA) bei einigen Projekten der Präfekturen und Städte von der Planungsphase an mitgewirkt. Die JICA versuchte dabei vor allem, Projekte der Zusammenarbeit auszuarbeiten, die die unterschiedlichen Eigenschaften der einzelnen subnationalen Akteure optimal einzusetzen vermochten. Beispiele hierfür sind der Malawi Participatory Regional Promotion Plan, der angelehnt war an einen Entwurf, den die Präfektur Oita unter dem Titel „One village, one item“ betrieben hatte, oder das Viet Nam Urban Environment Project, welches sich an der Umweltpolitik Tokyos orientierte.

Im Jahre 1998 führten die 47 japanischen Präfekturen unter der Beteiligung der JICA Ausbildungsmaßnahmen für insgesamt 600 ausländische Personen durch. Außerdem wurden ca. 160 öffentliche Angestellte entsandt. Hierfür wurden 1,05 Milliarden Yen zur Verfügung gestellt. Diese Art der Technischen Zusammenarbeit deckt ein breites Spektrum verschiedener Aktivitäten ab, doch werden im Normalfall die traditionellen Stärken der teilnehmenden Region eingebracht. Zusätzlich wurden 1000 im öffentlichen Dienst angestellte Personen für den Umgang mit Problemen internationaler Zusammenarbeit ausgebildet.

Von Seiten der JICA aus soll der Zusammenarbeit mit japanischen subnationalen Einheiten verstärkte Bedeutung zukommen. Daneben soll auch eine intensivere Kooperation mit Unternehmen und Universitäten erfolgen. Zur Umsetzung versucht die JICA eine Annäherung unter Mithilfe von 20 über ganz Japan verteilten Büros und Zentralen. In ihrer Guideline '99 - einem Papier, das eine Art mittelfristiger Leitlinie für die Aktivitäten der EZ darstellt - werden den Präfekturen durch die de facto verantwortlichen Ministerien neue Gestaltungsspielräume zugestanden - ein wichtiger Schritt für die lokalen Verwaltungseinheiten, die sich seit geraumer Zeit um mehr Unabhängigkeit von der Zentralregierung bemühen.

3 CLAIR – Der Council of Local Authorities for International Relations

Mit der Zielsetzung, eine verstärkte internationale Orientierung und Kooperation der lokalen Ebene voranzutreiben, wurde im Juli des Jahres 1988 CLAIR als eine gemeinsame Organisation lokaler Verwaltungen gegründet. Diese Institution verfügt über Büros in jeder japanischen Präfektur, sowie darüber hinaus noch in einigen ausgewählten Städten. Der Hauptsitz befindet sich in Tokyo. Zusätzlich wurden Auslandsbüros in fast allen Teilen der Welt eingerichtet, namentlich in New York und London (1988), Paris und Singapur (1990), Seoul (1993), Sydney (1994) und in Beijing (1997).

CLAIR unterstützt die subnationalen Akteure bei Aktivitäten im Ausland. Hierzu führt sie Erhebungen durch und sammelt Informationen. In Broschüren wie dem regelmäßig erscheinenden CLAIR-Report werden die Ergebnisse veröffentlicht und allen Mitgliedern zugänglich gemacht. Gleichzeitig können auch von ausländischen, an internationaler Verständigung interessierten Akteuren über CLAIR Informationen über Japan im allgemeinen, die Regierung, Wirtschaft, Kultur und vor allem über lokale öffentliche Einrichtungen und Organisationen bezogen werden.

Abb.5: Unterstützung durch CLAIR

<p>Eigene Projekte</p> <p>Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von Kooperation</p> <ul style="list-style-type: none">- Informationssammlung und Aufbereitung- Entsendung von Experten zu lokalen Akteuren

Durch die rasche Zunahme von internationaler Zusammenarbeit erhielt CLAIR die zusätzliche Funktion, als Koordinationsstelle für die durch Städte und Präfekturen ausgetragenen Projekte zu fungieren. 1995 wurde daher die Unterabteilung LACIC (Local Authorities Center for International Cooperation) gegründet, die die Zuständigkeit für Städte- und andere Arten von Partnerschaften im Bereich internationaler Kooperation übernimmt.

3.1 Koordination der Kooperation

Wie zuvor schon angesprochen, unterhält CLAIR neben einem umfassenden nationalen, ebenso ein internationales Netzwerk an Außenstellen. Diese Einrichtungen untersuchen neben lokaler Finanzierung, Steuern und administrativem System auch Entwicklungen im Hinblick auf progressive, lokale Politikprojekte. Die

Ergebnisse erscheinen in regelmäßigen Veröffentlichungen wie dem bereits genannten CLAIR-Report.

Dadurch, daß dort die Informationen aus den verschiedenen Ländern zusammenlaufen, stellt CLAIR einen vitalen Knotenpunkt dar. Gleichzeitig liegen auch die Daten über die Potentiale und die spezielle Ausstattung der japanischen Mitglieder vor. Bei der Suche nach Ansatzmöglichkeiten für internationale Kooperation können so sehr leicht geeignete Partner für konkrete Projekte identifiziert und gegebenenfalls zusammengeführt werden.

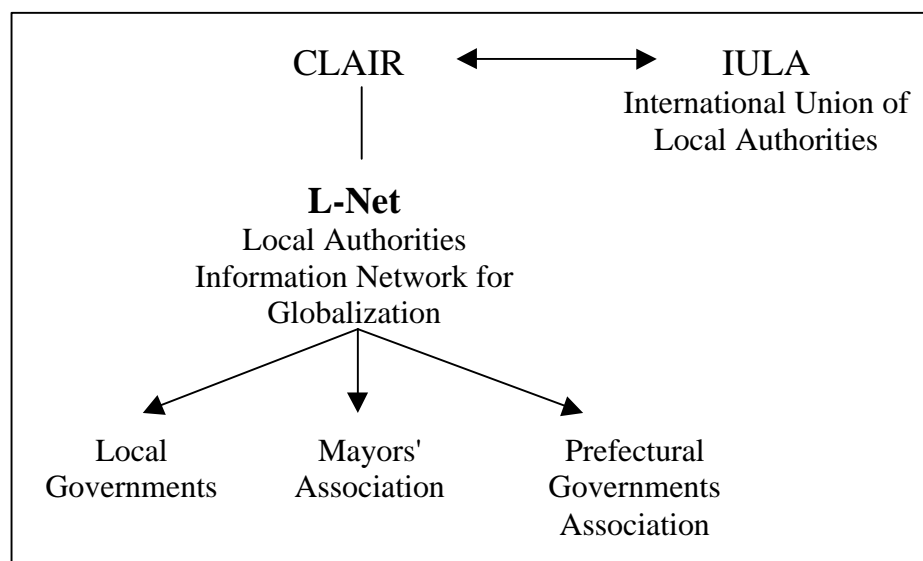
Die geleistete Hilfe wird nachträglich bewertet und die gewonnenen Erkenntnisse werden aufgearbeitet. Dabei werden neben den erzielten Erfolgen auch die Mängel bei der Durchführung herausgestellt. Für nachfolgende Projekte wird damit eine bessere Grundlage geboten, indem erfolgreiche Vorgehensweisen weiter verwandt und bereits erkannte Probleme in den nachfolgenden Unternehmungen vermieden werden können. Auf diese Weise können geplante Projekte im Vorfeld anhand der gewonnenen Erfahrungen auf ihre Erfolgswahrscheinlichkeit überprüft werden.

Es ist ebenfalls möglich, nach Partnern für die Umsetzung zu suchen, die unter Umständen bereits auch schon über Erfahrungen in bestimmten Feldern verfügen. Auf der von CLAIR im Internet veröffentlichten Liste von 62 durchgeführten Kooperationen finden sich mehrere, die unter Zusammenwirken mehrerer Präfekturen, japanischer oder aus dem Zielland stammender NGOs und staatlicher Stellen beider Partnerländer durchgeführt wurden.

3.2 Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

CLAIR arbeitet mit einer Vielzahl weiterer Organisationen zusammen. Auf internationaler Ebene findet eine Zusammenarbeit mit der IULA (International Union of Local Authorities) statt. Neben allgemeinen Informationen über das Ausland werden hierdurch auch Informationen über Initiativen internationaler Kooperation anderer Länder in Erfahrung gebracht. Durch diese Informationen können Felder, für die ein geeigneter Partner von japanischer Seite zur Verfügung steht, schnell und einfach ausgemacht werden.

Abb.6: Inter- und intranationale Kooperation CLAIRs



Auf nationaler Ebene ist ein virtuelles Netzwerk errichtet worden, um die umfangreichen Daten weiterzuleiten. Über das sogenannte L-Net (Local Authorities Information Network for Globalization) werden diese dann weiteren Trägern zugänglich gemacht.

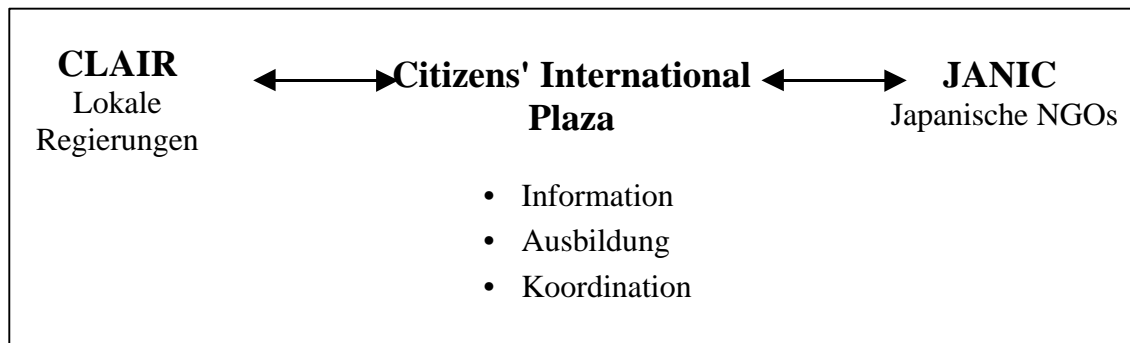
3.3 Zusammenarbeit mit NGOs

Die Zahl von Projekten im Rahmen der internationalen Kooperation japanischer Städte und Präfekturen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Die Bemühungen von Nichtregierungsorganisationen haben sich ebenfalls schon seit längerer Zeit als erfolgreich erwiesen. Durch eine Kombination der Anstrengungen beider Seiten verspricht man sich eine zusätzliche Verbesserung und Ausweitung der Entwicklungszusammenarbeit. Am 5. Juli 1999 wurde zu diesem Zweck der Citizens' International Plaza ins Leben gerufen. Der Sitz befindet sich in Tokyo.

Diese Stelle, die gemeinsam durch CLAIR und die japanische Koordinationsstelle für NGOs, dem Japanese NGO Center for International Cooperation (JANIC), betrieben wird, leistet folgende Dienste:

- Sammlung und Verbreitung von Informationen über internationale, durch NGOs und subnationale Akteure durchgeführte Kooperationen
- Für internationale Kooperation relevantes Wissen wird bereitgestellt
- Ausbildung von Personal für internationale Kooperation

Abb.7: Zusammenarbeit zwischen CLAIR und NGOs



Quelle: CLAIR 1999, eigene Darstellung

Unter den oben genannten Punkten werden folgende Aktivitäten umgesetzt:

Sämtliche Zeitungen und Zeitschriften, Pamphlete und andere Berichte beider Seiten werden gesammelt und innerhalb des Citizens' International Plaza zur Verfügung gestellt. Neben den Informationsmöglichkeiten durch die Mitarbeiter der Kontaktstelle, existiert für interessierte Parteien die Möglichkeit, auf der Homepage Informationen über internationale Kooperationen zu suchen oder auch zu hinterlassen.

Um einen effizienten Informationsfluß zu gewährleisten, arbeitet der Citizens' International Plaza eng mit JANIC zusammen. Ein von JANIC entsandter Mitarbeiter steht speziell zur Beantwortung von Fragen zu japanischen NGOs zur Verfügung.

Eine Dauerausstellung zeigt die Arbeit von NGOs und lokaler Verwaltungen im Verbund mit NGOs. Ziel ist es, Besuchern diese Arbeiten näher zu bringen und die Aktivitäten verstehen und schätzen zu lernen. Räumlichkeiten des Citizens' International Plaza werden auch Außenstehenden für Seminare, die in Zusammenhang mit internationaler Verständigung stehen, zur Verfügung gestellt.

In den Bereichen internationaler Verständigung und Zusammenarbeit ausgebildetes Personal der NGOs kann auf Anfrage lokaler Regierungen entsandt werden. Dadurch wird das Wissen der NGOs für die Entwicklungszusammenarbeit genutzt. Daneben organisiert der Citizens' International Plaza Fortbildungsveranstaltungen für Personal lokaler Regierungen und internationaler Organisationen.

Die Errichtung einer derartigen Austauschstelle für Akteure der EZ ist sicherlich empfehlenswert, um eine optimale Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger erreichen zu können.

4 Ansatzpunkte multilateraler Kooperation

4.1 Bestehende trilaterale Programme

Herauszufinden, ob japanische Akteure als Partner für eine multilaterale EZ in Frage kommen, sollte Ziel dieser Arbeit sein. Tatsächlich aber bestehen bereits Programme mit japanischer Beteiligung.

In Zusammenarbeit mit Sister City International, der Stelle für Städtepartnerschaften der USA, wurden seit 1992 zwischen 42 Städten der USA, Japans und Ländern des Südens trilaterale Austauschprogramme durchgeführt.

Daß Partner aus den beiden größten Wirtschaftsnationen der Welt kooperieren, um wiederum gemeinsam mit dem Süden zusammenzuarbeiten, stellt an sich schon eine Besonderheit dar, da beide Länder in vielen Punkten starke kulturelle Gegensätze aufweisen.

Das Programm wurde durch eine vorbereitende Konferenz eingeleitet, in der die Maxime des gegenseitigen Lernens den Teilnehmern nahegebracht und die durchzuführenden Programme geplant wurden. In der zweiten Phase nahmen die Teilnehmer an Praktika teil. Die Thematik beinhaltete Bereiche wie etwa Abfalltechnik oder Medizin. Dank der guten Vorbereitung verlief die spätere Implementierung des Programms erfolgreich.

Als Risiken dieses Versuches einer trilateralen Partnerschaft werden der erhöhte Aufwand in Bezug auf Koordination, Organisation und Kommunikation gesehen. Dabei stellte aber gerade die Überwindung dieser Schwierigkeiten schon ein erstrebenswertes Resultat dar. Bei erfolgreicher Durchführung wird zusätzlich eine Steigerung der Effizienz durch Kombination der Ressourcen und gegenseitiges Lernen erreicht.

Den bestehenden bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Japan konnte mit recht geringem Aufwand durch die Einbeziehung von Ländern des Südens eine globalere Ausrichtung gegeben werden. Trilaterale Kooperationen unter der

Einbeziehung Japans trotz bestehender kultureller Unterschiede kann also erfolgreich durchgeführt werden.

4.2 Beispiele möglicher Kooperationsfelder

Wo liegen die Ansätze für eine Kooperation zwischen NRW und japanischen substaatlichen Trägern der EZ? Es ist in den vorangegangenen Kapiteln bereits darauf hingewiesen worden, daß es sich bei der Entwicklungszusammenarbeit japanischer Akteure unterhalb der staatlichen Ebene meist um Schulungsmaßnahmen und Personenaustausch handelt. Eine TZ wird anstelle einer FZ, vor allem aufgrund der geringen finanziellen Möglichkeiten der lokalen Institutionen, bevorzugt.

Auch NRW betreibt zu einem großen Teil Ausbildungsmaßnahmen für Personen aus den Zielländern, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern - der für eine Fortentwicklung benötigte Bestand an Fachleuten soll ausgebaut und gefestigt werden. Hier dürfte eine Übereinstimmung in der Vorgehensweise beider Seiten bestehen.

Tatsächlich gibt es auch Aktivitäten japanischer Akteure in den ostasiatischen Kernregionen der Entwicklungszusammenarbeit NRWs, wie zum Beispiel in der chinesischen Provinz Shanxi.

Über die Homepage von CLAIR werden einige Projekte mit Modellcharakter veröffentlicht. Darunter befinden sich zwei Beispiele internationaler Kooperation der Präfektur Kyoto mit der chinesischen Provinz Shanxi. Die Region Shanxi und die Präfektur Kyoto unterzeichneten im Jahre 1983 eine Freundschaftsvereinbarung und noch im selben Jahr wurde das Trainee-Programm durch die Entsendung medizinischen Personals nach Shanxi begonnen und bis heute fortgesetzt. Seit 1985 wird Personen aus Shanxi die Möglichkeit geboten, sich in Kyoto weiterzubilden. Bis 1998 kamen so insgesamt 15 Personen nach Kyoto. Für Nachschulungen wurden ebenso zwei Professoren in die chinesische Provinz entsandt.

Nach dem zehnjährigen Bestehen des Freundschaftsvertrages zwischen Shanxi und Kyoto wurde 1994 die Ausstellung über Chang'an, der Hauptstadt der Tang-Dynastie im Museum von Kyoto abgehalten. In den folgenden Jahren kam es zu Besuchen der Vertreter des Museums von Kyoto und des Museums von Shanxi. Im weiteren sind erneute Austausche geplant.

Besonders interessant bei diesen Projekten ist, daß ihre Bewertung sehr objektiv stattfindet. Auch auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung wird hingewiesen. Bei der Evaluierung des medizinischen Austauschprogrammes wird beispielsweise eingeräumt, daß die Gäste aus Shanxi keine Erlaubnis haben, in Japan zu praktizieren und oftmals eine sprachliche Barriere besteht, wodurch der Lerneffekt eingeschränkt wurde. Derartige Hemmnisse abzubauen, ist ein weiteres Ziel der Kooperation.

5 Fazit

Der Charakter der japanischen substaatlichen Entwicklungszusammenarbeit ist aufgrund seiner Entstehung, aber auch anhand der geleisteten, überwiegend im Bereich der Technischen Zusammenarbeit angesiedelten Maßnahmen eindeutig als "echte" Hilfeleistung zu beschreiben.

Zwar kann festgehalten werden, daß der Schwerpunkt der japanischen substaatlichen EZ-Leistungen in der asiatischen Nachbarschaft liegt, es sich aber - und dies sollte betont werden - nicht etwa um reine Wirtschaftsförderung handelt, sondern auch zu einem großen Teil wirklich basisorientierte Projekte (Stichwort: Agrartechnik etc.) implementiert wurden und werden.

Anhand der dargestellten Programme und ihrer Ausrichtung kann festgestellt werden, daß die Philosophie der japanischen EZ sich - zumindest auf der substaatlichen Ebene - am Leitgedanken der globalen Verantwortlichkeit, des *global village* und der nachhaltigen Entwicklung ausrichtet. Daher können die oft vorgetragenen Bedenken bezüglich einer EZ, welche im Grunde lediglich eine reine Wirtschaftsförderung darstellt, zumindest teilweise als obsolet betrachtet werden. Somit läßt sich die Frage, ob eine deutsch-japanische Kooperation trotz divergierender Philosophien möglich sei, nach unseren Erkenntnissen mit einem klaren "Ja" beantworten.

Ein direkter Versuch gemeinsamer deutsch-japanischer Projekte wäre allerdings nicht empfehlenswert. Statt dessen sollte man mit einer Annäherung durch einen Erfahrungsaustausch beginnen.

Auf japanischer Seite steht für die Akteure unterhalb der nationalen Ebene eine ausgezeichnete Informations- und Koordinationsinfrastruktur zur Verfügung. Die erwähnten Koordinationsstellen mit sich nicht überschneidenden, sondern ergänzenden Tätigkeitsfeldern ermöglichen einen effizienten Einsatz der Ressourcen. Sie sind zugleich idealer Ansprechpartner für ausländische Interessenten, so daß bei der Suche nach geeigneten Kooperationspartnern die aufwendige Überprüfung von 47 Präfekturen und zahlreichen weiteren Städten umgangen werden kann. Unterstrichen wird dies durch englischsprachige Print- und Kommunikationsmedien, die eine der internationalen Kooperation angemessene Präsentation gewährleisten.

Auf der deutschen Seite sehen wir hier z.T. erheblichen Verbesserungsbedarf, wie beispielsweise im Bereich der Internet-Präsenz, dem wohl immer mehr Bedeutung zukommen wird. Nordrhein-Westfalen verfügt nicht einmal über eine englischsprachige Homepage - was bezüglich der Repräsentation eines "international ausgerichteten, an Kooperation interessiertem Bundeslandes" keine günstigen Auswirkungen hat.

Neben diesen eher technisch zu nennenden Ansatzpunkten zur Optimierung sollte nach unseren Erkenntnissen eine grundlegende, strukturelle Verbesserung erfolgen. Diese kann sich - ganz im Sinne des Lernens voneinander - durchaus am Vorbild der japanischen Seite mit dem spezifischen Institutionengefüge und dem ihr eigenen Kooperationsmuster orientieren.

Hierdurch können die bisher brachliegenden innerdeutschen Kooperationspotentiale freigesetzt und genutzt werden. Durch ein koordinierteres Auftreten der deutschen Akteure würde gezeigt, daß nicht mehr Eigenprofilierung, sondern der Versuch im Vordergrund steht, durch Kombination der Ressourcen Synergieeffekte zu erzielen und sich der globalen Verantwortung, die Deutschland als reiches Land des Nordens tragen sollte, auch wirklich zu stellen.

Literaturverzeichnis

Biermann, Frank und Udo Ernst Simonis (1998): Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung, in: Stiftung für Entwicklung und Frieden (SEF): Policy Paper 9, Bonn, Juni 1998.

CLAIR (2000): Citizens International Plaza - Local Government and NGO Contact Point for International Cooperation, in Internet:
http://www.cl.nippon-net.ne.jp/HTML_E/PLAZA/PLAZA.HTM.

CLAIR (2000): Council of Local Authorities for International Relations, in Internet:
<http://www.clair.nippon-net.ne.jp/>.

CLAIR (2000): Local Level Internationalization, in Internet:
http://www.clair.nippon-net.ne.jp/HTML_E/CHIIKI/CHIIKI.HTM.

CLAIR (2000): Local Authorities International Cooperation Network - Examples of Local Authorities' International Cooperation, in Internet:
http://www.clair.nippon-net.ne.jp/HTML_E/SIEN/JIGYO/INDEX.HTM.

Hilpert, Hanns Günther und Markus Taube (1996): Kooperation zwischen deutschen und japanischen Unternehmen in Drittländern, München, November 1996.

IULA (1998): Mission & Objectives, in Internet:
<http://www.iula.org:8888/websites/iula/IULA2ndWebSite.nsf/All+Pages/URL/IULA-EFrame?OpenDocument>.

IULA (1997): Trilateral Municipal Cooperation, in Internet:
<http://www.iula.org:8888/websites/iula/IULA2ndWebSite.nsf/All+Pages/URL/IULA-EFrame?OpenDocument>.

Klingbiel (1998): Proaktive deutsche Rolle: Künftige Aufgaben und Strukturen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit“ (Vortrag gehalten bei der 2. SEF-UNDP-Partnerschaftstagung am 23. Juni 1998), in Internet:
http://www.bicc.de/sef/veranst/1998/sef_undp2/klingbiel.html.

MoFa (2000): Council on ODA Reforms for the 21st Century -Final Report-, in Internet: <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/reform/index.html>.

MoFa (1997): Interim Report of the Council on ODA Reforms for the 21st Century, in Internet: <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/reform/interim.html>, (July, 1997).

MoFa (2000): Japans ODA Annual Report 1999, in Internet:
<http://www.mofa.go.jp/policy/oda/summary/1999/overview.html>.

MoFa (1999): Japan's Medium-Term Policy on Official Development Assistance (ODA), in Internet: <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/mid-term/1999/index.html>.

Nohlen Dieter und Franz Nuscheler (Hg.) (1994): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 8: Ostasien und Ozeanien, Bonn, 1994.

REGIONALKOOPERATIONEN ZWISCHEN NRW UND JAPAN UND IHRE BEDEUTUNG FÜR KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN (KMU)

Stefan Piasecki

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	71
1 Aufgabenstellung	72
2 Gegenwärtig existierende Regional Kooperationen	72
2.1 Die Rolle des Föderalismus.....	73
2.2 Kooperationen und Initiativen.....	73
2.3 Problematik deutscher Unternehmer.....	74
3 Probleme konkret	74
4 Lösungsmöglichkeiten	75
4.1 Deutsche Unternehmer blockieren sich selbst.....	75
4.2 Die theoretischen Ansätze.....	78
4.2.1 Der „Unternehmer heute“-Ansatz.....	78
4.2.2 Der „Nachwuchs erreichen“-Ansatz.....	79
4.2.3 Der „Informiere-unterhaltsam“-Ansatz	80
4.2.4 Zusammenfassung.....	81
5 Fazit.....	81
Literaturverzeichnis.....	83

Abkürzungsverzeichnis

F&E	Forschung und Entwicklung
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
p.a.	per annum
GO	Governmental Organisation / Regierungsorganisationen
NGO	Non-Governmental Organisation / Nichtregierungsamtliche O.
BDI	Bund der Deutschen Industrie
AIESEC	Internationale Studentenorganisation
MEO	überregionale Organisation Mülheim / Essen / Oberhausen
JETRO	Japan Export Trade Organisation – jap. Außenhandelsorganisation
IHK	Industrie- und Handelskammer
TÜV	Technischer Überwachungsverein
BSP	Bruttosozialprodukt

1 Aufgabenstellung

Bei der Beschäftigung mit dem Thema „Regionalkooperationen zwischen NRW und Japan und ihre Bedeutung für kleine und mittlere Unternehmen“ wurden im wesentlichen zwei Sachverhalte schnell deutlich:

- Es existiert eine außergewöhnlich gute Förderungs- und Beratungsinfrastruktur für Unternehmer, die eigene Aktivitäten auf dem japanischen Markt planen.
- Die Zahl der Unternehmen, die diesen Schritt letztendlich erfolgreich vollziehen, ist dagegen noch zu gering.

Daraus ergibt sich die Frage nach den Gründen für die nach Zahlen verhältnismäßig schwache Erfolgsquote.

Wie kann die Quote der sich in Japan engagierenden Unternehmen verbessert werden? Liegt es an der Qualität der Beratung oder an den Unternehmen selber?

Im Rahmen dieser Arbeit sollen Beratungsinfrastruktur und Unternehmenskulturen kurz beleuchtet werden, bevor anschließend in 3 Lösungsmöglichkeiten Ansatzpunkte thematisiert werden, die in der zukünftigen Beratungsarbeit Anwendung finden können.

Bei der Suche nach Lösungsansätzen wurde insbesondere darauf geachtet, dass sie mit bereits vorhandenen Mitteln und Institutionen durchgeführt werden können und sich in möglichst geringen Kosten ausdrücken. Ziel war es nicht, das Rad neu zu erfinden, sondern neue Ideen in die bewährten Muster zu integrieren.

2 Gegenwärtig existierende Regionalkooperationen

Deutschland als Exportweltmeister ist auf allen Märkten zuhause. Natürlich auch in Japan. Bei näherem Hinsehen offenbart sich jedoch schnell ein äußerst beklemmendes wirtschaftliches Ungleichgewicht: der deutsche Export nach Schweden ist stärker als der nach Japan und in der Hauptsache hängt der Export in den Auftragsbüchern der großen Automobilkonzerne.

Einige Zahlen vermögen das Ungleichgewicht eindrucksvoll zu präsentieren:

- ca. 500 deutsche Firmen befinden sich gegenwärtig in Japan
- diesen stehen 650 japanische Firmen alleine in Düsseldorf gegenüber

Es gibt bereits eine Reihe von Kooperationen, die sich die Intensivierung der Handelsbeziehungen zur Aufgabe gemacht haben:

1991: Präfektur Nagasaki mit dem Gebiet Mülheim-Essen-Oberhausen (MEO); hier gibt es einen Kooperationsvertrag

1992: Shizuoka-ken mit Reminex

1997: Stadt Kawasaki mit der IHK (Industrie- und Handelskammer) Düsseldorf

Darüber hinaus sind gerade im Entstehen:

- Zusammenarbeit mit Kyushu; Delegationen aus Kyushu waren bereits in Düsseldorf und Aachen; Hauptgebiet sind Entwicklungstechnologien und Medizintechnologie.
- Die Stadt Kumamoto auf Kyushu baut eine Zusammenarbeit mit MEO auf.

Die Aufgabe von MEO-Net ist es, besonders KMU eine Plattform zu schaffen, die es ihnen erlaubt, ohne hohe Kosten und bedeutenden Zeitaufwand Kontakte zu japanischen Unternehmen zu knüpfen. Zwischen Deutschland und Japan abwechselnd werden jährlich Besuche organisiert, die sich im allgemeinen aus den Teilen „Business Contact Forum“, Firmenbesuchen und einem Seminar zusammensetzen, die von Dolmetschern begleitet werden.

Gegenwärtig wird auf beiden Seiten versucht, das Feld der Zusammenarbeit auszuweiten: von Nagasaki aus auf Kyushu und auf deutscher Seite von MEO auf das Ruhrgebiet.

2.1 Die Rolle des Föderalismus

Der deutsche Föderalismus macht es möglich, Stärken und Schwächen der einzelnen Bundesländer zu berücksichtigen und dieses Wissen zielgerichtet für die deutsch-japanische Zusammenarbeit zu verwenden.

Bundesländer können sich auf Regionen in Japan konzentrieren, die von der Wirtschaftskraft her das BSP von Kanada erreichen, aber in einem Zentralstaat wie Japan, wo sich alles auf die Hauptstadt konzentriert, nicht genügend Aufmerksamkeit erfahren. Hier lässt sich auch ein strategischer Vorteil der föderalen Bundesrepublik ausmachen: während zentral gelenkte Staaten wie England oder Frankreich sich an die Machtzentralen anderer zentral gelenkter Staaten wenden, sind föderale Strukturen eher dafür geschult, den Blick auf die einzelnen Regionen zu richten, die ansonsten möglicherweise vernachlässigt würden, weil das zentral gelenkte Japan vielleicht andere Präferenzen in seinen Regionen hat.

Hinzu kommt ein weiteres interessantes Element: Wenn Landesminister aus den Bundesländern mit Wirtschaftsdelegationen anreisen, ist es für die Auslandsvertretungen relativ einfach, Termine mit japanischen Wirtschaftsvertretern und Regionalpolitikern zu vereinbaren, da es auf deutscher Seite Minister sind, auf japanischer Seite hingegen nicht.

2.2 Kooperationen und Initiativen

Neben den oben genannten „offiziellen“ Kooperationen gibt es mannigfache staatliche und nicht-staatliche Organisationen, die es interessierten Unternehmern leicht machen wollen, auf diesem Markt Fuß zu fassen. Hier eine kleine Auswahl:

- kommunale Organisationen wie die Wirtschaftsförderung Düsseldorf oder die sehr aktiven IHKs,
- die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in NRW mit ihrer Tochterfirma in Japan,
- das EU-Programm „Gateway to Japan“,
- TÜV und Ostasiatischer Verein in Hamburg,

- die „Japan Export Trade Organisation“ (JETRO) zur Kontaktherstellung auf japanischer Seite.

Gerade diese Vielfalt des Fördersystems und seine mangelnde Transparenz dürfte aber eher weniger dazu beitragen, dass Unternehmer die richtige Unterstützung zum richtigen Zeitpunkt erhalten. JETRO, eine staatliche japanische Organisation des *Ministry of International Trade and Industry*, bietet Dienstleistungen im Bereich der Außenwirtschaft aus einer Hand an. Doch weisen „Gateway to Japan“ und MEO-Net bereits deutlich in die richtige Richtung.

2.3 Problematik deutscher Unternehmer

Deutsche Unternehmer haben sich oft jahrelang bemüht, ihren eigenen Markt zu bestellen. Nun sind sie dort erfolgreich und glauben mit einigem Recht annehmen zu dürfen, dass ihre sich erkämpften Grundsätze weltweit Gültigkeit besitzen.

Beim Versuch zu ergründen, warum zwischen der Realität (Deutschland ist durchaus führend auf dem Gebiet etwa der Medizin- oder der Umwelttechnik) und dem Wunsch, möglichst viele deutsche Firmen mögen sich auf dem japanischen Markt betätigen, eine solch große Lücke klafft, ist faktisch festzuhalten, dass allzu oft:

- Japans Wirtschaft nicht ernst genommen wird,
- Märkte und Möglichkeiten nicht genau untersucht werden,
- in Europa erfolgreiche Produkte nahezu unverändert für Japan adaptiert werden,
- keinerlei Vorstellung über Japan als Markt existiert.

Dies führt dazu, dass:

- es kaum Risikobereitschaft deutscher Unternehmer gibt,
- Gewohnheiten nicht geändert werden,
- es kein Infosourcing gibt bezüglich von Märkten und Nischen,
- die Investitionen für einen Geschäftsaufbau als zu hoch betrachtet werden.

Trotz aller staatlichen und nicht-staatlichen Bemühungen wird die Ebene des Verstehens bei vielen Unternehmern nicht erreicht. Es ist offenbar schwer zu vermitteln, dass eine optimale Vorbereitung auf einen fremden Markt auch bedeutet, dass Produkte oder persönliche Vorstellungen mitunter angepasst werden müssen. Auch Seminarteilnehmer gehen dann doch nicht auf Messen (als Aussteller) und wissen oft selber nicht, was sie eigentlich erreichen wollen.

3 Probleme konkret

Welche Probleme ergeben sich nun aus dieser Gemengelage an Förderungsmöglichkeiten und Wissen bzw. Halbwissen dem jeweiligen anderen Land gegenüber? Ist Japan als Markt tatsächlich unbezwingbar? Sind deutsche Produkte zu teuer oder wurden sie sogar am Markt vorbei entwickelt?

Während das Consulting (GO oder NGO) unbestreitbar immer besser funktioniert, gibt es auf Seiten der Unternehmer noch viel zu tun:

- Deutsche Unternehmer müssen lernen, zwischen Fakten und Fiktion zu unterscheiden.
- Die Risikobereitschaft deutscher Unternehmer muss gesteigert werden.
- Es muss die Einsicht reifen, eigene Gewohnheiten zu ändern.
- Finanzielle Aufwändungen für den Auslandseinsatz müssen nachvollziehbar und überschaubar sein; viele Unternehmer befürchten aus Unwissenheit, dass die Kosten sie auf jeden Fall verschlingen werden.
- Kapital für die ersten 4 Jahre muss vorhanden sein (die Vorbereitung ist schon sehr teuer, der Geschäftsaufbau kostet etwa 50.000 DM).
- Überprüfen der eigenen Sprachkenntnisse (auch und gerade in Englisch).

Unternehmer betreiben kein Infosourcing in Japan. Man setzt lieber auf bekannte Sparten, ohne nach unbekanntem zu suchen. Dabei wird oft einfach nicht beachtet, dass die Japaner die bekannten Sparten ja selber schon abdecken.

Erfolgversprechend scheinen insbesondere Bereiche, wo Deutschland einen guten Ruf hat: Umwelttechnologie, Medizintechnik, Housing Material. Aber auch im Bereich Ernährung müsste und könnte sich der deutsche Mittelstand mehr engagieren.

In Asien und auch in Japan ist der regelmäßige und persönliche Kontakt zum Aufbau langfristiger Geschäftsbeziehungen notwendig. Dies ist in Europa und besonders in Deutschland eher unüblich. Probleme werden demnach oft genug verursacht durch ungenügendes Vorstudium über japanische Handelssitten, Regelungen und Bestimmungen. Oft fehlt auch das richtige Verständnis für Japan.

In Zeiten jedoch, wo eine überwältigend große Zahl deutscher KMU nicht einmal eine Internetseite besitzt, geschweige denn, dass diese in Englisch oder Japanisch vorliegt, wird das große Nachholbedürfnis von KMU nur allzu deutlich.

4 Lösungsmöglichkeiten

Nachdem wir unterschiedliche Förderungsmöglichkeiten angesprochen und spezifische deutsche und japanische Merkmale, Vorurteile und Probleme kennengelernt haben, stellt sich die Frage, wie nun kleine und mittlere Unternehmen aus diesem Klima der Unsicherheit und Unwissenheit herausgeführt werden können. Das mangelnde Engagement von KMU liegt offensichtlich nicht an fehlenden Informationen oder an mangelhafter Förderung.

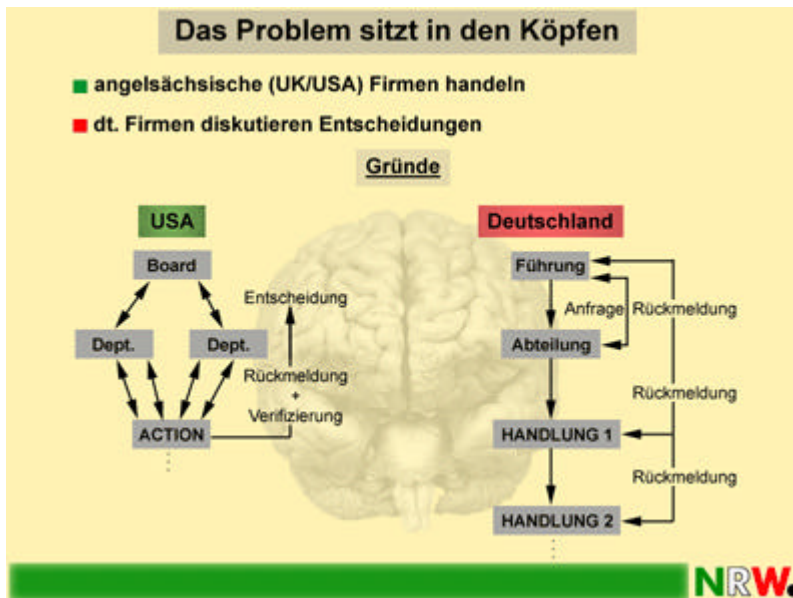
Entscheidend sind das Interesse und die Motivation deutscher Unternehmen, sich überhaupt ernsthaft mit dem japanischen Markt auseinanderzusetzen (jüngster Versuch, hier mobilisierend tätig zu werden, ist die "Japan-Initiative der deutschen Wirtschaft" unter Leitung von BDI-Präsident Henkel).

4.1 Deutsche Unternehmer blockieren sich selbst

Im internationalen Vergleich etwa zwischen deutschen und angelsächsischen Unternehmen gibt es, was Entscheidungen anbetrifft, stets ein ähnliches Muster:

- angelsächsische und amerikanische Firmen treffen eine Entscheidung, wenden Kräfte auf, um sie durchzusetzen, und vergleichen dann die ersten Ergebnisse mit den Zielvorstellungen
- deutsche Firmen hingegen haben eine Idee, wälzen sie hin und her, informieren sich über Förderungs- und andere Hilfs-Möglichkeiten, informieren sich ein weiteres Mal, halten die Idee weiter für gut und vertagen sie

Abb.1: Unterschiedliche Entscheidungsstränge in Deutschland und den USA



Anders als große Konzerne können (oder wollen) KMU keine Planungsstäbe für ausländische Expansionen abstellen. In den allermeisten Fällen werden deutsche Unternehmen von „einem Kopf ganz oben“ geleitet. Das angelsächsische Prinzip, das Abteilungen auch unabhängig planen und agieren können, wird höchstens einmal von Firmen am Neuen Markt angewendet.

Die berufliche Praxis zeigt jedoch, dass selbst dort, wo die Autarkie von Abteilungen gewünscht wird, dies oftmals nur der Verlagerung von Arbeit dient, nicht jedoch der wirklichen Delegation von Verantwortung. Verantwortung wird nur dann (nachträglich) zugewiesen, wenn Ziele nicht erreicht wurden.

Dieser „Kopf ganz oben“ hat dann also nicht nur mit der Expansion, sondern auch mit dem Alltagsgeschäft und den damit verbundenen Schwierigkeiten zu tun. Halten wir also fest, dass eine wirkliche Verteilung von Verantwortung nur in den seltensten Fällen verwirklicht wird.

Abb.2: Unternehmer verlieren durch das Tagesgeschäft ihre Ziele aus den Augen



Wir sehen hier eine Auswirkung des traditionellen deutschen Denkens, das Privilegien auch mit Verantwortung verknüpft sind – Verantwortung will aber im mittleren Management kaum jemand tragen, da dies auch ein Scheitern beinhalten könnte. Auch dies behindert die Expansion deutscher Firmen, anders als übrigens in den Vereinigten Staaten, wo das Aufgeben eine Schande ist, nicht aber das Scheitern.

Kurz gesagt ist allzu häufig die Überlastung deutscher Führungskräfte, die Einsamkeit in Entscheidungsprozessen und das Bedürfnis, alles „geregelt zu bekommen“ das Problem, das dazu führt, dass anstehende Aufgaben immer wieder verschoben werden.

„(...) offensichtlich handeln Unternehmen erst dann, wenn man ihnen nicht nur die Informationen, sondern auch klar definierte Projekte mit einer genau berechneten Renditeerwartung anbietet und möglicherweise auch noch selbst auf eigene Kosten die ersten Schritte einleitet.“ (Schlieper 1997: 218)

Da wir hier jedoch weder in traditionelle Denkmuster eingreifen noch Unternehmer zu Umstrukturierungen zwingen können, müssen Lösungen her, die sofort angewendet werden können, bestehende Lösungen und Angebote einbinden und ergänzen und die vor allem auch übertragbar sind auf andere und, das ist das wichtigste, in die Lebensrealität derjenigen eingebunden werden können, die im Fokus unseres Interesses stehen. Änderungen müssen folglich abzielen auf:

- Lenker von KM-Unternehmen,
- akademischen Nachwuchts, bei dem schon früh (zur Schulzeit) angesetzt werden kann,
- die qualitative Verbesserung von Informationsveranstaltungen und Dokumentationen.

4.2 Die theoretischen Ansätze

Unseres Erachtens müssen Lösungen gefunden werden, die zum einen die oben geschilderte Lebenssituation von Unternehmern berücksichtigen, den heutigen Informationsstandards entsprechen und schnell zu tragfähigen Konstruktionen führen.

Insbesondere sind Möglichkeiten zu entwickeln, die es Unternehmern erlauben, mehr nach Japan hinein zu blicken, als es bloß von außen zu betrachten. Nur, wer die Bevölkerung kennenlernt, kann Märkte verstehen. Gleichzeitig muss der Unternehmer sich aber auch weiter um sein Tagesgeschäft kümmern können. Zum anderen müsste auch das Netz der Hilfsmöglichkeiten um etwa eine Zentralstelle ergänzt werden, die für jeden Bedarf das richtige Angebot heraussucht und Quelle aller Arten von Informationen ist.

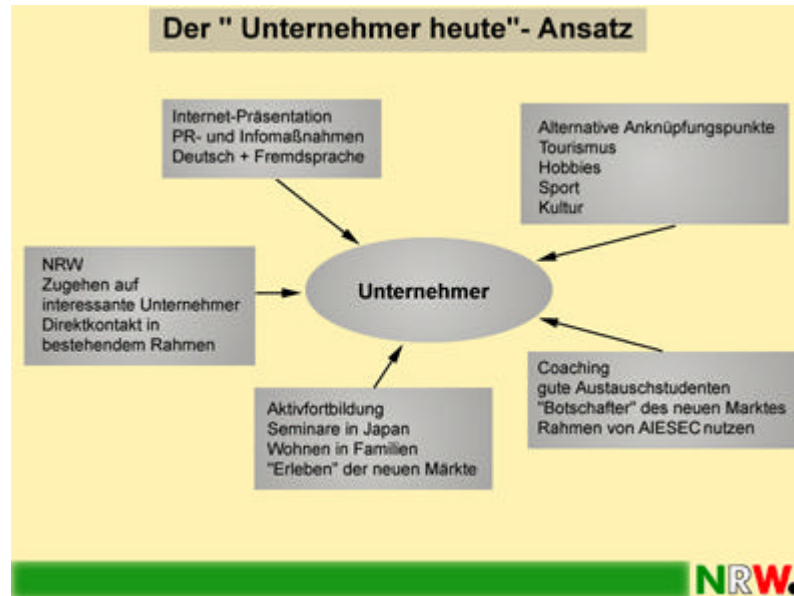
Folgende Ansätze habe ich unter den Gesichtspunkten der Kosten- und Ressourcenneutralität, der Durchsetzbarkeit und Nachhaltigkeit der Auswirkungen entwickelt, wobei besonders darauf geachtet wurde, dass nicht nur Japan, sondern auch andere Märkte (beispielsweise Osteuropa) auf gleiche Art angegangen werden könnten.

4.2.1 Der „Unternehmer heute“-Ansatz

Deutsche Unternehmer sind oft zu ängstlich und zu beschäftigt. Sie analysieren Märkte und Produkte und vergessen dabei doch allzu oft diejenigen, um die sich doch eigentlich alles dreht: die Kunden. Bei der Realisierung dieses Ansatzes geht es in der Hauptsache darum, bestehende Möglichkeiten alternativ zu verwenden:

- Unternehmer aktiv ansprechen: zugehen auf interessante und interessierte Unternehmen in NRW, die von sich aus vielleicht nicht die Initiative ergreifen könnten oder würden (das kann im Rahmen der alljährlichen Lehrstellen-Initiative geschehen – die Rahmendaten der Unternehmen liegen den Anrufern vor und die Kontakte werden auf jeden Fall aufgenommen)
- Japan ganz nah erleben: Seminare und Fortbildungsprogramme gehen einher mit Informationsveranstaltungen in Japan, wobei die Unternehmer dort in Familien wohnen und nicht in neutralen Hotels; nur so lernt man einen Markt verstehen (Kosten sinken gegenüber den regulären Aufenthalten, der Nutzen steigt).
- Japan in die Unternehmen holen: Junge Japan-Coaches gehen in interessierte deutsche Unternehmen und arbeiten dort mit (übersetzen etwa Firmenpublikationen oder Internetseiten); so sind sie und mit ihnen der zu erreichende Markt und die Kultur ständig im Blickfeld und stehen stets für Fragen zur Verfügung; dies könnte im Rahmen von AIESEC durchgeführt werden (nur unter umgekehrten Vorzeichen – hier lernen die Unternehmer von den Studenten).

Abb.3: Alte Mechanismen mit neuen Inhalten füllen



Konkret:

Bei der Frage nach der Möglichkeit, deutsche Unternehmer in japanischen Familien unterzubringen, scheiden sich die Geister. Japaner machten so etwas nicht, heißt es. Deutsche Unternehmer seien für solche Experimente nicht zu gewinnen.

Diese Einwände mögen ihre Berechtigung haben, können jedoch trotzdem nicht gelten gelassen werden. Sehr spezifische japanische Eigenarten wie diese, dass Japaner erwarten, dass ein neues Produkt ihren unausgesprochenen Wünschen entspricht, werden nur durch einen sehr engen Kontakt deutlich (oder durch kostspielige und langfristige Recherchen vor Ort). Ein enger Kontakt zur anderen Kultur könnte wesentlich einfacher verdeutlichen, dass die deutsche Auffassung, der Kunde müsse davon überzeugt werden, dass er das neue Produkt *eigentlich* benötige, nicht in allen Teilen der Welt Gültigkeit besitzt.

Auf der anderen Seite zeigt die Realität bei interkulturellen Begegnungen etwa im Rahmen von Städtepartnerschaften, dass sich sehr wohl Interessierte finden lassen, die bereitwillig ausländische Gäste für eine gewisse Zeit bei sich wohnen lassen würden.

Die angesprochene Möglichkeit, japanische Studenten quasi als Botschafter ihres Landes in deutschen Unternehmen wirken zu lassen, geht in eine ähnliche Richtung. Durch Studentenorganisationen ist die Austausch-Infrastruktur vorhanden, der Kostenaufwand sehr gering und der Nutzen gewaltig. Möglicherweise müssten deutsche Unternehmer es sich angewöhnen, dann auf den Rat von Praktikanten zu hören.

4.2.2 Der „Nachwuchs erreichen“-Ansatz

Die Unternehmer von morgen sind die Schüler von heute. Wenn vermieden werden soll, dass auch in Zukunft langwierige Anpassungsprozesse durchgeführt werden müssen, dann könnte schon heute der Grundstein dazu gelegt werden, Unternehmer herauszubilden, die sich und ihre Produkte aus der Sicht des Zielmarktes zu betrachten fähig sind.

- Japan als Mysterium: Suche nach alternativen Lebenskonzepten und Idealen in der gymnasialen Oberstufe ausnutzen und Japan anbieten (als Pendant zur westlich-amerikanischen Lebensart)
- Japan als Erlebnis: Japanische (und asiatische) Themen als Zusatzkurse anbieten (Sprache, Wirtschaft etc.) und japanische Organisationen einbinden (die ansonsten Unternehmer beraten). Das Zusammenwachsen der Weltwirtschaft und die Stärke der japanischen Wirtschaft (die die Talsohle seit dem Crash von 1991 längst durchschritten hat) lassen diesen Schritt angesichts des zu erwartenden Aufschwunges im chinesisch-koreanisch-japanischen Raum ohnehin angeraten erscheinen
- Japan als Ferienjob: Ferienarbeitsprogramme in Japan bzw. Deutschland: wenn viele Schüler schon in den Ferien arbeiten, warum nicht für 3 Wochen im jeweils anderen Land (Besuch eines Sprach-Grundkurses vorausgesetzt)?
- Japan als Realität in der Schule: Kontakte und Besuchsprogramme mit japanischen Schulen; Einbindung von Schulen in das 1998 von japanischer Seite aus in Düsseldorf angeregte *Digital Communities*-Programm.

Konkret:

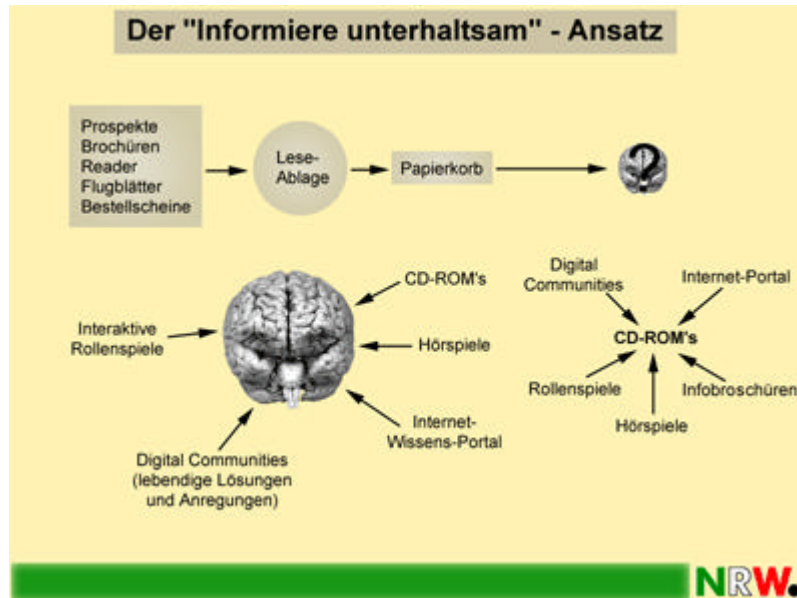
Menschen lernen am besten spielerisch, indem sie mit dem, was sie lernen sollen, arbeiten können. Dies bietet der „Nachwuchs erreichen“-Ansatz. Er bietet denjenigen Schülern, die sich für das Thema interessieren, einen breiten Fundus von Möglichkeiten, die nicht viel kosten müssen. Nicht immer müssen es Reisen nach Fernost sein. Japanische Schulen, Lehrer und Schüler gibt es auch in Düsseldorf. Man muss sie nur fragen.

4.2.3 Der „Informiere-unterhaltsam“-Ansatz

Unsere Zeit ist angefüllt mit Informationen. Die knappe Zeit eines Unternehmers ist dies erst recht. Seminare, Messen und andere Veranstaltungen bieten in einer kurzen Zeitspanne eine besonders große Vielzahl von Neuigkeiten, die beim besten Willen nicht alle behalten werden können. Darum werden die meisten von ihnen auf Hochglanzpapier gedruckt. Doch es gibt bessere Wege, Informationen zu transportieren und zu vertiefen.

- Neue Informationswege: viele Info-Publikationen auf Seminaren etc. haben einen deutlichen Messecharakter und landen erst in der Lese-Ablage und später im Papierkorb (weil es noch so viele andere Dinge zu lesen gibt)
- Nutzung der neuen Medien und Verbindung dieser Möglichkeiten mit unterhaltsamer Vermittlung von Information: einfache Rollenspiele klären über lokale Verhaltensweisen, Denkmuster etc. auf und schärfen die Sinne des Benutzers für die Wirkung des eigenen Verhaltens auf das Gegenüber und das Umgehen mit fremden Reaktionen
- Präsentation dieses unterhaltsamen Informationsansatzes auf Messe-CDs (oder als Beigabe zu Seminaren) und im Rahmen eines zentralen Internet-Portals, auf das Unternehmer, Interessierte, Schüler und Studenten Zugriff haben. Durch die weitgehende Verfügbarkeit der Informationen kann ein tieferes Bewusstsein geschaffen werden, wenn etwa ein interessierter Unternehmer sich gleichzeitig auch über Angebote für oder Fragen von japanischen Studenten informieren kann.

Abb.4: Lernfähigkeit durch unterschiedliche Ansätze fördern



Konkret:

Neue Medien setzen sich auch in der Arbeitswelt immer mehr durch, so dass das gedruckte Wort bald zu einem platzraubenden Anachronismus zu werden droht. Die gleichen Informationen verpackt in unterhaltsame und somit einprägsame Animationen, Töne und Musik werden auch später gerne wieder hervorgeholt.

4.2.4 Zusammenfassung

Eine qualitative Steigerung der Zahl teilnehmender Unternehmer in der Regionalkooperation zwischen Japan und NRW kann erreicht werden

- 1) über ein steigendes Interesse und eine bessere Einbindung der interessierten deutschen Unternehmer,
- 2) durch das „Erleben“ und „Erfahren“ von Zusammenhängen vor Ort und ein dadurch geschaffenes „mentales Problembewusstsein“, welches darauf aufmerksam macht, dass man sich kümmern muss und nicht alleine staatliche Kontakte weiterführen,
- 3) indem der oftmals von Stress und Überarbeitung gezeichneten Lebenssituation der Unternehmer Rechnung getragen wird. Wenn Informationen nicht untergehen sollen, müssen sie stets neu ins Blickfeld geraten – beispielsweise durch neue, multimediale Darreichungsformen.
- 4) durch die Förderung des Interesses am wirklichen Wesen der neuen Märkte in Asien,
- 5) indem frühzeitig neue Märkte, Technologien und die spezifischen Besonderheiten von Bewohnern fremder Regionen auch in Schulen thematisiert werden – und helfen, schon dort die Arbeitsplätze der Zukunft zu entwickeln und zu sichern.

5 Fazit

Viele der inhaltlich guten Veranstaltungen und Ansätze prallen an der Lebenssituation der Unternehmer ab, die zwar den neuen Markt sehen, ihn aber

schwer aus eigener Kraft „erreichen“, da ihr unternehmerischer Alltag ihnen nicht die Zeit dazu lässt.

Den neuen Markt in die Unternehmen hineinbringen – das ist der Kernpunkt, der auch das Verstehen fördert. Die Einsicht, dass ausländische Studenten nicht nur etwas lernen sollen, sondern dass man auch von ihnen lernen muss und kann, muss gefördert werden. Wenn das persönliche und tiefe Interesse an neuen Märkten geweckt ist, das vor allem durch Aufenthalte bei Familien in Japan und nicht in den immer gleichen Hotels gefördert werden kann, wird auch bei vielbeschäftigten Unternehmern ein Umdenken einsetzen und ein Verstehen, das auf diese Weise durch keine Veranstaltung bewirkt werden könnte. Nicht jeder Unternehmer ist für solche Aktionen geeignet, aber auch nicht jeder Unternehmer ist für Japan geeignet. Das Angebot von Beratern durch JETRO, die Firmen bei der Erstellung oder dem Design von Produkten für den japanischen Markt helfen und gleich die entsprechenden Vertriebswege evaluieren, ist ein Weg in die richtige Richtung.

Diese Offenheit auch schon bei den Unternehmern der Zukunft in der Schule zu fördern, ist ein weiteres Ziel. Wirtschaft und ausländische Märkte sollten viel mehr Bestandteil der Schulbildung sein. Die Fragestellung zu Schulzeiten, wie kompatibel die eigenen Umstände und das eigene Wissen in anderen Ländern sind, bewirkt auch in Zukunft die Betrachtung jedes Produktes auf eine distanziertere Weise und kann schon in der Evaluierungsphase eines Produktes die Frage aufwerfen, ob es für andere Märkte konvertierbar ist.

Veranstaltungen und Dokumentationsmaterial wie Broschüren oder vor allem auch CD-ROMs könnten deutlich informativer sein, wenn ihre Inhalte unterhaltsamer vermittelt würden. Umfangreiche Werke geben Auskunft über Verhaltensweisen ausländischer Gäste, doch entsprechende Animationen auf einer CD-ROM mit nachfolgendem Quiz würden das Wissen wesentlich besser vertiefen, wenn der Nutzer eine Frage etwa zu einem Begrüßungsritual falsch beantwortet und die folgende Animation ihm zum einen zeigt, wie es richtig gewesen wäre, und zum anderen, was die Folge des Fehlers sein kann (wenn der Gast aus einem bestimmten Grund, der hier erklärt würde, beleidigt reagiert).

Die oben beschriebenen Punkte sollten dargelegt haben, dass unter Verwendung der bereits bestehenden Ressourcen Inhalte anders gewichtet und besser dargestellt werden können, ohne dass kostspielige neue Programme aufgelegt werden müssen. Besuche in Japan könnten anders organisiert sein, Studentenaustausch könnte neue Vorzeichen erhalten und Messe- oder Seminarpublikationen könnten ein weiteres Themengebiet erhalten. Die Neuverteilung und -gewichtung bereits gewonnenen Wissens etwa aus dem „Digital Communities“-Programm eröffnete weitere ganz neue Horizonte. Sicher gibt es Unternehmer, die von vornherein die richtigen Schritte finden. Doch ganz bestimmt sind auch unter den 80 Prozent, die außer der Seminar- oder Messeteilnahme keine weiteren Aktivitäten zeigen, eine ganze Reihe von Unternehmern, die durchaus die Möglichkeit hätten, auf dem japanischen Markt erfolgreich agieren zu können. Diese gilt es zu erreichen.

Literaturverzeichnis

- Deutsch-Japanischer Wirtschaftskreis (Hg.): Die neuen Bundesländer und Japan, Podiumsdiskussion 1999, Leipzig.
- DJW NEWS, Zeitschrift des Deutsch-Japanischen Wirtschaftskreises, Düsseldorf, Diverse Ausgaben.
- Landeshauptstadt Düsseldorf (Hg.), Düsseldorf: Japan's Capital on the Rhine, Düsseldorf 2000.
- Ministerium für Wirtschaft des Landes NRW (Hg.): Förderung der Aussenwirtschaft – Messebeteiligungen im Ausland 2000, Düsseldorf 1999.
- Ministerium für Wirtschaft des Landes NRW (Hg.): Wegweiser zu Auslandsmärkten – Veranstaltungsübersicht 2000, Düsseldorf 1999.
- Ministerium für Wirtschaft des Landes NRW (Hg.): Hinweise und Tips für Auslandsgeschäfte, Düsseldorf 1996.
- Digital Communities Promotion Council (Hg.): Vision of Digital Communities, Tokio 1998.
- Electronic Industries Association of Japan (Hg.): Facts and Figures on the Japanese Electronics Industry, Tokio 1999.
- Schlieper, Andreas: „Die Nähe fremder Kulturen – Parallelen zwischen Japan und Deutschland“, Frankfurt/New York 1997.
- MEO Net: Organisationsinfos, Essen 1999.

Folgende Organisationen unterstützten diese Arbeit mit Informationen oder Hilfestellungen teilweise im direkten Gespräch, teilweise per Telefon oder e-Mail:

Deutsch-Japanischer Wirtschaftskreis, Hr. Kerkmann, Düsseldorf
Ministerium für Wirtschaft, NRW, Herr Breulmann, Düsseldorf
IHK Düsseldorf, Aussenhandelsabteilung, Herr Hoeckle, Düsseldorf
MEO, Fr. Schultehink, Essen
Nexus Communications, Hr. Dr. Hauser, Tokio
Schindler, Hr. Dr. Kraehe, Tokio
Generalkonsulat Osaka-Kobe, Hr. Rohde
Deutsche Botschaft Tokio, Hr. Amelung
Bosch K.K., Fr. Knobloch, Yokohama
BMW Japan, Hr. Yamada
NRW Japan K.K., Frau Lehner
HypoVereinsbank Japan, Hr. Baron
Deutsche Industrie- und Handelskammer Japan, Hr. Schultes, Tokio